RUNDBRIEF 4/2005

Forum Umwelt & Entwicklung

Showdown in Hongkong

Nord-Süd-Konflikt auf der Welthandelskonferenz

SHOWDOWN IN HONGKONG

NORD-SÜD-KONFLIKT AUF DER WELTHANDELSKONFERENZ

INHALT

Editorial - *Jürgen Maier* 2

Schwerpunktthema: Welthandelskonferenz

- ❑ Zurück auf der Spur, aber die Gleise führen in die falsche Richtung - Die WTO nach der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong – *Jürgen Knirsch/Kerstin Lanje* 3
- ❑ Handelspolitik in Europa - Notstandsgebiet in Sachen Demokratie – *Jürgen Maier* 5
- ❑ Kleinbauern weiterhin im Abseits - Proteste auf der WTO-Ministerkonferenz – *Kerstin Lanje* 6
- ❑ Weichenstellung in Richtung weiterer Liberalisierung - Die GATS-Verhandlungen in Hongkong – *Christina Deckwirth* 7
- ❑ Entwicklungsländergruppen und -koalitionen verändern die Machtbalance in der WTO – *Tobias Reichert* 8
- ❑ Treffen von NROs und Parlamentariern – *Susanne Luithlen* 9
- ❑ TRIPS und Entwicklungsländer - Arme Länder verurteilen Biopiraterie – *Brigitta Herrmann* 10
- ❑ Verhandlungen um Senkung der Industriezölle - Schweizer Formel mit Hintertür – *Michael Frein* 11
- ❑ Wir werden weiter verhandeln … und die Umwelt zerstören – *Daniel Mittler* 12

Aktuell

- ❑ Tür für globalen Klimaschutz nach 2012 aufgestoßen - Erfolgreiche Klimaverhandlungen in Montreal – *Manfred Treber* 13
- ❑ Erneuerbar aber noch nicht erneuert! - „Renewable Solutions"-Konferenz in Montreal zur Klimakonferenz – *Gerald Knauf* 15
- ❑ Gender und Klimaschutz - „It's NOT (only) the economy, stupid!" – *Ulrike Röhr/Minu Hemmati* 17
- ❑ EU-Emissionshandel mit Treibhausgasen – *Sven Rudolph* 19
- ❑ Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung – *Sven Anemüller* 21
- ❑ Internationale Agentur für Erneuerbare Energien - Neue Impulse durch die Große Koalition – *Sven Anemüller* 22
- ❑ China wird Schrittmacher für erneuerbare Energien - Erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Konferenz in Beijing – *Jürgen Maier* 24

Themen & AGs

- ❑ Folgen des Wachstums - Wie kann China grüner werden – *Klaus Fritsche* 26
- ❑ Einen Schritt vor - Einen Schritt zurück - Hilft das 'Nationale Waldprogramm Deutschland' dem Wald – *László Maráz* 27
- ❑ FLEG(T) - ein neuer Versuch - Forstsektor und Holzhandel sollen in geordnete Bahnen gelenkt werden – *Wiebke Böhm/Hermann Edelmann* 29
- ❑ Die Bekämpfung der Wüstenbildung - Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung mit dem Rücken zur Wand? – *Patrice Burger* 32

Veranstaltungen / Publikationen 35

Impressum:
Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmöller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober (www.diesigns.com)

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2006.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

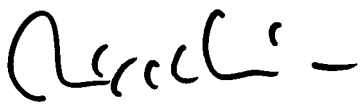
Der Dezember 2005 stand im Zeichen der beiden wichtigsten internationalen Verhandlungsprozesse, der UN-Klimakonvention und der Welthandelsorganisation WTO. Es waren wieder vorwiegend die bei WTO-Konferenzen üblichen Straßenschlachtbilder, die um die Welt gingen – militante koreanische Bauern allen voran. Szenen, wie sie in westlichen Großstädten schon öfter zu sehen waren, aber nicht in der glitzernden chinesischen Handelsmetropole Hongkong. Diese Bilder zeigten aber auch, dass die Ablehnung des von der WTO verkörperten Globalisierungsmodells weit über den westlichen Kulturkreis hinausgeht und selbst in Ländern, die üblicherweise zu den klaren Gewinnern dieses Globalisierungsmodells gerechnet werden, verbreitet ist. Der weitaus grösste Teil der Gegendemonstranten in Hongkong kam aus Asien: aus Korea, den Philippinen, Indonesien, Thailand, Bangladesh, Indien und natürlich Hongkong selbst – Westler waren eher die Ausnahme. Die ganze WTO-Ministerkonferenz stand im Zeichen eines scharfen Nord-Süd-Konfliktes, die EU stand über weite Strecken isoliert gegen eine immer enger werdende Allianz der Entwicklungsländer. Alles fordern, nichts geben wollen – diese Verhandlungsstrategie konnte nicht aufgehen.

Der müde Kompromiss, den die Welthandelsorganisation schliesslich nach nächtelangen Sitzungen hinter verschlossenen Türen zustande brachte, vertagte einen Grossteil der tatsächlichen Entscheidungen. Noch ein Fiasko à la Seattle oder Cancún hätte nach Ansicht vieler Beobachter den Anfang vom Ende der WTO bedeutet. So kann die WTO nun immerhin sagen »der Verhandlungsprozess geht weiter«.

Mit umgekehrten Vorzeichen kann man dies auch vom Kyoto-Protokoll sagen. Entgegen vieler Unkenrufe kam bei der Klimakonferenz im kanadischen Montréal – der ersten seit Inkrafttreten des Protokolls – ein veritables Ergebnis heraus. Die Verhandlungen über die weitere Zukunft des 2012 auslaufenden Protokolls und die Klimaschutzverpflichtungen für die Zeit danach werden nun aufgenommen. Bis zum Schluss hatten die USA im Verbund mit mächtigen fossilen Industrielobbys versucht, dies zu torpedieren. Viele europäische Regierungen waren ausgesprochen zögerlich, auch ohne die renitente Bush-Regierung den UN-Klimaprozess fortzusetzen. »Wenn wir sagen, wir müssen die USA zurück ins Boot holen, machen wir uns keine Illusionen über Bush – gemeint ist doch in Wirklichkeit unsere Industrie«, gestand ein europäischer Klimadiplomat freimütig. In der Tat hatte auch der BDI kurz vor Montréal mit einem unrühmlichen Positionspapier den Ausstieg aus Kyoto und Klimaschutz gefordert. Die neue Bundesregierung hat solchen Vorstellungen erfreulicherweise eine klare Absage erteilt. Für die 2006 beginnenden Verhandlungen für »Kyoto 2« sind das also durchaus erfreuliche Perspektiven.

Alle Augen richten sich heute auf China – die Beiträge in diesem Heft über unsere Tagung zu den Umweltauswirkungen des rasanten chinesischen Wachstums sowie die »Renewables 2005«-Konferenz in Beijing schlagen die Brücke zwischen Klimaschutz und WTO-Konferenz. Welchen Weg China gehen wird, ob es versucht zumindest wichtige Elemente nachhaltiger Entwicklung umzusetzen oder ob Chinas Aufstieg gerdewegs in die Klimakatastrofe führt, ist eine der zentralen Fragen der Zukunft, und wird enorme Ausstrahlungskraft auf viele andere Entwicklungsländer haben.

Eine interessante Lektüre wünscht



Jürgen Maier

Zurück auf der Spur, aber die Gleise führen in die falsche Richtung

Die WTO nach der 6. WTO Ministerkonferenz in Hongkong

Im Vorfeld war sie von den Medien abgeschrieben worden. Es gab kaum einen Vorbericht über die vom 13. bis 18. Dezember in Hongkong tagende 6. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO), der nicht das Wort „Scheitern" enthielt.

Weiterhin zu tief schienen die Kluften bei den in der laufenden Handelsrunde strittigen Themen wie Abbau der Agrarexportsubventionen und anderer Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft, Verbesserung des Marktzugangs für Agrar- und Industriegüter, Ausweitung der Dienstleistungsverhandlungen zu sein. Doch während die Medien das „Scheitern" darauf bezogen, dass die geplanten weiteren Liberalisierungsmaßnahmen nicht in dem gewünschten Umfang vollzogen werden können, verbanden einige Nichtregierungsorganisationen mit dem Wort „Scheitern" die Hoffnung, dass der Liberalisierungszug nach Seattle (1999) und Cancún (2003) eine weiteren Stopp einlegen würde. „Kein Deal ist besser als ein schlechter Deal" war die Position mit der viele nach Hongkong fuhren. Nach anstrengenden Tagen für alle konnte am späten Abend des 18. Dezembers der WTO-Chef Pascal Lamy am Ende sein und das Gesicht der WTO wahren: Der Deal kam zustande, nach dem alle Zugeständnisse machten, um andererseits kleine Zugewinne zu bekommen.

Moloch Hongkong

Vom Peak aus betrachtet, der höchsten Erhebung der Insel Hongkong, wirkt das wuchtige „Hong Kong Convention and Exhibition Centre (HKCEC)" klein. Auch in Gesprächen mit den Einheimischen wird deutlich: kaum jemand von der lokalen Bevölkerung hat etwas davon mitbekommen, was inhaltlich im Veranstaltungsgebäude auf dem Spiel stand. Die Straßensperren, die immense Polizeipräsenz und die Demonstrationen und die Bilder darüber in den Tageszeitungen und in den Fernsehsendern wurden jedoch von vielen wahrgenommen.

Es passt zur Realität der ehemaligen britischen Kronkolonie und dem heutigen Handelszentrum Hongkong, dort die 6. WTO-Ministerkonferenz zu veranstalten. Riesige Flächen für Lichtbildreklamen, Straßenverkäufer, unzählige Shops predigen den Konsum. Luxusschlitten und Handkarren prägen gleichzeitig das Straßenbild. Die Werbung demonstriert das Nacheifern der Chinesen an den Ikonen der globalen Konsumklasse. Die immer währende optische und akustische Reizbeeinflussung macht ein Innehalten unmöglich. Menschenmassen schieben sich durch die U-Bahnstationen und füllen die Busse und Straßenbahnen. Inmitten der Straßenschluchten wirken die Menschen ebenso klein und unbedeutend wie ihre Anliegen in Handelsfragen.

China selber ist bekanntlich kein Musterbeispiel von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit oder Umweltschutz. In Exportzonen werden Turnschuhe und Textilien unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen produziert. Arbeitsschutz- und Umweltskandale explodieren wie die Firmen, die sie produzieren. Hongkong ist ein nicht nur ein riesiger Handelsplatz für digitale Geräte, es auch ein Einfallstor für unseren Elektronikschrott, aus dem im Hongkonger Hinterland die noch wertvollen oder verwertbaren Teile rausgeholt werden - unter Missachtung von Arbeits- und Umweltschutz. Arbeitsmigration vom Land in die Großstädte ist ein ständig wachsendes Problem wie auch die prekären Arbeitsbedingungen der wachsenden Schar von Haushaltsangestellten aus den Philippinen, Bangladesh oder Indien. Manche von ihnen haben die Auftaktdemonstration zur 6. WTO-Ministerkonferenz zum Anlass genommen, lautstark auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Ihre Anliegen waren auf der letzten großen Weltkonferenz in China, der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, noch ein Thema. In Hongkong wurden die Auswirkungen von Handelswirkungen auf Frauen nur in einigen wenigen NRO-Veranstaltungen thematisiert.

Informieren, lobbyieren, demonstrieren?

Es ist eine strategische Frage, wie man als Nichtregierungsorganisation (NRO) mit dieser Mammutveranstaltung WTO-Ministerkonferenz umgeht:

- Damit, dass hier weit reichende Entscheidungen nicht nur für die 149 WTO-Mitgliedstaaten, sondern für den globalen Handel generell getroffen werden.
- Damit, dass vieles gleichzeitig passiert und die Qual der Wahl vergrößert: lautstarke, sehr bunte Demonstrationen draußen, witzige Aktionen drinnen, thematische Veranstaltungen im und außerhalb des Kongresszentrums, Pressekonferenzen und -briefings von der WTO, einzelnen Ländern, Zusammenschlüssen, Gespräche mit einer Regierungsdelegation oder innerhalb der zahlreichen NRO-Zusammenschlüsse, mit der Presse oder nur einfach nur mit anderen Teilnehmenden. Allein den Überblick zu behalten wird zur Herausforderung. Nur größere Zusammenschlüsse wie die OWINFS („Our World is not for sale") schaffen alles gleichzeitig.
- Damit, dass wieder nur gemunkelt werden kann, wie gerade der aktuelle Verhandlungsstand aussieht; denn die wesentlichen Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt - und über ihre Inhalte wird offiziell nicht ausreichend informiert.

Einige Mitglieder der AG Handel haben den mühsamen Weg gewählt, das Konferenzgeschehen im Inneren zu verfolgen und zu kommentieren. Dies bedeutet die Teilnahme an Briefings der deutschen Delegation und anwesenden Ministerinnen und Minister, in denen es kaum neue Informationen gab (hierzu siehe den ausführlichen Artikel von Jürgen Meier in diesem Heft), Teilnahme an den informativeren Briefings des European Trade Network (ETN), Gespräche mit Delegierten und da lange Warten auf neue Verhandlungstexte, die dann eilig gelesen und kommentiert werden.

Am Ende doch ein Deal und ein kleines Lächeln bei den NGOs

In der übernächtigen Stimmung des Vormittags des Schlusstags zeichnet sich ab, dass es nur noch wenig Hoffnung gibt, dass die von den meisten NGOs geteilte Parole „Kein Deal ist besser als ein schlechter Deal" sich doch am Ende bewahrheiten würde. Der letzte „Green Room" mit den ausgewählten, als wichtig

empfundenen WTO-Mitgliedern hat die Nacht durch bis 9 Uhr morgen versucht, in den strittigen Fragen einen Konsens zu erreichen. Die wenigen durchgesickerten Informationen vermelden, dass es weiterhin Probleme gibt. Aber die Mehrheit geht davon aus, dass es eine Hongkong-Ministererklärung geben wird und bereitet die entsprechenden Presseerklärungen vor. Alle warten auf die abschließende Version des Textes der Ministererklärung. Sie wird für 14 Uhr angekündigt, dann für 14 Uhr 30 und schließlich kurz nach 16 Uhr verteilt. Nur noch ein Punkt ist in eckigen Klammern und damit noch nicht geklärt. Von dem anschließenden „Heads of Delegations"-Treffen wird berichtet, dass weiterhin einige wenige Länder in spezifischen Punkten ihr Nichteinverständnis erklärt hätten. Würden sie dies bis zum Ende aufrecht erhalten und damit den Konsens in Frage stellen? Nein - war die allgemeine Einschätzung, und so wurden die „Kein Scheitern"-Varianten der Presseerklärungen noch einmal mit dem letzten Informationsstand abgeglichen. Alle warten auf die für 19 Uhr angekündigte Abschlusssitzung, bei der der Vorsitzende der WTO-Ministerkonferenz, Hong Kong's Commerce, Industry and Technology Secretary John Tsang, die Annahme der Abschlusserklärung erklären wird. Doch deren Termin wird auf den Ankündigungsmonitoren immer weiter nach hinten hinausgeschoben. Gegen 22 Uhr ist es dann doch so weit, und alles geht schnell: gegen 22 Uhr 15 erklärt John Tsang die Erklärung für angenommen.

Nun, sie haben es geschafft - der Deal ist eingetreten. WTO-Generaldirektor Pascal Lamy und Versammlungsleiter John Tsang strahlen um die Wette: Der ganze Widerstand einiger Entwicklungsländer gegen die NAMA - Industriegüterverhandlungen und das Dienstleistungsabkommen, ihre Forderungen zu einem besserem Marktzugang und einem frühzeitigerem Ende der Agrarexportsubventionen war am Ende durch kleine Versprechungen hier und da verschwunden.

Nun - aber doch nicht ganz. Es gab ja doch noch den kleinen Widerstand mit Showeffekt. Nach dem der Verhandlungsleiter seinen Hammer niederfallen ließ und damit die Abschlusserklärung für angenommen erklärte, meldeten sich noch die Vertreter Kubas und Venezuelas und erklärten, dass sie mit Teilen der Abschlusserklärung nicht zufrieden seien und diese hinsichtlich NAMA und Dienstleistungen nicht akzeptieren würden. Da sie dies aber erst nach dem Hammerfall taten, werden ihre Anmerkungen nur als „reservation" ins Protokoll aufgenommen und sind keine „objections", die den Konsens in Frage gestellt hätten. Aber immerhin huscht über die müden NGO-Gesichter ein kleines Lächeln...

Mit Stolz kann nun Pascal Lamy der abschließenden Pressekonferenz erklären: „Wir haben es hinbekommen, die Handelsrunde nach einer Periode des Winterschlafes wieder zurück auf die Spur zu bringen". Konkret enthält die verabschiedete Ministerklärung die folgenden Vereinbarungen (zu deren Bewerten der einzelnen Ergebnisse und der fehlenden Punkte in der Hongkonger Ministererklärung siehe die weiteren Beiträge in diesem Rundbrief):

- es wurde mit 2013 ein Enddatum für alle Formen der Agrar-Exportunterstützung festgelegt;
- in der Baumwollfrage einigten sich die WTO-Mitglieder, alle Formen der Exportsubventionen noch im Jahr 2006 einzustellen und den Baumwollexporteuren aus der Gruppe der am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) demnächst einen zoll- und quotenfreien Zugang zu den Märkten der Industrieländer zu gewähren;
- die 32 LDCs (Least Developed Countries), die Mitglied der WTO sind, erhalten ab 2008 einen zoll- und quotenfreien Zugang zu den Märkten der Industrieländer und derjenigen Entwicklungsländer, die dazu in der Lage sind, ihre Märkte für LDCs zu öffnen;
- in den Verhandlungsbereichen Landwirtschaft und Industriegüter wurde das überfällige Rahmenwerk für Modalitäten „mit Fleisch versehen" - die vollständigen Modalitäten sollen nun bis zum 30. April 2006 vorliegen;
- im Bereich der Dienstleistungsverhandlungen einigten sich die WTO-Mitglieder auf einen Text, der wie der Verhandlungsleiter schwammig ausdrückte „points positively to the way forward" enthält.

Weit gehende Einigkeit in der Bewertung

Die Reaktion der meisten NGOs auf das Hongkong-Ergebnis war eindeutig, wie die nachfolgenden Auszüge aus Presseerklärungen und Kommentare zeigen:

- Es wird begrüßt, dass die Position der Entwicklungsländer insgesamt gestärkt wurde, und bedauert, dass sie gleichwohl Zugeständnisse machen mussten.
- Das Gerede von einer Entwicklungsrunde ist weiterhin eine Farce, und der WTO-Zug fährt - Umwelt und Soziales ignorierend - in die falsche Richtung.

Damit zeigten die NGOs eine größere Übereinstimmung in der Bewertung der Ministerkonferenz als dies noch zwei Jahre zuvor in Cancún der Fall gewesen war:

- Attac: Minimale Zugeständnisse und gefährliche Weichenstellungen
- EED & Germanwatch: Schadensbegrenzung, aber keine Wende zur Entwicklungsrunde
- FIAN: Entwicklungspolitische Mogelpackung:
- Greenpeace: Soziale und ökologische Folgen des Freihandels ignoriert
- Misereor: Viele Entwicklungsfragen bleiben offen
- Oxfam: WTO-Ministerkonferenz ist Verrat an Entwicklungsversprechen
- WEED: WTO-Zug kriecht langsam weiter - bei völlig falscher Weichenstellung

Wie geht es weiter?

Die WTO muss auf Genfer Ebene sicherstellen, dass der neue gesetzte Termin 30. April 2006 für die Festlegung der Modalitäten eingehalten wird. Diese Festlegung wird vermutlich während einer Sitzung des Allgemeinen Rates der WTO mit Ministerbeteiligung in Genf erfolgen. Die NGOs müssen Sorge tragen, dass diese Sitzung entsprechend begleitet wird. Zudem gibt es eine Reihe von Fragen, die sie aufarbeiten müssen. Dazu gehören u.a. eine Einschätzung der wichtigsten Player (Rolle der EU, Brasiliens und der G110, Bewertung der Zurückhaltung der USA), eine Diskussion um Wirtschaftsliberalismus und Marktzugang und die Vermittlungsfrage („Wie sage ich es meiner Bevölkerung?").

Jürgen Knirsch/Kerstin Lanje

Jürgen Knirsch (Greenpeace) und Kerstin Lanje (Germanwatch) arbeiten zu Handelsfragen und koordinieren die AG Handel im Forum Umwelt und Entwicklung.

Für weitere Informationen und Einschätzung und vor Ort Material siehe www.radiohongkong.de

Handelspolitik in Europa

Notstandsgebiet in Sachen Demokratie

Verglichen mit früheren WTO-Konferenzen war es in Hongkong einfacher, an Informationen zu kommen – auch wenn es nach wie vor getrennte Eingänge für Delegierte und den Rest gab und NGOs keinen Zugang zu den Verhandlungsräumen hatten. Alle Informationen über die Verhandlungen erhielten sie daher nur gefiltert.

NGO-Vertreter waren zahlreich wie nie zuvor in Regierungs-Delegationen von Entwicklungsländern, selbst aus Ländern die man bestenfalls als Halbdemokratien bezeichnen kann, und sie waren durchaus auch gut über den Stand der Verhandlungen informiert. Immer mehr Regierungen von Entwicklungsländern erkennen an, wie gut der Kenntnisstand auch von NGOs im Süden über die WTO ist und kompensieren mit den Infos von Third World Network, Focus on the Global South und anderen die eigenen Defizite. Im Gegenzug schrecken selbst Delegationsleiter mancher Entwicklungsländer nicht mehr davor zurück, offene Briefings für NGOs zu machen, in denen sie detailliert über den Verhandlungsverlauf informieren und dabei selbst auch weitere Informationen bekommen.

Im Vergleich dazu fristen die NGOs aus Europa ein armseliges Dasein. In Deutschland lehnte das federführende Wirtschaftsministerium explizit die Aufnahme von NGO-Vertretern in die Delegation ab, dies bleibt dem BDI und dem DGB vorbehalten. Die EU-Kommission nahm eine Reihe von Vertretern der Zivilgesellschaft in die Delegation als Mitglieder zweiter Klasse auf - sie haben bei der WTO einen offiziellen Zwischenstatus mit gelbem statt rotem Badge. Abgeordnete sowohl des Bundestages als auch des Europäischen Parlaments waren immerhin offizielle Delegationsmitglieder. Aber echte Informationen über den Verhandlungsstand und über die Linie der Bundesregierung bekamen auch sie auf dem offiziellen Weg so gut wie nicht; lediglich die Kommission informierte die Europaabgeordneten einigermaßen gründlich.

Kaum Informationen für NGOs

Die Briefings der EU-Kommission für die eigenen NGO-Delegationsmitglieder als auch für die NGOs allgemein waren von der Substanz her in der Regel sehr dünn und gaben kaum mehr wieder als die ohnehin schon vor der Konferenz bekannte EU-Linie, streckenweise hatten sie eher den Charakter von Pressekonferenzen. Was die EU in den Green Room-Verhandlungen eingebracht hat oder einzubringen gedenkt, wie sie auf Positionen der anderen Akteure reagiert - Fehlanzeige. Im Hotel Conrad, dem Delegationshotel sowohl der EU als auch der deutschen Delegation, gab es einen abgegrenzten Bereich »Access for EU Staff only«, zu dem weder Europaabgeordnete noch Delegationsangehörige von Mitgliedsländern Zugang hatten. Hier residierte offenbar das Herrschaftswissen.

Noch substanzloser sind die Briefings der deutschen Delegation für NGOs. Es war kaum zu verbergen, dass die deutsche Delegation nicht selbst mitverhandelt, sondern ihrerseits von der Kommission in vielen Bereichen wahrscheinlich im Dunkeln gelassen wird. Auch die Informationen, die die Bundestagsabgeordneten bekommen, wurden von diesen als ziemlich dünn empfunden. Selbst Delegations-Mitglieder aus anderen Ministerien erhalten vom Wirtschaftsministerium nur selektiv Informationen. Welche Informationen dagegen der BDI erhält, darüber kann man nur spekulieren.

Zu den Briefings des Wirtschaftsministeriums für deutsche NGOs gingen diese in Hongkong bald gar nicht mehr hin – bereits in 10 Minuten konnten sie auf den Fluren mehr Informationen aufsammeln als in einer Stunde Briefing durch das deutsche Wirtschaftsministerium.

Wenn beispielsweise am Freitagnachmittag der EU-Rat tagt und über die Frage diskutiert, ob die EU vielleicht doch ein Datum anbieten soll, wann die Exportsubventionen auslaufen, dann zirkulieren zwar im Konferenzzentrum kurz danach die ersten Gerüchte, was dabei herauskam. Aber dennoch weigern sich sowohl die Kommission als auch die Bundesregierung in ihren Briefings noch am nächsten Morgen, irgendetwas substantielles dazu zu sagen, welche Regierung im EU-Rat eigentlich welche Position vertreten hat. Sitzungen und Protokolle des geheimnisumwitterten »133er-Ausschusses«, in dem die Kommission mit Beamten der nationalen Wirtschaftsministerien ihre Linie abstimmt, sind nach wie vor nicht öffentlich zugänglich, auch nicht für Abgeordnete. Informationen über das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung in der EU erhalten deutsche NRO ebenso wie deutsche Abgeordnete nur aus anderen EU-Staaten. Parlamentarische Kontrolle der Exekutive wird so zur Farce.

Vordemokratische Zustände bei der WTO

Vergleicht man dies mit den Praktiken, wie sie etwa bei den Klimakonferenzen der UN herrschen, wird einem das ganze Ausmaß der deutschen und europäischen Nicht-Informationspolitik bei WTO-Konferenzen erst deutlich. NRO-Vertreter haben dort Zugang zu den meisten Verhandlungen und können sich aus erster Hand ansehen, wie ihre Regierung eigentlich agiert.

Angesichts der weit reichenden Konsequenzen, die die WTO-Abkommen auf alle Aspekte der Politik haben, sind die vordemokratischen Zustände der WTO nicht hinnehmbar. Pascal Lamy hat als EU-Handelskommissar in Cancún 2003 die Entscheidungsprozesse in der WTO als die einer »mittelalterlichen Organisation« bezeichnet. Heute ist er als WTO-Generaldirektor selbst dafür verantwortlich. Dass ein Wirtschaftsministerium in einer Mischung aus Arroganz und Ignoranz immer noch so tun kann, als gingen die WTO-Verhandlungen eigentlich weder Abgeordnete noch Vertreter der Zivilgesellschaft etwas an, gleichzeitig aber selbst massive Informations- und Mitbestimmungsdefizite über die Politik der für Deutschland verhandelnden EU-Kommission hat, ist unverantwortlich. Vor der letzten WTO-Konferenz 2003 hat der Bundestag noch über die deutsche WTO-Politik debattiert und in zwei beschlossenen Anträgen der Regierung Verhandlungsaufträge mitgegeben. Das Wirtschaftsministerium hat diese komplett ignoriert. Solange ein Bundestag sich dieses bieten lässt und aus dieser Missachtung des Parlaments keine Konsequenzen für die politische Leitung des Wirtschaftsministeriums erwachsen, wird sich nichts daran ändern, dass deutsche Handelspolitik fernab demokratischer Kontrolle von einer kleinen Beamtenelite exklusiv formuliert wird.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung

Kleinbauern weiterhin im Abseits

Proteste auf der WTO-Ministerkonferenz

Das Forum Umwelt und Entwicklung hat im Vorfeld der 6. Ministerkonferenz deutlich gemacht, dass das Recht auf Nahrung absoluten Vorrang erhalten muss. Dazu gehört neben dem schnellen Ende der Agrarsubventionen und dem verbesserten Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten des Nordens vor allem der effektive Schutz der Märkte in Entwicklungsländern vor ausländischer Billigkonkurrenz.[1]

Auf der 6. Ministerkonferenz in Hongkong haben einige Farmerorganisationen für ihre Anliegen gekämpft. Bedeutsamstes Beispiel sind die koreanischen Reisbauern, von denen über 5.000 anwesend waren. Aber auch die weltweite Kleinbauernvereinigung Via Campesina war mit über 4.000 Mitgliedern vertreten. Die 740 Millionen Landwirte in China waren nicht anwesend, dabei hat sich gerade für sie die Situation seit Chinas WTO-Beitritt verschlechtert. Die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe können bei Getreide und Baumwolle kaum mit dem ausländischen Agrobusiness konkurrieren, die 26 Millionen Zuckerrohranbauer kämpfen mit der Konkurrenz aus Thailand und Indien.

Agrarexportsubventionen

Zentral für das Verhandlungsgeschehen im Agrarbereich waren die geforderte Abschaffung der Agrarexportsubventionen in der Europäischen Union und die von ihr im Gegenzug angemahnten Kürzungen anderer Agrarexportsubventionen wie die Nahrungsmittelhilfe der USA, Exportkreditprogramme und die Exporte von Staatsbetrieben. Dieses Beharren auf Gleichbehandlung der Formen schien Verhandlungsmasse zu sein. Zu Beginn der Verhandlungen standen sich die USA und die Verhandlungsdelegation der EU bei gegenseitigen Schuldzuweisungen in Nichts nach. Als Endtermin wurde 2013 vereinbart - ein Zugeständnis an den Zeitrahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Das Ende der Exportsubventionen ist sehr zu begrüßen – allerdings ist es längst überfällig und die internen Stützungen in Form von Subventionen und anderen Hilfen der EU in Höhe von 55 Millionen Euro jährlich werden kaum angetastet. Der EU-Forderung nach Gleichbehandlung der unterschiedlichen Exportsubventionen wurde in sofern Rechnung getragen, als alle Formen von Exportsubventionen und Exportmaßnahmen mit den gleichem Auswirkungen bis zum Ende 2013 auslaufen müssen. Ein substantieller Abbau soll bereits früher verwirklicht werden, jedoch müssen dafür noch die spezifischen Modalitäten entwickelt werden.

Marktzugang

Beim Marktzugang werden die Behandlung von sensitiven Produkten anerkannt und die jüngsten Bewegungen in der Behandlung von Special Products und Elementen von Special Safeguard Mechanismen wahrgenommen. Hier heißt es sehr vage, dass Entwicklungsländer eine Flexibilität haben, selbst eine angemessene Anzahl von Tariflinien als Special Products festzulegen, welche auf den Kriterien für Ernährungssicherheit, Schutz der Lebenswelt und ländlicher Entwicklung beruhen. Sie werden auch die Möglichkeit haben, den Special Safeguard Mechanism an Importmengen und Höhe der Preise zu binden. Allerdings müssen die spezifischen Arrangements zur Umsetzung noch vollständig definiert werden und sollen daher ein integraler Bestandteil der Modalitäten der Agrarverhandlungen sein.

Ein entwicklungspolitisches Desaster ist das Ergebnis für Baumwolle. Den ungerechten Handelsbedingungen bei Baumwolle sollte in Hongkong entgültig ein Ende gemacht werden. Doch außer dem Abbau der ohnehin illegalen Exportsubventionen der USA wurde keine Forderung der Afrikaner richtig aufgenommen. Vage heißt es: Die Modalitäten für die Kürzungen der internen Subventionen werden in einer kürzeren Zeit eingeführt, als bei anderen Agrarprodukten. Zudem wird ein Zoll- und quotenfreier Marktzugang zum Ende der Doha-Runde vereinbart. Dieser nützt den westafrikanischen Baumwollanbauern allerdings nichts, da sie nicht gegen die subventionierte Baumwolle in den USA konkurrieren können.

Beim Zoll- und quotenfreien Marktzugang konnte sich die USA mit ihrer Forderung durchsetzten, einige Bereiche auszunehmen, nämlich drei Prozent der Produktlinien. Damit kann die USA ihren Textilsektor und Japan seinen Reis- und Ledersektor weiterhin vor den Exporten aus den ärmsten Ländern schützen. Reiche Länder haben also weiterhin die Möglichkeit, den Marktzugang für Produkte zu verweigern, in denen arme Länder wie Bangladesh konkurrenzfähig sind. Diese drei Prozent Schutz verhindern Arbeitsplätze und Einkommen für Kleinbauern und in Kleinindustrien in Entwicklungsländern. Gerade dies sollte jedoch das Ziel einer Entwicklungsrunde sein.

Die im Entwicklungspaket vorgesehene Hilfe für den Handel ist das Überbleibsel einer ganzen Reihe von Forderungen für Entwicklung. Es lässt sich lange darüber debattieren, ob es immer im Sinne von nachhaltiger Entwicklung ist, Gelder für den Aufbau von Exportstrukturen zu verwenden anstatt über eine umfassendere Regionalentwicklungsstrategie nachzudenken. Tatsächlich wird nun erst einmal in einer Task Force darüber nachgedacht, wie die Aid for Trade am effektivsten den Zielen der Doha Entwicklungsrunde entspricht. Es sollen Gespräche mit IWF und Weltbank geführt werden, damit ein angemessener Mechanismus zur Finanzierung der Aid for Trade entwickelt werden kann. Ausdrücklich wird erwähnt, dass dies auch in Form von Krediten passieren kann. Es wird also keine zusätzlichen Mittel geben. Kredite für die Förderung von Exportproduktionen sind aber ohnehin erhältlich und können nicht als Errungenschaft eines Entwicklungspaketes durchgehen.

Fazit

In den Einschätzungen der Ergebnisse werden das Ende der Agrarexportsubventionen als schwache Gegenleistung zu den Zugeständnisse in den Bereichen Dienstleistungen und NAMA gesehen. Tatsächlich konnten sich die Entwicklungsländer in einigen Verhandlungsfeldern im Agrarbereich besser durchsetzen als gedacht. Ob sich die Situation von Millionen von Kleinbauern und -bäuerinnen, Fischern und Landlosen durch die vagen Versprechungen bei Special Products und Special Safeguard Mechanism verbessern wird, ist sehr fraglich.

Kerstin Lanje

Die Autorin ist Referentin für Welthandel und Welternährung bei Germanwatch.

[1] *Forum Umwelt und Entwicklung: Den Welthandel gerecht gestalten: Vorrang für Menschenrechte, Armutsbekämpfung und Umweltschutz, November 2005*

Weichenstellung in Richtung weiterer Liberalisierung

Die GATS-Verhandlungen in Hongkong

Die GATS-Verhandlungen waren einer der zentralen Stolpersteine in Hongkong. Das Ergebnis ist im wesentlich eine Verschärfung einer aggressiven Liberalisierungsagenda, die vor allem von den reichen Ländern vorangetrieben wird. Denn Hongkong ergänzt das bisherige GATS durch einen straffen Zeitplan und die Möglichkeit, plurilaterale Verhandlungen zu verfolgen. Beides wird den Druck erhöhen, Liberalisierungsverpflichtungen einzugehen.

Der Freihandelszug in den GATS-Verhandlungen rollt weiter. Das Ergebnis von Hongkong bedeutet düstere Aussichten für öffentliche und solidarische Dienstleistungen und für den Ausbau einer Infrastruktur, die den Menschen nützt und nicht vorrangig die Interessen der größten Dienstleistungsunternehmen bedient.

Hintergrund: ein skandalöser Vorschlag der EU

Schon im Sommer 2004 zeichnete sich ab, dass die GATS-Verhandlungen zu einem der heftigsten Konflikte in den WTO-Verhandlungen in Hongkong werden könnten. Damals machten einige Länder unter Führung der EU den Vorschlag, das bisherige „Request-Offer"-Verfahren, das Entwicklungsländern formal die Wahl ließ, welche Liberalisierungsverpflichtungen sie eingehen wollten, zu ändern. Die EU zielte darauf ab, ergänzende Verhandlungsmodalitäten in das GATS zu integrieren, darunter vor allem verpflichtende plurilaterale Verhandlungen sowie verpflichtende Mindestliberalisierungserfordernisse, die sogenannten „Benchmarks". Damit zielten sie darauf ab, die stockenden GATS-Verhandlungen zu beschleunigen. Denn viele WTO-Mitglieder sind in den GATS-Verhandlungen noch keine Verpflichtungen eingegangen. Das hat Gründe: Die Mehrheit der Entwicklungsländer haben zum einen keine starke Dienstleistungsindustrie, die ins Ausland expandieren könnte, zum anderen möchten sie ihre eigene Dienstleistungsindustrie nicht mit starken Konzernen in direkten Wettbewerb setzen. Deswegen war die formale Freiwilligkeit, Liberalisierungsverpflichtungen einzugehen, bei der Gründung der WTO eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Entwicklungsländer dem GATS überhaupt zugestimmt haben. So war die Empörung vieler Entwicklungsländer über die Vorschläge der EU groß.

Annex C: Showdown vor und in Hongkong

Nach dem katastrophalen Vorschlag der EU gelang kurz vor Hongkong ein weiterer Coup: Trotz des starken Widerstands gegen die EU-Vorschläge zu ergänzenden Verhandlungsmodalitäten, nahm das WTO-Sekretariat den Vorschlag zu großen Teilen als Annex C in den ersten Entwurf für die Abschlusserklärung der Ministerkonferenz auf. Ergänzt wurde lediglich ein Verweis, dass der Vorschlag noch nicht Konsens sei, und er wurde in Klammern gesetzt. Der dritte Coup folgte wenig später: Bei der Version der Ministererklärung, die in Hongkong in den ersten Tagen die Verhandlungsgrundlage bildete, war der Hinweis verschwunden, dass es sich bei Annex C um ein Dokument handelt, zu dem es noch keinerlei Konsens gegeben hätte. Dies ist von zentraler Bedeutung, stellt es doch für viele Unterhändler, die sich nicht mit jeden Details der Verhandlungen beschäftigen, den Text als im wesentlichen schon beschlossen dar. Die Aufnahme des höchst umstrittenen Textes des Annex C in den Entwurf für die Abschlusserklärung hatte zur Folge, dass sich in der Dienstleistungs-Verhandlungsgruppe alles um diesen Anhang drehte. Für Kritik an den bereits bestehenden Verhandlungsmodalitäten blieb dabei kein Raum mehr.

Dadurch, dass die EU mit ihren Vorschlägen und schließlich auch das WTO-Sekretariat mit seinen Entwürfen für die Abschlusserklärung die Messlatte für die GATS-Verhandlungen in Hongkong sehr hoch ansetzte, konnte die EU jedes Abweichen von ihren ursprünglichen Plänen als Zugeständnis verkaufen, das wiederum Zugeständnisse von anderen erfordere. Das ist eine Taktik, die Erpressungsversuchen gleicht: Die EU versuchte durch Vorschläge bar jeden Konsenses, Zugeständnisse von anderen durchzusetzen. Dies rief durchaus Widerstand hervor. Die G-90, also die AKP-Länder, die LDCs und die African Group verlangte eine Abschwächung des bestehenden Textes. Eine Gruppe von fünf Ländern, d.h. Venezuela, Südafrika, Indonesien, Philippinen und Kuba lehnten den Vorschlag für den Annex C zunächst vollständig ab. So kam es in langen „Green Room"-Gesprächen zu heftigen Konflikten zwischen diesen Ländern und der EU. Nebenbei hatten die Delegierten der G-90 und der G-5 mit den üblichen aggressiven Verhandlungsmethoden der EU und USA zu kämpfen: Anrufe in den Hauptstädten, Einzelgespräche mit Pascal Lamy und der permanente Vorwurf, die ganze Runde zu gefährden. Schließlich wurde ein „Kompromiss", also ein deutlich abgeschwächter Annex C in die Abschlusserklärung aufgenommen: Im Ergebnis werden plurilaterale Verhandlungsmethoden nun in das GATS integriert, ohne diese verpflichtend zu gestalten. Vor allem aber enthält der Annex C einen Zeitplan für die weiteren GATS-Verhandlungen, der den Druck, Zugeständnisse einzugehen, massiv erhöhen wird.

Ein katastrophaler Fahrplan

Man mag es aus einer engen Perspektive zunächst positiv bewerten, dass sich die EU mit ihren ursprünglich geplanten verpflichtenden Liberalisierungserfordernissen nicht durchsetzen konnte. Also ein Erfolg? Keineswegs. Denn die Messlatte für die Bewertung des GATS-Deals in Hongkong dürfen nicht die ungeheuren Vorschläge der EU sein, sondern die Auswirkungen der Beschlüsse. Und damit sieht das Ergebnis wenig rosig aus: Denn in Hongkong wurde vor allem die Fahrtgeschwindigkeit in Richtung Liberalisierung zugunsten der größten Dienstleistungsunternehmen aus dem Norden erhöht. Das nächste Jahr könnte also dramatische Entwicklungen in den GATS-Verhandlungen mit sich bringen. Dazu hat das Hongkong-Ergebnis in jedem Fall beigetragen.

Christina Deckwirth

Die Autorin ist Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED e.V.).
Kontakt: christina.deckwirth@weed-online.org

Entwicklungsländergruppen und -koalitionen verändern die Machtbalance in der WTO

Richtungswechsel jedoch nicht in Sicht

„Verzweiflung und Abscheu" – mit diesen deutlichen Worten beschrieb der Handelsminister von Mauritius im Fernsehprogramm der BBC seine Gefühle nach dem Abschluss der Verhandlungen in Hongkong. Diese Reaktion des Koordinators der G-90 Gruppe der besonders armen und der kleineren Entwicklungsländer steht damit in krassem Widerspruch nicht nur zu den professionell positiven Aussagen des WTO-Generaldirektors Pascal Lamy, sondern auch zu denen der Koordinatoren der G-20 in der vor allem größere Entwicklungsländer zusammenarbeiten. Noch vor dem offiziellen Ende der Konferenz hatten der indische Handelsminister und sein brasilianischer Kollege das Ergebnis der Verhandlungen als, wenn auch begrenzten, Erfolg dargestellt.

Quelle: FUE/Maier

Proteste gegen die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong

Diese unterschiedlichen Einschätzungen weisen nicht nur auf die unterschiedlichen Schwerpunkte und Interessen der Gruppierungen hin sondern auch und noch mehr auf ihre Stärke in der WTO. Während sich die G-20-Koalition auf die Agrarverhandlungen konzentriert, versucht die G-90 ihre Mitglieder zu möglichst vielen Verhandlungsthemen zu koordinieren.

Agrarverhandlungen

In den Agrarverhandlungen konnten aus entwicklungspolitischer Sicht denn auch gewisse Erfolge erzielt werden. Am wichtigsten ist sicherlich die seit Jahren überfällige Festlegung eines Datums für das Ende der Exportsubventionen – mit 2013 fällt dies zwar spät aus, aber da im Prinzip seit 1986 darüber verhandelt wird, kann doch von einem Erfolg gesprochen werden. Weniger prominent aber nicht unerheblich sind die Festlegungen im Bereich der Instrumente, die Entwicklungsländern zur Verfügung stehen sollen um Produkte zu schützen, die für Ernährungssicherung und den Lebensunterhalt von Kleinbauern wichtig sind. Sie fielen im Sinne der G-33 von Ländern mit einer großen bäuerlichen Bevölkerung aus, die sich zusammengeschlossen hat, um dieses Thema voran zu bringen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass es bei den meisten strittigen Punkten der Agrarverhandlungen keine Entscheidungen in Hongkong gab. Damit zeichnet sich für zentrale Probleme noch keine Lösung ab, die Entwicklungsländer mussten aber auch keine für sie nachteiligen Zugeständnisse machen. Die positive Einschätzung von G-20 und G-33 erklärt sich hieraus. Die führenden Mitglieder dieser Gruppen (11 Länder, darunter Indien und Indonesien, sind in beiden Mitglied) sind nicht nur politisch und ökonomisch stark, sondern verfügen auch über gut ausgestattete und erfahrene Delegationen, so dass ihnen die Analyse und Erarbeitung von Verhandlungsvorschlägen sowie die interne Koordination relativ leicht fällt.

NAMA und GATS

In den anderen wichtigen Bereichen: dem Marktzugang für nicht- landwirtschaftliche Güter (NAMA) und Dienstleistungen (GATS) sind die Ergebnisse deutlich negativer zu bewerten. Hier gibt es außer der G-90 auch keine dauerhaft organisierte Entwicklungsländerkoalition. Die Zusammenarbeit erfolgt hier eher ad hoc und innerhalb wechselnder Koalitionen von Entwicklungsländern. Die regelmäßige Zusammenarbeit in G-20 und G-33 ist dabei aber hilfreich.

In den NAMA- Verhandlungen mussten die Entwicklungsländer hinnehmen, dass eine Schweizer Formel als Methode zur Zollsenkung fest gelegt wird, bei der höhere Zölle stärker reduziert werden. Da sie höhere Zölle haben als Industrieländer, müssen sie entsprechend tendenziell höhere Einschnitte hinnehmen. Auf Druck einer Koalition von elf Ländern unter Führung von Südafrika sowie Brasilien und Indien werden die Prinzipien der zusätzlichen Flexibilität und der geringeren Verpflichtungen für Entwicklungsländer an mehreren Stellen betont. Damit besteht in den weiteren Verhandlungen die Möglichkeit die Formel entsprechend auszugestalten.

In den Dienstleistungsverhandlungen hatte die G-90 einen Alternativvorschlag zu dem im nach Hongkong mitgebrachten Entwurf für die Ministererklärung enthaltenen Anhang C vorgelegt. Dieser Prozess dauerte mehrere Tage, da auf einzelne Mitglieder immer wieder Druck von Industriestaaten und auch vom WTO- Sekretariat ausgeübt wurde. Ihnen wurde vorgeworfen, mit einem eigenen Vorschlag die Verhandlungen unnötig kompliziert zu machen. Sie sollten statt dessen den bestehenden Anhang C akzeptieren. Dabei wurde mit Absicht unterschlagen, dass es sich nicht um einen in Genf vereinbarten Entwurf handelte, sondern um einen vom Vorsitzenden der GATS-Verhandlungsgruppe in eigener Verantwortung entworfenen Text, der aber nicht mehr als solcher gekennzeichnet war. Nachdem die G-90 ihren Vorschlag dann doch noch eingebracht hatte, wurde sie

zwar von fünf weiteren lateinamerikanischen und asiatischen Ländern unterstützt – der Druck der Industrieländer wurde aber weiter verschärft. Schließlich musste sie sich mit kleineren Änderungen am ursprünglichen Annex C zufrieden geben. Die G-90, die sich aus den am wenigsten entwickelten Ländern, der afrikanischen Gruppe und karibischen und pazifischen Staaten zusammensetzt, ist für Druck besonders anfällig, da ihre Mitglieder auf Entwicklungshilfe und Handelspräferenzen angewiesen sind. Zudem sind die meist kleinen Delegationen oft nur schwer in der Lage gleichzeitig am Verhandlungsgeschehen teilzunehmen und sich innerhalb ihrer Gruppe und mit der Hauptstadt zu koordinieren. Die Frustration des mauritischen Handelsministers, die aus dem Zitat am Anfang spricht, erklärt sich aus dieser Erfahrung.

Eine noch größere Niederlage als die G-90 mussten die baumwollexportierenden afrikanischen Länder hinnehmen. Die USA machten keinerlei konkrete Zusagen, ihre handelsverzerrenden Subventionen abzubauen. Einzige Ausnahme sind direkte Exportsubventionen, die sie nach einem verlorenen Streitfall in der WTO ohnehin nicht beibehalten dürfen.

Neue Süd-Koalition im Entstehen?

Die Konferenz von Hongkong hat gezeigt, dass es für die größeren Entwicklungsländer zunehmend möglich ist, ein effektives Gegengewicht zu den Industriestaaten zu bilden. Dies um so mehr, je koordinierter sie auftreten. Für die ärmeren Entwicklungsländer ist dies dagegen nicht oder nur sehr eingeschränkt der Fall.

Vor diesem Hintergrund ist es interessant, dass sich in Hongkong zum ersten Mal in der Geschichte der WTO alle Entwicklungsländer versucht haben, gemeinsame Interessen zu definieren und ihre Politik untereinander besser abzustimmen. Konkretes Ergebnis ist eine gemeinsame Erklärung von G-20, G-33, AKP, LDCs, Afrikanische Gruppe und Kleine Ökonomien, die von etwa 110 WTO-Mitgliedern getragen wird - deutlich mehr als zwei Drittel der insgesamt 149 WTO-Mitglieder.

Ziel der Gruppe ist, Entwicklungsinteressen ins Zentrum der Verhandlungen zu rücken. Konkrete Forderungen beziehen sich vor allem auf den Agrarbereich: verbesserter Markzugang, substantielle Reduktion der internen Stützungen, Ende der Exportsubventionen bis 2010. Eine Agenda also, die der der G-20 sehr ähnlich ist.

Inwieweit hier eine neue Süd-Koalition entsteht, die tatsächlich in der Lage ist, die Verhandlungen zu beeinflussen, bleibt abzuwarten. Ebenso ist noch offen, wie weit die Solidarität der G-20 Länder geht, im Zweifel eigene Interessen hinter die der G-90 zurück zu stellen. Die Angebote großer Entwicklungsländer, den LDC freien Marktzugang für den Großteil ihrer Exporte einzuräumen, ist ein positives Zeichen hierfür.

Tobias Reichert

Der Autor ist Vorstandsmitglied von Germanwatch.

Treffen von NROs und Parlamentariern

Am Rande der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Hongkong tauschten sich fünf Mitglieder des Bundestages (Grüne, Linkspartei, SPD) mit VertreterInnen deutscher Nichtregierungsorganisationen über den Stand der Verhandlungen und die Rolle des Parlaments in der Handelspolitik aus.

Am Ende wurde verabredet, im Februar in Berlin zu einem Treffen für konkrete Absprachen zusammen zu kommen.

Ulrike Höfken und Bärbel Höhn (Grüne) sowie Ulla Lötzer (Linkspartei) als Vertreterinnen der Opposition dazu Rolf Hempelmann und Sascha Raabe (SPD) aus der Koalition waren der Einladung des Aktionsbündnisses „Gerechtigkeit jetzt!" und des Forums Umwelt und Entwicklung gefolgt.

Susanne Luithlen, Koordinatorin von „Gerechtigkeit jetzt!" moderierte die zweistündige Veranstaltung. In der Sache war man sich weitgehend einig: die Agrarexportsubventionen müssen beendet werden, Umwelt- und Arbeitsrechtsabkommen der Vereinten Nationen müssen im Verhältnis zur WTO aufgewertet werden, damit angesichts eines sehr starken Willens zur weiteren Liberalisierung die Interessen armer Menschen und armer Länder nicht untergehen, Regionalisierung von Märkten und Entwicklungsmöglichkeiten müssen gefördert werden.

Die Frage, wie die Rolle des Parlaments gestärkt werden könnte, bewegte Parlamentarier und NGOs gleichermaßen. Das Parlament müsse vom Zaungast zum Mitentscheider werden und mehr in die Debatten einbezogen werden.

Bärbel Höhn merkte an, dass sich trotz der Einigkeit nichts bewege und die Frage nach größerer Wirksamkeit der Arbeit im Vordergrund stehe. Für Ulla Lötzer war die Frage nach Entwicklungsmöglichkeiten und Regionalisierung sowie die Einhaltung von Sozialstandards herausragend. Ulrike Höfken wies darauf hin, dass die Konzentrierung der Diskussion auf das Thema Landwirtschaft davon ablenkt, dass insgesamt betrachtet die bestehende Arbeitsteilung, bei der die Wertschöpfung in den Industrieländern stattfindet und die Entwicklungsländer die Rohstoffe liefern zementiert wird. Sascha Raabe warnte die NGOs vor einer Verklärung kleinbäuerlicher Produktion, wies aber gleichzeitig auf die hilfreiche Rolle der Zivilgesellschaft für die entwicklungspolitische parlamentarische Arbeit hin. Rolf Hempelmann betonte, dass die WTO als eine Handelsorganisation die Regeln anderer Abkommen, wie Menschenrechts-, Umwelt- und Arbeitsrechtsabkommen respektieren müsse.

Die Atmosphäre des Treffens war partnerschaftlich und offen, sie war von der Arbeit an gemeinsamen Anliegen und dem Wunsch diese gemeinsam wirksamer zu vertreten geprägt. Bei dem für Februar geplanten Treffen in Berlin sollen die Möglichkeiten konkreter Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung ausgelotet werden.

Susanne Luithlen

Die Autorin ist Koordinatorin des Aktionsbündnisses „Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskampagne"

Quelle: FUE/Maier

TRIPS[1] und Entwicklungsländer

Arme Länder verurteilen Biopiraterie

Entwicklungsländer, allen voran Indien, haben auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong Biopiraterie zum Thema gemacht., indem sie die skandalöse Praxis der Biopiraterie von Heilpflanzen und genetischen Ressourcen durch Industrieländer kritisierten.

Als Ergebnis der Verhandlungen konnten die Entwicklungsländer nur erreichen, dass sich der TRIPS-Rat bei seinen weiteren Beratungen in Genf zumindest mit der Offenlegung der Herkunft der genetischen Ressourcen befassen und bis zum 31. Juli 2006 über die Fortschritte diesbezüglich berichten soll. Dies ist aus entwicklungspolitischer Sicht unzureichend. Die Angabe der Herkunft wurde noch nicht einmal verbindlich festgelegt und sie wurde auch nicht zur Voraussetzung für die Erteilung eines Patentes erklärt. Zudem werden viele Voraussetzungen zum Zugang zu genetischen Ressourcen nicht einbezogen, die in der Konvention über biologische Vielfalt vorgesehen sind. Dort ist geregelt, dass die lokale Bevölkerung informiert zustimmen muss und dass eine Vereinbarung über einen fairen Vorteils- oder Gewinnausgleich getroffen werden muss, bevor eine genetische Ressource genutzt werden darf. Darüber hinaus ist nicht geklärt, ob Pflanzen überhaupt patentierbar sein sollten.

TRIPS und Medikamente

Zum Thema TRIPS und Medikamente wurde in Hongkong erwartungsgemäß die am 6. Dezember 2005 beschlossene Integration der Regelung zu Medikamenten vom August 2003 bestätigt. Nach dieser Regelung sollen die Länder ohne eigene Pharmaproduktion das Recht haben, ausländische Unternehmen mit der Produktion von Generika zu beauftragen, wenn sich das Land in einer nationalen Notlage befindet. Die Verfahren sind jedoch so kompliziert, dass diese Regelung bisher noch nie angewandt werden konnte. Eine Integration dieser nicht anwendbaren Regelung ins TRIPS-Abkommen ist daher auch nicht als besonderer Vorteil anzusehen, auch wenn es in Hongkong so dargestellt wurde.

Folgen für die Entwicklungsländer

Die bereits vor der Ministerkonferenz in Hongkong vereinbarte Verlängerung der Umsetzungsfrist des TRIPS-Abkommens für die Least Developed Countries (LDC) auf 2013 wurde ebenfalls bestätigt, die LDCs hatten allerdings 2020 gefordert.

Die insgesamt seit 1999 anstehende und aus entwicklungspolitischer Sicht dringend notwendige Überprüfung des TRIPS-Abkommens soll weiterhin im TRIPS-Rat in Genf fortgeführt werden und der Allgemeine Rat wurde in der Abschlusserklärung von Hongkong verpflichtet, auf seiner nächsten Sitzung über die Fortschritte zu berichten. Dies garantiert jedoch leider nicht, dass auch wirklich Fortschritte gemacht werden. Und die wären dringend nötig, denn zusätzlich zur Biopiraterie leiden Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Entwicklungsländern bereits erheblich unter der Einführung von geistigen Eigentumsrechten auf Saatgut.

Geistige Eigentumsrechte auf Saatgut

Dies wurde auch in Hongkong deutlich, denn parallel zur WTO-Ministerkonferenz fand ein Treffen des asiatischen Netzwerkes gegen Patente auf Leben statt. Dort berichteten Vertreter/innen von Kleinbauernorganisationen über die verheerenden Auswirkungen, die geistige Eigentumsrechte auf Saatgut haben. Das Überleben der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ist gefährdet, da ihre traditionellen Rechte, Saatgut von der Ernte zurückzubehalten, wieder auszusäen, zu tauschen und zu teilen bedroht werden. Zudem kaufen internationale Saatgutkonzerne lokale Saatgutbetriebe in Entwicklungsländern auf und bieten dann nur noch patentiertes oder nicht wiederverwendbares Saatgut an. Die Kleinbauernorganisationen gehen zu Selbsthilfe über und versuchen, ihr traditionelles Saatgut selbst zu konservieren und weiterzuentwickeln. Leider kann dadurch aber keine Versorgung aller Subsistenzlandwirte sichergestellt werden. Daher haben die Vertreter/innen von vielen Kleinbauernorganisationen aus Asien und anderen Ländern eine Erklärung verabschiedet, in der sie ein Verbot geistiger Eigentumsrechte auf Saatgut fordern. Der zuständige Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums für TRIPS, Walter Werner, sagte, es sei Aufgabe der Regierungen der Entwicklungsländer solche Veränderungsvorschläge vorzubringen. Er gab jedoch keine Zusage, einer entsprechenden Veränderung des TRIPS-Abkommens zuzustimmen. Mit diesen Problemen werden es die Entwicklungsländer also im nächsten Jahr im TRIPS-Rat zu tun haben.

Brigitta Herrmann

Die Autorin ist bei Misereor zuständig für Handelsfragen, insbesondere TRIPS.

[1] TRIPS = WTO-Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums.

Verhandlungen um Senkung der Industriezölle

Schweizer Formel mit Hintertür

Nichtagrarischer Marktzugang (NAMA) - damit sind alle Güter gemeint, die nicht dem Bereich Landwirtschaft zugerechnet werden. In der Hauptsache drehen sich die NAMA-Verhandlungen bei der WTO um Industriezölle.

Die Europäische Union drängt seit längerem auf die radikale Senkung von Industriezöllen, um den Marktzugang für europäische Firmen zu erleichtern. Die Entwicklungsländer sind gegen tief greifende Zollreduktionen, da sie ihre einheimische Industrie vor überlegener ausländischer Konkurrenz schützen wollen. Sie verweisen darauf, dass die Industrieländer im Laufe ihrer Entwicklung ebenfalls das Instrument des Zollschutzes angewandt haben, um ihre nicht wettbewerbsfähigen Industrien zu schützen. Dieses Instrument, so die Befürchtung, soll ihnen nun aus der Hand geschlagen werden.

Ursache dafür ist vor allem die so genannte Schweizer Formel. Deren Anwendung führt dazu, dass höhere Zölle sehr viel stärker reduziert werden als niedrige. Letztlich ist der Effekt eine Art Harmonisierung, wo nach Rasenmähermethode alle Zölle angeglichen werden. Der in der Formel angewendete Koeffizient entscheidet darüber, auf welchem Niveau dies passiert.

Deshalb trat die EU im Vorfeld von Hongkong wie auch während der Konferenz selbst für niedrige Koeffizienten ein. Außerdem sollte es lediglich zwei geben - einen für Industrieländer, der bei zehn liegen sollte, und einen für Entwicklungsländer bei fünfzehn. Mit diesem Vorschlag konnten sich die Europäer in Hongkong jedoch nicht durchsetzen.

Entwicklungsländer drängen auf Flexibilität

Der Kompromiss sieht nun so aus, dass die WTO-Mitglieder sich darauf geeinigt haben, die Schweizer Formel anzuwenden, so dass höhere Zölle stärker gesenkt werden als niedrige. Andererseits hat man sich in Hongkong weder auf die Zahl der Koeffizienten noch auf ihre Höhe festgelegt. Dies ist den Entwicklungsländern geschuldet, die auf Flexibilität drängten. Denn eine große Zahl an (möglichst hohen) Koeffizienten zieht der Rasenmäherwirkung der Schweizer Formel die Zähne: je höher der Koeffizient, desto höher am Ende der Zoll, je mehr Koeffizienten, desto größer die Flexibilitäten.

Darüber hinaus haben sich die Entwicklungsländer einen weiteren Vorteil sichern können. Die Ministererklärung hält fest, dass die Vereinbarung in der Doha-Erklärung, wonach die Verpflichtung der Entwicklungsländer geringer sein soll als die der Industrieländer, durch die Zollsenkungsformel umgesetzt werden muss. Damit würde dieser Verpflichtung nicht Rechnung getragen, indem den Entwicklungsländern etwa nur längere Umsetzungsfristen zugestanden würden.

Daneben blieb in Hongkong eine Reihe von Konflikten teilweise oder vollständig ungeregelt. Hierzu gehört die Problematik ungebundener Zölle. Denn gerade viele Entwicklungsländer haben ihre Zölle nicht bei der WTO gebunden und genießen daher in diesen Bereichen ein Höchstmaß an Flexibilität. In Hongkong wurde nun vereinbart, ungebundene Zölle mit einem Aufschlag zu versehen, um sie hinterher der allgemeinen Formel entsprechend zu kürzen. Wie groß dieser Aufschlag sein wird, sagt die Erklärung jedoch ebenso wenig wie sie sich bei der Zollreduktion auf Zahlen festlegt. Ungelöst blieb in Hongkong auch das Problem der Präferenzerosion, von dem insbesondere die Entwicklungsländer betroffen sind, die bislang Zollpräferenzen genießen.

Fazit

Auch im NAMA-Bereich lässt Hongkong mehr Fragen offen als beantwortet werden. Dies ist aus entwicklungspolitischer Sicht positiv. Denn in der derzeitigen Dynamik droht jede weitere Festlegung zum Nachteil der Entwicklungsländer auszufallen und ihre Flexibilitäten einzuschränken. Von daher ist die Zeit nach Hongkong dazu zu nutzen, diese Dynamik umzukehren.

Michael Frein

Der Autor ist Referent für Handel und Umwelt beim EED sowie Mitglied des Leitungskreises des Forums Umwelt und Entwicklung.

Für weitere Informationen zum Thema NAMA vgl. gemeinsame Publikaton von EED, Greenpeace, WEED und Forum Umwelt und Entwicklung: Das NAMA-Drama - Wie die WTO-Verhandlungen über Industriegüter Umwelt und Entwicklung bedrohen. Bonn, 2005.

Wir werden weiter verhandeln ...

... und die Umwelt zerstören

Von einem Paragraph zu Umweltgütern abgesehen, waren alle offiziellen Umweltparagraphen im Entwurf der Ministerkonferenz bereits Konsens. Es waren zudem nichtssagende Paragraphen - in denen im wesentlichen das Getane begrüßt wurde und sich die Regierungen darauf verpflichteten, weiter zu verhandeln. Standardformeln der Handelsdiplomatie.

Das bedenkend, wurde in Hongkong eine ganze Menge über die Umwelt geredet – zumindest für die WTO. Einer von drei „Facilitators" für die Konferenz, der noch kein Thema zugeordnet bekommen hatte, wurde für das Themenfeld „Umwelt und Handel" abbestellt. Allerdings ließ der Diplomat Walker, der das Thema betreuen musste, wissen, dass nach dem ersten Tag in seiner neuen Rolle, kein Land bisher darum gebeten hatte mit ihm zu sprechen. Er musste alle Diskussionen zu diesem Thema selber initiieren.

Trotzdem war ein Grund dafür, dass Umwelt in Hongkong zu einem Thema wurde, sogar ein positiver. Entwicklungsländer – unter der Führung Indiens – machten das Verhältnis der Konvention für biologische Vielfalt (CBD) und der WTO zu einem Knackpunkt im sogenannten „Entwicklungspaket" von Hongkong. Auf Deutsch geht es bei diesem Konflikt um die kostenlose Nutzung – man nennt es auch Raub - von biologischen Ressourcen der Entwicklungsländer durch Konzerne aus dem Norden. Die Alternative zu diesem System der Biopiratrie, versucht die CBD festzulegen – „access and benefit sharing" heisst das auf Fach-Neudeutsch. Indien und andere wollen nun verhindern, dass ein derartiges System der Beteiligung an der Ressourcennutzung und den Profiten, durch die WTO unterminiert werden kann. Darüber wird bei der WTO schon seit vier Jahren verhandelt - aber bisher hat sich nichts getan. Also hat Indien diesmal auf den Tisch gehauen. Zunächst wurde es ignoriert. Aber in der Schlusserklärung von Hongkong steht immerhin, dass man sich Ende Juli 2006 auf konkrete weitere Schritte geeinigt haben will. Man kann gespannt sein, ob – und wie – das gelingt.

Umweltgüter

Auch über sogenannte „Umweltgüter" wurde in Hongkong gesprochen. Seit 2001 kursieren verschieden Definitionen, welche Produkte nun Umweltgüter sein sollen und welche nicht. Indien hat einen alternativen „Projektvorschlag" vorgelegt – und in Hongkong auch kräftig dafür geworben. Auch ein indischer Kompromisstext, der verschiedenste Optionen – ob eine Liste von Umweltgütern oder eben doch Projekte – offen ließ, und den am Schluss sogar die Europäische Union befürwortete – konnte aber keine Unterstützung finden. So einigte man sich am Ende – unter Druck der USA – auch in diesem Bereich nur auf ein „wir werden 2006 noch intenisver verhandeln".

Überfischung

Darüber hinaus hat sich die WTO in Hong Kong verpflichtet, 2006 etwas konkreter darüber zu reden wie man die Subventionen für Überfischung sowie destruktive Fischerei eindämmen könnte. Was genau das bedeutet, und wie die WTO vorhat nun diese Begriffe (insbesondere Überfischung) zu definieren, dies wurde allerdings offen gelassen. Es handelt sich also nur um einen kleinen Schritt nach vorn – auch wenn einige in Hongkong schon das Ende der schädlichen Fischereisubventionen herbeiredeten.

NAMA

Selbst wenn dieses erfreuliche Ergebnis nun näher wäre – den Fischen geht es auf jeden Fall an den Kragen. Denn in einem klassischen Fall von politischer Inkohärenz, wurde in Hongkong gleichzeitig zu dem Fischereisubventionbeschluss auch die weitere Liberalisierung auch des Fischereisektors vorangetrieben. In den zentralen Verhandlungsbereichen – Lanwirtschaft, Dienstleistungen und nichtagrarische Produkte (NAMA) – spielte die Umwelt nämlich keine Rolle. Und so wurde bei NAMA, ohne dass die Fische dabei Erwähnung fanden, eine sogenannte „Schweizer Formel" beschlossen. Diese bedeutet, dass hohe Zölle stark gesenkt werden. Und gerade der Fischereibereich hat in einigen Entwicklungsländern noch sehr hohe Zölle. Diese werden gesenkt werden müssen – was die Nachfrage nach billigem Raubbaufisch weiter erhöhen und die Meere noch fischleerer machen wird. Gleiche Effekte werden auch die Wälder treffen – aber darüber sprach – ausser Umweltgruppen – in Hongkong niemand.

Insgesamt, kam die Umwelt also in Hongkong unter die Räder - indem sie in den entscheidenden Bereichen ignoriert wurde. Zu einer sozialen und ökologischen Folgeabschätzung der Freihandelspolitik der WTO konnten sich die Regierungen mal wieder nicht durchringen.

Verhhältnis von Umweltregeln und Handelsregeln

In einem Punkte wurde der Umwelt aber auch geschadet in dem über sie geredet wurde. Die EU hatte in Hongkong wenig anzubieten. Also brauchte sie dringend Themen, die sie zu Verhandlungsmasse erklären konnte. Leider gelang es der EU auch das Verhältnis von Umweltregeln und Handelsregeln dazu zu machen. Am Schluss kam zwar auch in diesem Bereich nur ein „wir werden weiterverhandeln"-Ergebnis raus. Aber es ist keine Frage, dass die Tatsache, dass die EU die Diskussion über die Hierarchie zwischen Umweltrecht und Handelsrecht in Hongkong zu einem Teil der Pokermasse eines Deals erklärte, die Gefahr wachsen ließ, dass die Umwelt – wie es Umweltgruppen schon lange befürchten – auf der Suche nach Zugeständnissen in anderen Bereichen verscherbelt wird. Die EU behauptet das wird sie nicht tun. Auch hier werden wir 2006 schlauer sein.

Daniel Mittler

Der Autor leitete die Greenpeace Delegation in Hongkong.

Tür für globalen Klimaschutz nach 2012 aufgestoßen

Erfolgreiche Klimaverhandlungen in Montreal

Die Verabschiedung des Montrealer Aktionsplans (MAP) auf der 11. Klima-Vertragsstaatenkonferenz (COP 11) und der ersten des Kyoto-Protokolls (COP/MOP) am Morgen des 10. Dezember 2005 stellt einen Markstein im Prozess des globalen Klimaschutzes dar. Er stößt die Tür auf für Verhandlungen um globale Klimaschutzverpflichtungen nach dem Jahr 2012 und gibt den rasant wachsenden Finanzmärkten um Emissionseinsparungen ein deutliches Signal für die notwendige Planungssicherheit.

Quelle: Germanwatch/Treber

Feierstimmung in Montreal: Nach der Annahme der Marrakesch Accords am 30. November gibt es an diesem Tag keine Klimaschurken, so dass die Verleihung des „Fossil of the Day" an diesem Tag ausfällt

Bei den Verhandlungen in Montreal (28.11. - 10.12.2005), die mit über 8000 Teilnehmern die am besten besuchte COP überhaupt waren und selbst Kyoto um Zweitausend übertrafen, wurden die zuvor vom Konferenzpräsidenten, dem kanadischen Umweltminister Stéphane Dion, formulierten Ziele ["3i"] 'zu 100 % erreicht':

i) Das Kyoto-Protokoll war mit der Annahme der Marrakesch Accords kurz vor halb Zwölf am Mittag des 30. November vollständig implementiert (erstes "i"), und es wird einer Erfüllungskontrolle unterzogen, die an Schärfe bei bestehenden internationalen Umweltabkommen keinen Vergleich hat;
ii) die Marktmechanismen in Verbindung mit Entwicklungsländern werden leichter umsetzbar gemacht (zweites "i" für improvement).
iii) die Innovation (drittes "i") besteht darin, dass Verhandlungen für die Verpflichtungen der Industrieländer beim nächsten Zusammentreffen der Nebenorgane gestartet und in einer neu gegründeten Ad hoc Gruppe durchgeführt werden.

Bei aller Freude um den erzielten Fortschritt soll der Blick auf die eigentliche Herausforderung nicht vernebelt werden, die der Klimaschutz darstellt. Die durch den MAP zu erwartenden Emissionsreduktionen sind weit entfernt davon, so stark auszufallen, wie es notwendig ist. Zu gewährleisten ist, dass die menschgemachte Erwärmung unterhalb von 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau bleibt. Damit ist das zentrale Klimaschutzziel, nämlich die Verhinderung einer gefährlichen Klimaänderung, noch weit davon entfernt erreicht zu werden.

Erneut nahm die USA als Verursacher von etwa einem Viertel der weltweiten Emissionen in Montreal eine unrühmliche Rolle ein. Sie sperren sich vehement gegen jedwede absolute Emissionsverminderung, lehnen praktisch alle Gesprächsangebote über die Weiterführung von multilateralem Klimaschutz nach 2012 ab und versuchen, die anderen Staaten in der Umsetzung wirksamen Klimaschutzes zu behindern. Daran konnte auch der am letzten Tag überraschend (als Privatmann) auftretende frühere US-Präsident Clinton nichts ändern, als er eine dreiviertelstündige, weitgehend frei gehaltene Rede zum Klimaschutz, dessen Herausforderung und die anstehenden Reaktionen hielt. Immerhin war es der Geschlossenheit der Staaten, die sich für die Weiterführung des Klimaschutzes aussprechen, zu verdanken, dass die Versuche der USA, die Verhandlungen unter der Klimakonvention ergebnislos enden zu lassen, scheiterten.

Montreal sah einen der ersten internationalen Auftritte des neuen deutschen Umweltministers Sigmar Gabriel. Er bewegte sich – für einen Newcomer erstaunlich souverän – auf dem Parkett internationaler Verhandlungen und setzte sich sogleich vehement für den Klimaschutz ein.

Neue Seite zu Waldschutz aufgeschlagen

Die Konferenz in Montreal markierte mit der Implementierung des Kyoto-Protokolls einen Schlusspunkt. Das Jahr 2005 hat - vielleicht am meisten vermittelt durch die vermutlich überwiegend klimainduzierten 'drei starken Frauen' (gemeint sind die Hurrikane Katrina, Rita und Wilma) deutlich in Erinnerung gerufen, dass sich das Klima jetzt schon ändert. Wie oft bei Klimakonferenzen der Fall, war auch auf COP 11 das Wetter fernab des Normalen. In der ersten Woche wurden vor Ort 17 Grad gemessen. Dies entspricht für diese Jahreszeit einem Rekord bei 250 Jahren Temperaturmessungen.

Die COP war mit der COP/MOP auch gleichzeitig ein Neubeginn. Damit ist weniger gemeint, dass die Länderschilder verschiedene Farben trugen, so dass man ihnen entnehmen konnte, ob der Staat das Kyoto-Protokoll ratifiziert hatte oder nicht. Erstmals wurden Verhandlungen unter dem Kyoto-Protokoll geführt, weshalb eine COP/MOP stattfand. Dort hatten die USA nichts zu sagen und nichts zu blockieren, da sie ja keine Vertragspartei sind. Leicht bizarr war das Verfahren zum Vorsitz des Nebenorgans SBSTA (Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice). Da Libyen als Heimat des SBSTA-Vorsitzenden Benrageb den Ratifikationsprozess zu Kyoto noch nicht beendet hat, musste dieser durch den Maledivier Abdulla ersetzt werden, sobald Tagesordnungspunkte aufgerufen wurden, die Belange des Kyoto-Protokolls berührten.

Eine neue Zeitrechnung hat auch beim Thema 'Klimaschutz und Wälder' begonnen. Der Anstoß dafür wurde auf SOGE (Seminar of Government Experts) im Mai 2005 in Bonn gelegt, als Papua Neuguinea (PNG) eine vielbeachtete Rede zur Waldvernichtung hielt. Im Vorfeld von COP11 reichte PNG dazu ein Papier zur Verminderung der Waldvernichtung in Entwicklungsländern ein, das von Costa Rica und mehreren anderen Ländern mitgetragen wurde. Es stellt die Emissionen aus Waldvernichtung (derzeit jährlich 5 Mrd. t CO_2) den jeweils vergleichbar hohen aus der Nutzung von Erdgas, Kohle oder Erdöl gegenüber und stellt Handlungsbedarf fest. Das Thema wurde Tagesordnungspunkt auf der COP und in einer Kontaktgruppe erstaunlicherweise ohne krasse Gegensätze behandelt. Dies ist dadurch zu erklären, dass der Streit zwischen Wald- und Klimaschützern nach Implementierung des Kyoto-Protokolls als beendet gesehen werden kann. Er bestand darin, dass sich die Klimaschützer gegen jedweden Einbezug von Maßnahmen zum Waldschutz bei der Anrechnung auf die Erfüllung der Emissions-Reduktionsverpflichtungen ausgesprochen hatten, da sie befürchteten, dass angesichts der schwachen Kyoto-Ziele überhaupt kein Anreiz mehr für zu höherer Energieeffizienz und verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien besteht, wenn die Reduktionsziele allein durch Waldschutzmaßnahmen erreicht werden können. Dieser Vorbehalt ist für die Verhandlungen zu post-2012 vom Tisch, da noch keine (niedrigen) Ziele vorgegeben sind. Es stellt sich also nicht mehr die Frage, ob die Entwaldung in einem post-2012 Regime behandelt werden wird, sondern lediglich, wie.

In Montreal wurde entschieden, dass sich SBSTA im nächsten Frühjahr in Bonn mit dem Thema befassen wird. Zur Vorbereitung sollen bis Ende März Papiere mit neuen Vorstellungen und Positionen an das Klimasekretariat eingesandt werden. Auf der nächsten COP werden die Ergebnisse eines Workshops diskutiert, und COP13 soll Vorschläge behandeln, wie mit dem Thema umzugehen ist. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Meldung, dass Brasilien zum ersten Mal seit 1997 einen Rückgang der Entwaldung, und zwar mit 31 % einen deutlichen, meldet.

Weitere Verhandlungsgegenstände

Auch zur Anpassung, d.h. zur Umsetzung des Buenos Aires Plan of Work on Adaptation, wurden in Montreal Fortschritte erzielt. Ein anderer, scheinbar harmloser Punkt führte um ein Haar zum Scheitern der Konferenz. Belarus (Weißrussland) hatte im Vorfeld der COP/MOP vorgeschlagen, sich unter die Kyoto-Staaten einzureihen, die Reduktionsverpflichtungen besitzen, und ein (lächerliches) 5-Prozent-Reduktionsziel in den Ring geworfen. Dies wäre ein Vorgang zur Produktion von 'heißer Luft' in großem Stil, da seine Emissionen durch den Zusammenbruch der Sowjetunion um ein Vielfaches der vorgeschlagenen Menge sanken. Entsprechend wenig euphorisch zeigten sich die Befürworter von mehr Klimaschutz und stimmten einem Text zu, der lediglich besagte, man könne den quantitativen Vorschlag Weissrusslands als Ausgangspunkt nehmen. Doch dies passte dem mächtigen Nachbarn und Freund von Weissrussland gar nicht. Es ist nicht ganz durchsichtig weshalb, aber sichtbar war es für jeden, dass der Vertreter von Russland in den Morgenstunden des 10. Dezember sich bei einer einzigen Formulierung gegenüber jedem Argument anderer Länder oder deren Bitte um Einlenken unbeugsam verhielt. Erst durch eine Eilaktion – Anrufe auf Staatschef-Ebene und folgende telefonische Intervention des russischen Vizeaußenministers – konnte der Bann gebrochen werden.

Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) hatte im September seinen Sonderbericht zu CO_2-Abscheidung und -lagerung (CCS) verabschiedet, so dass er in SBSTA vorgestellt worden war (vgl. www.germanwatch.org/rio/c11-kber.htm#28). Die USA lobte die Aussichten der CO_2-Abscheidung in höchsten Tönen, als wäre ihnen der Grundwiderspruch dabei nicht klar, als ob sie mit dieser positiven Beurteilung von CCS einen grundlegenden Sachverhalt nicht verstanden hätte. Oder treiben sie nur falsches Spiel? Denn der Sonderbericht des IPCC sagt unzweideutig, dass CCS nur dann nennenswert zum Einsatz kommen wird, wenn der CO_2-Preis über 25 US$/t liegt. Wie heuchlerisch ist dann das Auftreten der USA, die CCS eine aussichtsreiche Zukunft prophezeien, wenn sie sich selbst vehement gegen jedwede verbindliche Begrenzung der CO_2-Emissionen wehren, die die Grundlage dafür ist, dass CO_2 einen Preis bekommt!

Am letzten Tag der Verhandlungen in SBSTA, einem der beiden Nebenorgane der Klimakonvention, standen die Emissionen des internationalen Flug- und Seeverkehrs einmal wieder auf der Tagesordnung. Informelle Verhandlungen dazu hatten seit Beginn der Konferenz stattgefunden. Dabei ging es nicht um irgendwelche Emissionsbeschränkungen, sondern lediglich um eine methodische Vordiskussion, um die Treibhausgasinventare (also die Emissionsbilanzen der Staaten) zum internationalen Flugverkehr. Der bei SBSTA verhandelte Text enthielt als substantielle Aussage die geplante Durchführung eines Workshops über die Methode der Datenerhebung der Flugverkehrsemissionen. Saudi Arabien konnte das nicht mittragen und blieb kompromisslos. Dem SBSTA-Vorsitzenden Benrageb blieb nur festzustellen, es gäbe keinen Konsens und daraus den Schluss zu ziehen, das Thema auf der nächsten SBSTA-Sitzung in Bonn im Mai nächsten Jahres wieder zu behandeln. Dieses destruktive Auftreten von Saudi Arabien bringt dem Land dafür ein weiteres "Fossil des Tages" ein.

Manfred Treber

Der Autor ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch und Koordinator AG Klima & Energie des Forums Umwelt und Entwicklung.

Erneuerbar aber noch nicht erneuert!

„Renewable Solutions"-Konferenz in Montreal zur Klimakonferenz

Zur diesjährigen Klimakonferenz in Montreal veranstaltete das kanadische Netzwerk erneuerbarer Energien (CANREA) zusammen mit dem internationalen Netzwerk „Citizens United for Renewable Energies" (CURES) eine zweitägige Konferenz, um Strategien und Empfehlungen für eine zukunftsweisende Energiewende zu entwickeln.

Es sind immer wieder die gleichen Zahlen, die die Dringlichkeit einer schnellen und vollständigen Energiewende bestätigen: 25 Hurrikans über dem Atlantik in einer Saison, Rekordschmelze der Gletscher weltweit, 2 Mrd. Menschen ohne Zugang zu sauberer Energie sowie weiterhin stark steigende Emissionen, auch bei den Ländern, die sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet haben ihre Treibhausgasemissionen zu senken.

Auf der „Renewable Solutions"-Konferenz gab es von vorn herein keinerlei Zweifel, dass erneuerbare Energien (EE) im Konzert mit Energieeffizienz und -einsparung, die einzigen Optionen für eine nachhaltige Energieversorgung der Zukunft sind. Vielmehr ging es darum, wie die Energiewende umgesetzt werden muss. Wie können wir die Menschen ohne oder mit unzureichendem Zugang zu Energie erreichen? Wie können auf der einen Seite Großprojekte, notwendig für die globale Energiewende, und auf der anderen Seite dezentrale, vom Netz unabhängige Systeme finanziert werden? Auf diese Fragen wollte die Konferenz Antworten finden.

Aufgeteilt in sechs thematischen Strängen wurden hierzu Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger diskutiert.

Internationale und nationale Ziele und Zeitrahmen

International aber auch national verbindliche Ziele spielen bei der Förderung EE und deren effizienter Nutzung eine große politische Rolle, besonders wenn dabei klimawirksam Treibhausgase reduziert werden sollen. Entscheidend bei Zielen für den Ausbau EE ist eine quantitative und qualitative Festlegung, bei der auch klare Zeitvorgaben beschlossen werden.

Hier die zentralen Gründe für eine Zielformulierung im Bereich EE und Energieeffizienz:

- Ziele schaffen langfristige Planungssicherheit für Anlagenbauer und Investoren,
- verpflichten Regierungen und Industrie, Programme aufzulegen und Rahmenbedingungen zu erarbeiten, die die Marktdurchdringung von EE fördern,
- unterstützen gerechtere Zugangsbedingungen auf dem Energiemarkt (z.B. Netzzugang),
- fördern den Marktzugang EE und
- fördern eine andere Subventionspolitik und Internalisierung der Umweltkosten in die Energieproduktion.

Während des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 (WSSD) wurden erstmalig internationale Ziele für EE verhandelt, jedoch ohne Erfolg. Inzwischen haben sich aber verschiedene Länder weltweit Ziele gesetzt (insgesamt 19 Länder), darunter auch die EU, die den Anteil von EE bis 2010 auf 22,1% des gesamten Strombedarfs festgesetzt hat. Selbst in den USA haben inzwischen 18 Staaten Ziele für EE festgelegt, obwohl die nationale Regierung in Washington bisher jegliche Festlegung auf nationaler wie internationaler Ebene verweigert.

Damit Ziele auf den verschiedenen Ebenen auch umgesetzt werden, bedarf es klar definierter Kontrollmechanismen, die am besten bei den Vereinten Nationen völkerrechtlich verankert sind.

Länder, die sich bereits Ziele gesetzt haben, müssen Ziele rechtzeitig fortschreiben, um die Energiewende voranzubringen. Die EU z.B. sollte bereits 2007 neue Ziele beschließen, die für 2020 einen Anteil von 25% EE am Energiemix vorsieht.

Finanzquellen und Mechanismen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Zielsetzungen alleine sind aber für das Erreichen einer Energiewende nicht genug. Die Ziele müssen durch entsprechende politische Rahmenbedingungen und Maßnahmen umgesetzt werden, die besonders öffentliches Bewusstsein, Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Partizipation sowie die explizite Förderung von EE (z.B. Erneuerbare Energiengesetz) unterstützen.

Eine globale Energiewende benötigt enorme Investitionssummen. Ein Teil der erforderlichen Finanzmittel muss durch neue Finanzquellen abgedeckt werden, ein weitaus größerer Teil kann aber durch Umstrukturierung derzeitiger Finanzströme zur Verfügung gestellt werden. Bisher wird der Löwenanteil der weltweiten Investitionen zur Energieerzeugung in fossile und nukleare Infrastruktur gesteckt.

Durch die teilweise noch hohen Kosten der jungen EE Technologien, sind Subventionen ein wichtiges Instrument zur Förderung. Mit zunehmender Verbreitung, sinken die Kosten aber deutlich. Leider sind hohe Anfangsinvestitionen oft ein Hindernis für deren Einführung, besonders in Entwicklungsländern. Subventionen, aber auch die Verteilung von Investitionskosten auf Laufzeit der Anlagen sind wichtige und legitime Mechanismen, um den Einstieg in die Technologien zu erleichtern. Positive Nebeneffekte, wie z.B. Luftverbesserung, Umweltschutz, stabilere Energiepreise und regionale Wertschöpfung sollten bei Kosten-Nutzenrechnungen berücksichtigt werden.

Multilaterale und andere Entwicklungsbanken haben eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung von EE. Die Weltbank hat sich das Ziel gesetzt, über fünf Jahre jährlich ihre Ausgaben für EE und Energieeffizienz um 20% zu steigern. Der Weg ist richtig, der Anteil für EE ist aber mit dieser Steigerungsrate zu gering. Die Bank muss EE und Energieeffizienz zu ihrem energiepolitischen Schwerpunkt machen. Sie muss dazu verpflichtet werden, den Salim Report (vgl. hierzu auch Rundbrief 2/2004) vollständig umzusetzen und möglichst schnell aus der Finanzierung von fossilen Projekten auszusteigen. Dabei dürfen Großstaudämme keine Renaissance erleben.

Das Kyoto-Protokoll ist inzwischen in Kraft getreten, aber die klimaschädlichen Treibhausgase steigen in der Atmosphäre ungebremst weiter an. Die meisten Industrieländer werden ihre Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen kaum noch im eigenen Land bewerkstelligen können. Durch diese Entwicklung gewinnen andere Reduktionsmöglichkeiten zunehmend an Bedeutung. Eine wichtige Rolle wird dabei der Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto Protokolls übernehmen müssen. Der CDM ist ein Instrument, was es Industrieländern erlaubt,

ihre Reduktionsverpflichtungen im Rahmen des Kyoto Protokolls durch Projekte in Ländern des Südens zu erfüllen. Immer mehr Länder müssen sich CO_2 Zertifikate über CDM oder Emissionshandel einkaufen. Dadurch wird das Finanzvolumen für CDM Projekte stark ansteigen.

Die Regelungen unterstützen hauptsächlich Investoren, die eine möglichst hohe Treibhausgasreduktion in einem kurzen Zeitraum erzielen wollen, ohne dabei viel Geld investieren zu müssen. Dazu zählt z.B. die Nutzung von Methan aus Mülldeponien. Durch höhere Anfangsinvestitionen haben EE einen schlechteren Kohlenstoffpreis und sind deshalb nicht so interessant für potentielle Investoren.

Damit der CDM auch für EE attraktiv werden kann, müssen, wegen ihres oft dezentralen Charakters, regionale und sektorale Programme zugelassen werden. Außerdem müssen für CDM-Projekte Regeln eingeführt werden, die positive Auswirkungen der Projekte im sozialen, entwicklungs- und umweltpolitischen Bereich, unterstützen.

Ein gerechter Markt für erneuerbare Energien

Mit der weltweiten Liberalisierung der Energiemärkte in den 80er Jahren kam es nach einer anfänglichen Euphorie zu einer wachsenden Konzentration des Energiesektors auf große multinationale Unternehmen. Viele dieser Unternehmen vereinen Rohstoffgewinnung, Erzeugung, Transport (z.B. Stromnetze), Verbreitung und Verkauf unter einem Dach und entwickeln damit zunehmend oligopolistische Strukturen. Transparenz und Konkurrenz sind durch die Verschmelzung der verschiedenen Sektoren nicht mehr möglich, wodurch die Liberalisierung der Märkte ihre stärksten Argumente verloren hat. Durch die Konzentration erhalten die Konzerne immer stärkeren Einfluss auf nationale politische Prozesse und sind auch maßgeblich an der Verhinderung eines Marktes für EE beteiligt.

Fossile und nukleare Kraftwerksbetreiber zahlen nichts für die entstehenden Sozial- und Umweltkosten, die sie verursachen. Es wird geschätzt, dass die Internalisierung der Kosten den Strompreis in der EU verdoppeln würde. Deutschland hat mit der Förderung EE die Ausgaben für externalisierte Kosten um schätzungsweise 1,2 Mrd. reduziert. Regulative Instrumentarien sind notwendig, um EE einen gleichberechtigten Zugang zu den Energiemärkten zu ermöglichen und um Umwelt- und Sozialkosten in die Energiekosten zu integrieren.

Forschung- und Entwicklung ist ein weiterer Bereich, der für einen gerechten Marktzugang für EE von großer Bedeutung ist. Immer noch werden enorme Geldsummen in die Nuklearforschung gesteckt (1974-2002 ca. US$169 Mrd.), während EE im gleichen Zeitraum mit nur US$24 Mrd. gefördert wurden. Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich, Forschungsmittel zunehmend in EE und Energieeffizienz zu investieren.

Technologie- und Wissenstransfer

Die größte Ausbreitung EE findet derzeit in Industrieländern statt. Da EE für Entwicklungsländer ebenfalls zunehmend an Bedeutung gewinnen, muss die technologische Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verbessert werden. Dabei darf nicht Technologieexport im Fordergrund stehen, sondern vielmehr Wissenstransfer und der Aufbau von Produktionsstätten vor Ort. Pilotprojekte können die Grundlage für zeitlich begrenzte Joint Ventures schaffen, bei denen die Bevölkerung in Planung, Entwicklung und Wissenstransfer einbezogen wird.

Pilotprojekte können über entsprechende bilaterale oder multilaterale Entwicklungsfinanzierungen getragen werden. Die offizielle Entwicklungshilfe kann dabei eine wichtige Rolle spielen und sollte verstärkt Finanzmittel für den Einsatz von EE bereitstellen.

In zunehmendem Maße werden beim Technologie- und Wissenstransfer auch so genannte Süd-Süd Partnerschaften an Bedeutung gewinnen. Besonders wenn es um die Entwicklung und Verbreitung von angepassten und kostengünstigen Technologien geht, kann diese Form der Kooperation eine wichtige Lücke schließen.

Internationale Koordination von Programmen für erneuerbare Energien

Seit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Südafrika, haben sich viele Initiativen gebildet, die sich eine Energiewende zu Eigen gemacht haben. Bei den Vereinten Nationen gibt es eine Reihe von Institutionen, die in diesem Bereich aktiv geworden sind:

- Food and Agricultural Organisation (FAO); Bioenergie
- UN Environmental Programme (UNEP); EE in Entwicklungsländern
- UN Energy; Koordination der UN-Aktivitäten zu Energie
- Commission for Sustainable Development (CSD); Zweijahres Zyklus zu Energie 2006/7
- UN Development Programme (UNDP); Millennium Entwicklungsziele und Energie

Hinzu kommen noch die internationalen Finanzinstitutionen, wie Weltbank und andere Institutionen, wie z.B. die Internationale Energie Agentur (IEA).

Daneben gibt es eine Reihe staatlicher Initiativen, die mehr oder weniger in die bereits genannten Institutionen eingebunden sind u.a.:

- G8: Gleaneagles Plan of Action for Climate Change, Clean Energy and Sustainable Development
- Johannesburg Renewable Energy Coalition (JREC)
- Renewable Energies Network 21 (REN21)
- Renewable Energies and Energy Efficiency Partnership (REEEP)
- Global Village Energy Partnership (GVEP)
- EU Energy Initiative for Poverty Eradication and Sustainable Development

Nach Vorstellung der G8 Länder soll die Weltbank in Zusammenarbeit mit der IEA in Zukunft eine wichtige Rolle bei der G8 Initiative spielen. Sie sollen den G8 Aktionsplan koordinieren. Bei diesem Aktionsplan handelt es sich aber um eine schwammige Initiative, die nach bisherigem Stand eher auf fossile Brennstoffe und große Staudämme setzt. Ansonsten tauchen in dem aktuellen Communiqué der Weltbank kaum EE auf. Die IEA wird im Rahmen der Initiative ein alternatives Zukunftsszenario verfassen.

Die Johannesburg Renewable Energy Coalition ist das Ergebnis der gescheiterten Verhandlungen über internationale Ziele für EE beim Weltgipfel 2002 in Südafrika. Aus diesem Grund ist eines der zentralen Ziele der Koalition, auf Basis von konkreten und ambitionierten globalen Zielen für EE national aktiv zu werden. Dabei geht es um die Unterstützung für einen globalen politischen Rahmen für

Investitionen und neue Märkte. JREC plant für 2006 die Gründung eines globalen EE-Fonds mit einem anfänglichen Volumen von 75 Mio. Euro.

Aus der Renewables2004 Konferenz ging das REN21 Netzwerk hervor, welches inzwischen mit Hilfe eines eigenen Sekretariats eine „informelle politische Koordination des internationalen EE Prozesses übernommen hat.

REEEP ist ebenfalls eine Initiative, die aus dem Weltgipfel hervorging. Diese Initiative arbeitet hauptsächlich auf Projektebene und versucht die weltweite Einführung EE zu beschleunigen.

Die CSD startet ihren Energiezyklus 2006. Der erste Teil wird aus einem Rückblick bestehen, während im zweiten Jahr politische Maßnahmen und Umsetzung diskutiert werden sollen. Im ersten Jahr bietet die CSD eine wichtige Plattform, um den Stand der internationalen Koordination verschiedenster Initiativen darzustellen und zu verbessern. Darüber hinaus muss die CSD im zweiten Jahr klare nationale Ziele für EE und Energieeffizienz formulieren und den Auftrag erhalten, die Umsetzung von nationalen EE Ziele zu überprüfen.

Die Zukunft ist erneuerbar

Entschiedenes und umfassendes Handeln wird immer drängender. Nun wird es Aufgabe des CURES Netzwerkes werden, die Empfehlungen der Konferenz weiterzutragen und möglichst in allen oben genannten Initiativen zu verankern. Nur so kann eine nachhaltige Energiewende Wirklichkeit werden. Weitere Informationen sowie die Empfehlungen der Konferenz können unter www.canrea.ca herunter geladen werden.

Gerald Knauf

Der Autor ist Koordinator des Netzwerks Erneuerbare Energien Nord-Süd.

Gender und Klimaschutz

„It's NOT (only) the economy, stupid!"

Gut Ding braucht Weile, heißt es. Zumindest was die Genderaspekte bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen betrifft, scheint sich der Spruch auch zu bewahrheiten. Die Aktivitäten auf der Klimakonferenz in Montreal trafen auf großes Interesse.

Sporadische Side-Events bringen keinen dauerhaften Erfolg, und die Aufmerksamkeit für diese Aktivitäten lässt ebenfalls zu wünschen übrig – so die Erkenntnis nach der COP10 in Buenos Aires. Deshalb wurden für die COP11 alle Energien gebündelt und eine umfassende Strategie entwickelt, die auf mehreren Ebenen ansetzte:

1. Information und Sensibilisierung durch einen Informationsstand sowie zwei „Climate Talks" zum Thema Gender und Klimaschutz
2. Treffen der an Genderaspekten interessierten Frauen zur Diskussion von Strategien zur Integration der Genderperspektive in die Verhandlungen
3. Workshop mit ForscherInnen zur Netzwerkbildung und gemeinsamen Entwicklung einer Forschungsagenda.

Diese Aktivitäten kamen ganz offensichtlich zu einem optimalen Zeitpunkt, zu dem eine gewisse Sensibilisierung für Genderaspekte im Klimaschutz an vielen Orten, in vielen Organisationen spürbar war.

Information und Sensibilisierung

Das wachsende Interesse an Genderaspekten im Klimaschutz wurde am Informationsstand „Gender – Justice – Climate Change" deutlich: viele der Teilnehmenden trugen große Mengen an Informationsmaterial weg. Nicht alle, aber doch recht viele zeigten ein verstärktes Interesse, indem sie nachfragten und mit uns diskutierten. Besonders schmerzhaft war in diesen Diskussionen der Mangel an Fallbeispielen spürbar, die die Vermutungen und wenigen Daten zu Genderaspekten im Klimaschutz mit anschaulichen Bildern hätten unterlegen können. Eines der Resultate aus dieser Erfahrung ist die Notwendigkeit, systematisch gute Beispiele und vorbildliche Projekte zusammenzustellen.

Ein voller Erfolg waren die beiden ‚Climate Talks' zu Gender und Klimaschutz in der vom Klimasekretariat organisierten und auf das Internet übertragenen Reihe „Time for Action". Hier sollten für ein breites Publikum außerhalb der Konferenz Aktionen zum Klimaschutz vorgestellt werden. Wir interpretierten den Titel der Reihe als Aufforderung, dass es Zeit für Aktionen zum Gender Mainstreaming im Klimaschutz sei und meldeten deshalb gleich zwei Talks an. In einem ersten Dialog stellten Ulrike Röhr und Minu Hemmati von LIFE e.V. und WECF (Women in Europe for a Common Future) Genderaspekte im Klimaschutz vor und fragten, welche Aktionen denn nun daraus resultieren müssten. Im zweiten ‚Talk' stellten die beiden Vorsitzenden des Netzwerks der Umweltministerinnen, die schwedische Umweltministerin Lena Sommestad und die südafrikanische Vizeministerin für Umwelt und Tourismus, Rejoice Mabudafahsi, die Situation und Umsetzungsbeispiele aus ihren jeweiligen Ländern vor. Zur Überraschung aller Beteiligten – aber in Bestätigung dessen, was wir in den Tagen der Konferenz bereits wahrgenommen hatten – brachen die beiden Talks alle Aufmerksamkeitsrekorde und zogen eine große Zahl an ZuhörerInnen an, die viele Fragen stellten und mit den Vortragenden weiter diskutierten.

Strategientwicklung und ‚capacity building'

Auch das erste Strategietreffen von Frauen auf einer Klimakonferenz stieß auf großes Interesse. Weil die meisten der anwesenden Frauen das erste Mal an einer Klimakonferenz teilnahmen, wurde bei dem zweistündigen Treffen zunächst über Details des Verhandlungsprozesses sowie die anstehenden Entscheidungen auf dieser COP11 und COP/MOP1 informiert und mögliche Anknüpfungspunkte für die Genderperspektive diskutiert. Diese Diskussionen wurden bei weiteren Treffen fortgesetzt. Resultat war ein gemeinsames Positionspapier mit Forderungen, z.B. der nach einer engen Verknüpfung der De-

batten mit den Prinzipien der Nachhaltigkeit, mit Frieden und Gerechtigkeit. Darin machten die Frauen unter anderem deutlich, dass ökonomische Maßnahmen allein nicht genügen werden, um langfristig effektiven Klimaschutz zu verwirklichen – „It's NOT (only) the economy, stupid!"

Die Aktivitäten wurden vom Klimasekretariat gewürdigt: Am letzten Tag der Konferenz konnten wir ein Statement im Plenum abgeben.

Für die Zukunft sollte vor oder direkt zu Beginn der Konferenz ein Workshop organisiert werden, der ‚Neue' in das Geschehen einführt. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass tägliche Treffen notwendig sind, um möglichst nah am Verhandlungsgeschehen die eigenen Positionen zu entwickeln. Kooperationen mit anderen Gruppen müssen auf- und ausgebaut werden, um die Kräfte zu bündeln – schließlich ist Gender kein Frauenthema. Erste Kontakte und Interessensbekundungen gab es aus den Reihen der Gewerkschaften und der Jugend, und Initiativen im Bereich „environmental/climate justice". Auch bei den Umweltverbänden scheint das Interesse daran, Genderaspekte in die eigene Arbeit und die Positionen zu integrieren, zumindest bei einzelnen VertreterInnen langsam aber stetig zu wachsen.

Forschungsagenda

Ein Schwerpunkt der Frauenaktivitäten auf der COP11 und COP/MOP1 war die Diskussion der erheblichen Lücken bei Daten und Forschungsergebnissen zu Gender und Klimaschutz. Die wiederum beeinflussen die Möglichkeiten, Genderaspekte angemessen und effektiv in die Entwicklung zukünftiger Maßnahmen und Instrumente zur Verminderung der CO_2-Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel zu integrieren. Deshalb wurden bei einem Workshop diejenigen ForscherInnen zusammengebracht, die zu Gender und Klimaschutz oder damit verknüpften Themen arbeiten. Ziel war die gemeinsame Entwicklung einer Forschungsagenda, die in den nächsten Jahren verfolgt werden soll.

Soweit die Idee. In der Realität kamen die TeilnehmerInnen aus sehr verschiedenen Bereichen, aus der Forschung, aber auch aus der Praxis sowie der Politikberatung und Lobbyarbeit. Das machte es nicht einfach, eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames Verständnis der Probleme zu finden. Einige derjenigen, die seit vielen Jahren in die UN-Prozesse zur Nachhaltigkeit involviert sind, waren der Meinung, dass Gender bereits ausreichend in den UN-Beschlüssen erwähnt sei – was fehlt, sei die Umsetzung. Andere argumentieren dagegen, dass dies im Klimaprozess genau nicht der Fall sei, hier würden die Genderaspekte völlig fehlen. Häufig sind die Genderforderungen so allgemein gehalten, dass es schwierig ist, sie in konkrete Aktivitäten umzusetzen. Auch helfen diese allgemeinen Forderungen vor allem im Klimaprozess nicht bei der Argumentation, warum die Berücksichtigung von Genderaspekten Klimapolitik verbessert und Klimaschutz gerechter und/oder effektiver macht. Wir wissen zwar, dass Armut und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung/Rollenzuweisungen die Basis der meisten Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sind, aber das reicht eben nicht aus. Zur besseren Verknüpfung mit den jeweiligen Situationen und Themen brauchen wir ‚harte Fakten' und vertiefende Fallbeispiele, um diejenigen, die mit CO_2-Minderung oder Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel befasst sind zu überzeugen, dass sie Genderaspekte berücksichtigen müssen, um langfristig Erfolg zu haben.

Am dringendsten werden genderdifferenzierte Daten zum Konsumverhalten (Energieverbrauch und Emissionen) im Nord und Süden benötigt, ebenso geschlechtsdifferenzierte Information zum Einfluss des Klimawandels auf Gesundheit, diese auch in Verbindung mit der Wahrnehmung von und dem Umgang mit Risiken. Die TeilnehmerInnen waren sich darin einig, dass viele der Daten bereits verfügbar sind, aber ‚versteckt' in Publikationen, in denen es nicht in erster Linie um Gender oder Klimaschutz geht. Deshalb wurde auf dem Workshop dringend empfohlen, zunächst eine Studie mit einem umfassenden Überblick über die verfügbare Forschung zu Gender und Klimaschutz zu erstellen.

Daneben wurden auf dem Workshop zahlreiche weitere Forschungsfragen identifiziert. Sie könnten den Grundstock eines Fragenpools bilden. Ein solcher Pool könnte auch genutzt werden, um Fragen, die in Praxisprojekten entstehen, an ForscherInnen in Universitäten und Forschungseinrichtungen zu vermitteln. Unter anderem geht es um Fragen wie: Welchen Einfluss haben Bildung und Information auf das klimarelevante Verhalten? Welche unterschiedlichen Auswirkungen haben ökonomische Instrumente im Vergleich zu Sensibilisierung und Bildung? Wo liegen die Genderaspekte bei den verschiedenen Instrumenten zur Beeinflussung von Verhalten?

Nächste Schritte

Die Teilnehmerinnen des Workshops einigten sich auf einige weitere Schritte: Unter anderem soll das IPCC aufgefordert werden, einen Report über die existierende Forschung zu Gender und Klimaschutz erstellen zu lassen. IPCC forscht nicht selbst, sondern stellt die vorhandene Forschung zusammen, deshalb schien uns diese Aufgabe angemessen. Eine vergleichende Evaluation von Maßnahmen zur CO_2-Minderung und zur Anpassung an den Klimawandel in verschiedenen Regionen der Welt aus der Genderperspektive sollte ebenfalls vordringlich erstellt werden.

Des Weiteren wurde der Auf- bzw. Ausbau eines Netzwerks von Gender und Klimaschutz ExpertInnen und -ForscherInnen für sinnvoll gehalten. Dies allerdings verlangt die aktive Beteiligung aller NetzwerkerInnen und die Koordination und die Bereitstellung eines entsprechenden Services durch eine Organisation. Dies wurde bis auf weiteres von LIFE und WECF zugesagt, die auch versuchen werden, zusätzliche Mittel zu akquirieren, die den weiteren Austausch erlauben, z.B. über eine Mailingliste und eine Webseite, auf der alle Publikationen und Artikel zum Thema zur Verfügung gestellt werden.

Bis es soweit ist, finden sich aktuelle Informationen, Statements und Positionspapiere auf der Webseite www.genanet.de/unfccc.html.

Ulrike Röhr/Minu Hemmati

Ulrike Röhr und Minu Hemmati nahmen als Vertreterinnen der Organisationen LIFE und WECF an der Klimakonferenz teil. Ulrike Röhr ist Leiterin von genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit; Minu Hemmati arbeitet als selbständige Beraterin in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Gender, und Multi-Stakeholder Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene.

EU-Emissionshandel mit Treibhausgasen

Erste Erfahrungen und Ansätze zur Fortentwicklung

Seit 1. Januar 2005 ist der EU-Emissionshandel mit Treibhausgasen in Kraft. Das theoretisch reizvolle Instrument soll dabei helfen, das europäische Klimaschutzziel auf kosteneffiziente Art und Weise sicher zu erreichen. Die ersten Erfahrungen mit dem EU-Emissionshandel sind jedoch ernüchternd.

Defizite resultieren im wesentlichen aus der politischen Umsetzung des umweltökonomischen Instruments in die Praxis, insbesondere in Form der nationalen Allokationspläne. Auf einer gemeinsamen Tagung von BUND, Germanwatch, WWF und dem Forum Umwelt und Entwicklung im November 2005 wurden Konzepte zur Verbesserung der ökologischen Effektivität und der ökonomischen Effizienz des EU-Emissionshandels in der zweiten Handelsperiode 2008-2012 entwickelt.

Die Grundidee des Emissionshandels ...

Das Konzept des Emissionshandels ist denkbar einfach: Für ein geographisches Gebiet wird politisch eine akzeptable absolute Gesamtmenge an Emissionen festgelegt. Ausgehend von dieser Emissionsgesamtmenge erhalten die betroffenen Emittenten Emissionszertifikate zugeteilt. Jede Emission ist nun an den Besitz eines Emissionserlaubnisscheins in Form eines Zertifikats gebunden. Da die zugeteilte Zertifikatsmenge in der Regel geringer ist als die jeweils aktuelle Emissionsmenge, wird jedes einzelne Unternehmen abwägen, ob es billiger ist, selbst Emissionsreduktionen vorzunehmen oder ein Zertifikat zu kaufen und weiter zu emittieren. Unternehmen mit geringen Vermeidungskosten werden dann eher vermeiden und solche mit hohen Vermeidungskosten eher Zertifikate kaufen. So entsteht eine Markt für Emissionszertifikate, der dafür sorgt, dass Emissionsreduktionen dort stattfinden, wo sie volkswirtschaftlich am kostengünstigsten sind. Gleichsam wird die Gesamtmenge an Emissionen eingehalten und so das ökologische Ziel erreicht.

... und ihre Umsetzung in der EU-Klimapolitik

Mit der EU-Richtlinie zum Emissionshandel mit Treibhausgasen wurde erstmals ein solches Zertifikatssystem mit absoluten Minderungszielen und scharfen Sanktionen in der europäischen Klimapolitik implementiert, um das EU-Kyoto-Ziel von 8% der Treibhausgase bis 2008/12 gegenüber 1990 sicher zu erreichen. Das System konzentriert sich zunächst auf CO_2 und die Energiewirtschaft inklusive der energieintensiven Industrie und ist in zwei Phasen 2005-2007 und 2008-2012 untergliedert. Grundsätzlich werden die Zertifikate nach dem Grandfathering, also gemäß historischer Emissionen gewichtet mit einem Minderungsfaktor, an die betroffenen Anlagen ausgegeben.

Probleme resultieren u.a. aus der Konkretisierung des EU-Minderungsziels auf nationaler Ebene. Aufgrund der Beschränkung des Emissionshandels auf das Segment Wirtschaft muss nach der Verteilung der Minderungsanforderungen auf die Mitgliedsstaaten eine Zuteilung der Anforderungen an die einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren Wirtschaft, Haushalte und Verkehr erfolgen, was erhebliche Schwierigkeiten aufwirft und das Tor für willkürliche Zuweisungen öffnet. Nicht zuletzt erweist sich die Formulierung konkreter Zuteilungsregeln für einzelne Anlagen als problematisch, sobald vom theoretischen Ideal einer Versteigerung der Emissionsrechte abgewichen wird.

Zentrale Stellschraube für diese Aspekte ist in allen Mitgliedsstaaten der nationale Allokationsplan (NAP).

Erste Erfahrungen, ...

In der EU 15 sind 11 von 15 Ländern trotz des Emissionshandels weiterhin dramatisch weit von ihren Kyoto-Verpflichtungen entfernt. Die Mitgliedsstaaten legten für die erste Handelsperiode 2005-2007 NAPs vor, die Reduktionen der Treibhausgase allenfalls gegenüber der „business as usual"-Szenarien erwarten lassen, gegenüber dem Basisjahr 1990 hingegen sogar häufig Zuwächse verzeichnen. Über die internationalen Anforderungen hinaus gehende nationale Reduktionsziele - wie das deutsche CO_2-Ziel aus dem Klimaschutzprogramm 2000 - wurden in den NAPs nicht berücksichtigt. Vielmehr erfolgte oft eine Orientierung der Zuteilungsmenge am Bedarf der betroffenen Industrien statt am Klimaschutzziel. In Deutschland droht nun auch, nachdem zunächst die Erreichung des nationalen Kyoto-Ziels von -21% der Treibhausgase gegenüber 1990 bereits gesichert schien, eine Verfehlung des Kyoto-Ziels. Grund dafür ist die großzügige Zuteilung von Emissionszertifikaten an die Wirtschaft, während strengere Emissionsminderungsziele für die Sektoren Haushalte und Verkehr festgeschrieben wurden, die bisher allerdings noch nicht mit überzeugenden Maßnahmen versehen wurden.

Aus der deutschen Wirtschaft wird insbesondere Kritik am überbürokratischen Emissionshandelssystem laut, das die Ko-

sten unnötig in die Höhe treibe. Das Geflecht aus Zuteilungsregeln und Sonderregeln sei zu komplex und habe markthemmende Folgen. Insbesondere die ex-post Kontrolle im Rahmen der Optionsregel, über die im NAP I anhand von Produktionsprognosen und Benchmarks statt auf der Grundlage historischer Emissionen Zertifikate an fast 30% der betroffenen Anlagen in Deutschland zugeteilt wurden, stelle eine schwerwiegende Wettbewerbsverzerrung dar.

... notwendige Verbesserungen ...

Will die europäische Union ihre Vorbildfunktion im internationalen Klimaschutz behalten, ihr kurzfristiges Kyoto-Ziel erfüllen und mittel- bzw. langfristig tatsächlich eine Reduktion der Treibhausgase um 30% bis 2020 und 80% bis 2050 mit dem Endziel der Dekarbonisierung realisieren, so gibt es angesichts der derzeitigen Situation nur einen Ausweg: Die Rückkehr zu tatsächlichen Reduktionen. Notwendig ist daher einerseits in den Nicht-Emissionshandels-Sektoren eine auf die Zielwerte ausgerichtete Festschreibung von Instrumenten. Andererseits müssen im Emissionshandelssegment die Minderungsziele verschärft werden, beispielsweise gemäß der Klimavorsorgevereinbarung der deutschen Wirtschaft aus dem Jahr 2000 von -45 Mio. t. bis 2010.

Die groben Leitlinien der zukünftigen Ausgestaltung des EU-Emissionshandels und des NAPs müssen zudem die Umsetzung des Verursacherprinzips, die Balance zwischen Alt- und Neuemittenten, Transparenz bei der Erstellung der NAPs und die Einfachheit der Zuteilungsregeln sein. Aus diesen groben Leitlinien können bereits für die zweite Handelsperiode ab dem Jahr 2008 konkrete Empfehlungen zur Verbesserung des Emissionshandlessystems und des NAP II in Deutschland abgeleitet werden.

Naheliegend scheint zunächst die Streichung der Optionsregel. Deren exzessive Nutzung im vergangenen Zuteilungsverfahren führte zu einer unnötigen Verschärfung der Minderungsanforderungen für Anlagen, die die Optionsregel nicht nutzten, und damit zu Wettbewerbsverzerrungen. Da die EU-Kommission die ex-post-Anpassung im Rahmen der Optionsregel kippen wird und sich auch in der Industrie kein Konsens über eine Ersatzregelung abzeichnet, ist eine ersatzlose Streichung dieser Regelung nicht nur sinnvoll, sondern auch politisch erfolgversprechend.

Ein grundlegender Wechsel der Zuteilungsmethode weg vom Grandfathering und hin zum Benchmarking scheint zum jetzigen Zeitpunkt aus politischen und technischen Gründen unrealistisch. Brennstoffspezifische Benchmarks sind aufgrund der ihnen inhärenten Verringerung von Anreizen zur Nutzung des Brennstoffwechsels als Vermeidungsoption inakzeptabel. Produktspezifische Benchmarks hingegen werfen eine Vielzahl von Problemen bei der Bildung homogener Produktgruppen auf, die bereits im Rahmen der Ökosteuer nicht gelöst werden konnten. Allein für wenige einheitliche Produkte wie Strom sind solche Benchmarks vorstellbar. Dort sollten sie auch genutzt werden, sowohl für Alt- als auch für Neuemittenten. Kurzfristig wird man jedoch auf das Grandfathering als Zuteilungsmethode für solche Anlagen, für die produktspezifische Benchmarks nicht darstellbar sind, nicht verzichten können.

Ziel muss sein, den Versteigerungsanteil an der Gesamtvergabe kontinuierlich zu erhöhen, da dieses Verfahren die Transaktionskosten minimiert, automatisch niedrige Emissionen belohnt und frühe Preissignale sendet. Schon im NAP II sollte daher die 10%-Versteigerungsoption genutzt werden. Zu klären ist in diesem Kontext allerdings, welches konkrete Auktionsverfahren zu wählen ist und wohin das Aufkommen einer solchen Versteigerung fließen soll. Wenig sinnvoll erscheint die Rückverteilung des Aufkommens an die Unternehmen, da dies dem Verursacherprinzip widersprechen würde. Besser wäre vielmehr eine Lenkung des Aufkommens in den öffentlichen Haushalt analog der Ökosteuer, um auch hier die doppelte Dividende zu nutzen.

... und die Rahmenbedingungen

Auf europäischer Ebene sind Änderungen am EU-Emissionshandel über die Richtlinie bereits aus terminlichen Gründen sehr unwahrscheinlich. Allein über die Guidelines zur Erstellung der Allokationspläne sind dort gegebenenfalls Änderungen möglich. Die bedeutendsten Möglichkeiten bestehen jedoch auf Mitgliedstaatenebene bei der Erstellung der NAPs. In Deutschland wird der Zeitraum für die Ausarbeitung des NAP II angesichts der nationalen politischen Rahmenbedingungen jedoch sehr knapp sein (März bis Juni 2006), so dass Anliegen fokussiert und abgestimmt vorgetragen werden müssen.

Fazit

Insgesamt erscheint der Handel mit Emissionsrechten damit zwar als ein theoretisch sinnvolles Konzept und auch die grundsätzliche Umsetzung im EU-Emissionshandel ist begrüßenswert. Die konkrete Ausgestaltung des europäischen Handelssystems im Detail ist jedoch in erheblichem Maße reformbedürftig, nimmt man das Ziel einer langfristigen Dekarbonisierung ernst. Die aktuelle Situation deutet weiterhin auf eine deutliche Verfehlung der gesetzten Ziele hin und das Emissionshandelsystem erweist sich als überkomplex. Notwendig ist eine Vereinfachung der Zuteilungsregeln, die Rückkehr zu tatsächlichen Emissionen und die Umsetzung des Verursacherprinzips sowie die Erhöhung der Transparenz des Systems. Konkrete Schritte mit Aussicht auf politischen Erfolg können die Verschärfung der Reduktionsziele gemäß der Klimavorsorgevereinbarung der deutschen Wirtschaft, die Nutzung der gegebenen Versteigerungsmöglichkeiten, die Abschaffung der Optionsregel sowie der Einsatz produktspezifischer Benchmarks für Strom und wenige andere ausgewählte Produkte in Alt- und Neuanlagen sein.

Es bleibt zu hoffen, dass sich der Emissionshandel nicht als klimapolitische Mogelpackung, sondern als wertvolles Instrument im Umweltschutz erweist. Dafür sind aber zusätzlich Anstrengungen sowohl beim Instrument selbst als auch bei den ergänzenden anderen Maßnahmen des Klimaschutzes notwendig, deren Dringlichkeit nicht zuletzt von dem bereits spürbar beginnenden Klimawandel unterstrichen wird. Gerade in Deutschland werden in der nächsten Dekade die Weichen für den zukünftigen Kraftwerkspark und damit für das grundsätzliche Emissionsniveau der nächsten 30 bis 40 Jahre gestellt; eine einmalige Chance für strukturelle Veränderungen, die nicht verpasst werden darf.

Sven Rudolph

Der Autor ist Mitarbeiter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Kassel.

Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung

Hintergründe und Konferenzbericht

Am 18.11.2005 veranstalteten Germanwatch und Brot für die Welt in Bonn die Konferenz „Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung" [1]. Dass mehr als 200 Interessierte teilnahmen, belegt das gewachsene öffentliche Interesse für diese Zusammenhänge. Viele Teilnehmer kamen aus deutschen und ausländischen Entwicklungs- und Umweltorganisationen, aber auch Schulklassen zeigten großes Interesse.

"Katrina", "Rita", "Stan", "Wilma", "Alpha" - noch nie hat eine Hurrikan-Saison in der Karibik eine solche Vielzahl an Stürmen gebracht wie im Jahr 2005. Gleich mehrere Rekorde sind gefallen: zum ersten Mal drei Stürme der Hurrikan-Kategorie fünf, zum ersten Mal mehr als zwölf Hurrikane, nämlich 14 an der Zahl. Das hat das Thema Klimaschutz auf die Titelseiten vieler Zeitungen gebracht.

Der Hurrikan "Stan" hat am schlimmsten über Guatemala gewütet, einem der ärmsten Länder der Erde. Das Land hatte sich noch nicht einmal von dem letzten zerstörerischen Hurrikan "Mitch" von vor sechs Jahren erholt. Durch "Stan" starben mehr als 2.000 Menschen; zahlreiche Dörfer wurden durch Erdrutsche zerstört. Der Hurrikan "Katrina" hat zwar vor allem über die reichste Nation der Erde - die USA - Zerstörung gebracht. Doch sowohl "Stan" als auch "Katrina" zeigen: Es sind vor allem die Ärmsten der Bevölkerung, die von klimatischen Extremereignissen betroffen sind.

Konferenz "Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung"

Die vor diesen Hintergründen veranstaltete Konferenz war eine wichtige Etappe der Klima-AUSBADE-Kampagne[2] . Das durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Germanwatch-Projekt läuft Ende des Jahres aus. Die Konferenz markierte einen Höhepunkt, in den viele der Inhalte und Zielsetzungen, die Germanwatch in den letzten drei Jahren mit der Kampagne verfolgt und erarbeitet hat, eingeflossen sind.

Hauptziel der Konferenz war, die vielfältigen Herausforderungen für die Armutsbekämpfung, die der sich zunehmend verschärfende Klimawandel mit sich bringt sowie mögliche Reaktionen prominent zu thematisieren. Vor allem sollten dadurch die in der praktischen Armutsbekämpfung tätigen Akteure angesprochen und mit ihnen gemeinsam zentrale Punkte für ihre Arbeit herausgestellt werden.

Der Fokus der internationalen Entwicklungspolitik richtet sich derzeit darauf, die so genannten Millennium Development Goals (MDGs) zu erreichen. Die Armut bekämpfen, Ernährung und Trinkwasserversorgung der Ärmsten sichern, Aids und Malaria eindämmen – auch ohne den Klimawandel sind hier die Herausforderungen enorm und erfordern einen noch umfangreicheren Einsatz als bisher. Dr. Hans Schipulle verdeutlichte in diesem Kontext die Notwendigkeit der Integration des "Umweltthemas" Klimawandel in die Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht des BMZ. Bezug nehmend auf den MDG-Review-Gipfel im September 2005 in New York, gab der VENRO-Vorsitzende Reinhard Hermle zu Beginn der Konferenz einen Überblick über den derzeitigen Stand der MDG-Debatte und die Zusammenhänge mit dem globalen Klimawandel.

Ausgehend von der Analyse des gegenwärtigen Stands klimatisch bedingter Veränderungen – beispielhaft dargestellt mittels Satellitenbildern der Germanwatch-Klimaexpedition und ergänzend kommentiert durch den renommierten Klimawissenschaftler Prof. Dr. Schönwiese von der Universität Frankfurt – erläuterten Vertreter aus Entwicklungsländern ihre Erfahrungen bei der Stärkung der lokalen Bevölkerung zur besseren Anpassung an den Klimawandel.

Die Perspektive lokaler Gemeinschaften in Entwicklungsländern

Victor Orindi vom kenianischen Advanced Center for Technology Studies (ACTS) verdeutlichte die wachsenden Sorgen und Beobachtungen, dass die klimatischen Änderungen in Kenia sowohl verschlechterte Niederschlagsverhältnisse in dem regenarmen Land als auch eine Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria mit sich bringen. Den lokalen Gemeinschaften müssen Wissen über die sich verändernden klimatischen Bedingungen sowie Wettervorhersagen zur kurzfristigen Vorbereitung auf Extremereignisse einfacher und verständlicher vermittelt werden.

Auf den Philippinen werden insbesondere heftigere und häufigere El-Niño-Ereignisse, regenreiche Taifune und der Anstieg des Meeresspiegels als Klimarisiken wahrgenommen, wie Rosalinda Crescini-Tablang vom Citizens´ Disaster Response Center (CDRC) berichtete. Diese Organisation ist ein internationaler Vorreiter in der Arbeit mit Menschen, die einem erheblichen Katastrophenrisiko ausgesetzt sind. Viele Methoden wurden entwickelt, auf die inzwischen landesweit und international zurückgegriffen wird. Die Vorsorge gegen Katastrophen und die Anpassung an den Klimawandel gehen hier Hand in Hand.

Mosambik ist in den letzten Jahren mehrfach von großen Überschwemmungen heimgesucht worden. Die Ansätze zur und Erfahrungen mit der Anpassung an diese Klimarisiken sind hier noch relativ jung. Eunice Mucache vom Roten Kreuz Mosambik stellte in diesem Kontext Projektansätze zur „Community-based disaster preparedness" vor, die interessanterweise unter anderem direkt durch die positiven Erfahrungen aus den Philippinen inspiriert worden waren. Es stellt einen Meilenstein dar, dass das Internationale Rote Kreuz angesichts der durch den Klimawandel steigenden Risiken, neben der Katastrophenhilfe nun die Vorsorge mit betroffenen Menschen als eine zentrale strategische Zielsetzung festgelegt hat.

Alle drei Beiträge verdeutlichten: auch ohne den Klimawandel stellen die effektive Bekämpfung der Armut und die Verbesserung der Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung eine große Herausforderung dar. Aber das sich verändernde Klima verschärft bestehende Risiken, die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung massiv in Frage stellen oder auch – wie z.B. durch extreme Wetterereignisse – die Entwicklungsbemühungen der Länder um Jahre zurückwerfen können. Alleine durch entsprechende Bildungs- und Informationsmaßnahmen kann die lokale Bevölkerung deutlich besser auf die Risiken vorbereitet werden. Doch ein Schlüsselfaktor zur Verringe-

rung der Vulnerabilität besteht letztendlich auch darin, den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben. Zu beachten ist dabei allerdings, dass bestehende und sich verändernde Risiken bei der Entwicklungsplanung von vorneherein berücksichtigt werden müssen, sonst kann Entwicklung auch die Risiken steigern statt sie zu mindern.

Die Rolle der Entwicklungsorganisationen

Eine große Bedeutung im Rahmen der Konferenz kam der Rolle der in der praktischen Armutsbekämpfung aktiven Entwicklungsorganisationen zu.

Bernhard Walter von Brot für die Welt hob die Verantwortung der Industrieländer hervor, als Hauptverursacher des Klimawandels, die besonders Betroffenen bei der Anpassung und dem Umgang mit den neu entstehenden Risiken zu unterstützen. Der Blick deutscher Organisationen wurde erweitert um Beiträge aus Großbritannien und den Niederlanden. Die NGO-Szene in Großbritannien hat sich zum Vorreiter bei der Verknüpfung von Klimawandel und Armutsbekämpfung entwickelt. Die sich dort zunehmend etablierende „Working Group on Development and Climate Change", eine große Koalition aus Entwicklungs- und Umweltorganisationen – darunter Oxfam, Tearfund, Greenpeace, WWF – hat nicht nur durch zwei viel beachtete Studien für Aufsehen gesorgt. „Up in smoke?" sowie "Africa – up in smoke?"[3] stellen die Synthese der vielfältigen Erfahrungen der Organisationen dar und fragen nach den Lebensperspektiven unterschiedlichster Menschen und Bevölkerungsgruppen, die angesichts eines sich dramatisch verändernden Weltklimas zunehmend düsterer erscheinen. Diese Gruppen hatten bereits bei vergangenen UN-Klimakonferenzen deutliche Akzente gesetzt und spielten darüber hinaus eine zentrale Rolle hinter den Aktionen zum G8-Gipfel im Juli diesen Jahres im schottischen Gleneagles, der ja Afrika sowie den globalen Klimawandel zum Schwerpunkt hatte. Diese Organisationen sind als Speerspitze der Forderungen sowohl nach einer aktiveren Armutsbekämpfungs- als auch entschiedeneren Klimapolitik aufgetreten. Rachel Berger von der NRO Practical Action stellte in diesem Zusammenhang die Kampagne „Stop Climate Chaos" vor, die aus Entwicklungsperspektive einen aktiveren Klimaschutz in Großbritannien einfordert. Auch Gert de Gans von der niederländischen Organisation Kerk in Actie (Kirchen in Aktion) betonte die Verantwortung, im „Norden" den Klimaschutz voranzutreiben und stellte dazu die Aktivitäten seiner Organisation vor.

Alle Beteiligten konnten sehr vom Austausch der Erfahrungen unterschiedlicher Entwicklungsorganisationen aus verschiedenen Ländern profitieren und wertvolle Impulse gewinnen, die Entwicklungsorganisationen in der Zukunft als klimapolitische Kraft zu etablieren. Diese können in besonderem Maße die Perspektive und die Bedürfnisse der besonders vom Klimawandel Betroffenen, nämlich der ärmsten Bevölkerungsschichten, vertreten und deren Beachtung stärken.

Sven Anemüller

Der Autor ist Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch.

[1] Mehr Informationen zu der Konferenz (Programm und Präsentationen) befinden sich auf der Homepage www.germanwatch.org/termine/2005-11-18.htm.
[2] Informationen zu der Klima-AUSBADE-Kampagne finden sich unter http://www.klimaausbadekampagne.de
[3] Die beiden genannten Studien können bei der new economics foundation heruntergeladen werden, http://www.neweconomics.org/gen/news_upinsmoke.aspx

Internationale Agentur für Erneuerbare Energien

Neue Impulse durch die Große Koalition?

Die Dringlichkeit einer massiven Beschleunigung der Verbreitung Erneuerbarer Energien, sowohl in Industrie- wie auch Entwicklungsländern, wird immer deutlicher. Die Aufmerksamkeit hierfür hat sich in der internationalen Politik vor allem in den letzten zwei Jahren deutlich erhöht. Ein Diskussionsgegenstand ist die Frage, in welchem institutionellen Rahmen die Ausbreitung der Erneuerbaren auf internationaler Ebene effektiver vorangebracht werden kann.

Die Große Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag deutlich signalisiert, hierzu die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien, meist als IRENA abgekürzt, konkret verfolgen zu wollen[1,2]. Auf der Ministeriumsebene wird bereits diskutiert, wie dies angegangen werden kann.

IRENA als Instrument einer "Coalition of the willing"

Die bisherigen Vorarbeiten zu einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien basieren vor allem auf dem Gedanken einer „Coalition of the willing", d.h. die Agentur würde durch eine bestimmte Anzahl von Regierungen gegründet, die von der Vorteilhaftigkeit des raschen Ausbaus der Erneuerbaren überzeugt sind und in einer solchen Agentur ein wirkungsvolles Instrument sehen, diesen Ausbau international voranzutreiben. Da kein multilateraler Konsens zur Gründung notwendig wäre, ist die Schwelle zumindest deutlich niedriger als für eine Neugründung auf UN-Ebene, die zweifelsohne aussichtslos wäre. Der spätere Beitritt soll prinzipiell allen Ländern offen stehen, solange sie natürlich im Sinne der Ziele der Agentur agieren.

Zweck und Tätigkeiten einer IRENA

Hauptzweck einer IRENA wäre, den nicht-kommerziellen Technologietransfer im Bereich Erneuerbare Energien konzentrierter und effektiver voranzutreiben. Die bisherige Konzeption misst einer IRENA gleichzeitig die Rolle eines Austauschforums für die Mitgliedsstaaten, einer Beratungsinstitution insbesondere auf Regierungsebene zur Gestaltung förderlicher Rahmenbedingungen, und eines internationalen Informationszentrums bei. Zudem könnte die IRENA als eigenständiger völkerrechtlicher Akteur sowohl bei der Weiterentwicklung internationaler Verträge die spezifischen Bedürfnisse zur Ver-

breitung der Erneuerbaren verstärkt einbringen als auch mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen Verträge abschließen[3].

Rechtfertigung und Widerstände

Dass zunächst einmal die Idee der Neugründung einer internationalen Institution bei Staaten auf Skepsis stößt, ist nicht verwunderlich, da doch eine Vielzahl von Initiativen zur Förderung der Erneuerbaren Energien existieren und eine Neugründung finanzielle und administrative Verpflichtungen mit sich bringt. Zudem bestehen Vorbehalte, dass eine explizite Ausrichtung auf Erneuerbare zu einer Vernachlässigung von Energieeffizienz-Aspekten führen sowie die Integration der Erneuerbaren in bestehende konventionelle Energiesysteme erschwert werden könnte[4]. Allerdings trifft aber auch zu, dass Akteure wie die Internationale Energie-Agentur (IEA) oder die Weltbank den Erneuerbaren nach wie vor eine – wenngleich steigende – relativ geringe, Bedeutung beimessen, die hinter dem eigentlich Notwendigen deutlich zurückbleibt. Ein dem Problem angemessener institutioneller Kurswechsel bei den bestehenden Organisationen ist derzeit nicht in Sicht.

Die Befürworter einer IRENA denken ihr auch keine isolierte, sondern stark koordinierende Rolle zu, die durch ihre Fokussierung auf die spezifischen Anforderungen Erneuerbarer Energien gerade auch bestehende Programme im UN- oder Weltbankkontext eher noch stärken könnte. Sie sollte gleichzeitig die institutionell unabhängige Repräsentation der Erneuerbaren sichern als auch dem Mainstreaming innerhalb existierender Organisationen zugute kommen[5].

Wie dies dann in der Praxis funktionieren würde, ist sicherlich eine Schlüsselfrage bei der Ausarbeitung eines letztendlich auch genügend Staaten überzeugenden Konzepts. Denn zweifelsohne bedarf es hier einer substanziellen "kritischen Masse", um einer solchen Agentur ausreichend Gewicht zu verleihen, dass sie wirklich einen deutlichen Mehrwert für den Ausbau der Erneuerbaren auf internationaler Ebene bringen und nicht nur als Konkurrenz für bestehende RE-Initiativen wahrgenommen würde. Die IRENA sollte daher auch in Zusammenhang mit bereits bestehenden internationalen Kooperationsinstrumenten wie dem REN21 oder der "Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP)" diskutiert werden, die durchaus einen Nukleus für eine solche Agentur darstellen könnten. Zudem ist letztendlich der politische Aufwand und die Realisierungsfähigkeit vor dem Hintergrund der – ebenfalls politisch aufwändigen und intensiven – Debatten um die Fortentwicklung des Kohlenstoffmarktes im Kyoto- bzw. UNFCCC-Kontext zu beurteilen.

Es ist absehbar, dass das Thema einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien auf die energiepolitische Agenda der Bundesregierung kommen wird. Die deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sollten sich konstruktiv in diese Debatte einbringen. Insbesondere die Frage, ob und in welcher Form eine solche Organisation den globalen Ausbau der Erneuerbaren so entscheidend nach vorne bringen könnte, dass es auch den entsprechenden politischen Aufwand – sowohl für NGOs als auch für Regierungen – rechtfertigt, sollte hier im Vordergrund stehen.

Sven Anemüller

Der Autor ist Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch.

[1] Auf S. 42 des Koalitionsvertrages haben CDU/CSU und SPD festgelegt: „Daher werden wir [die Koalitionsparteien] die internationalen Aktivitäten zum Ausbau der erneuerbaren Energien fortführen und die Gründung einer Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) initiieren". Bereits die rot-grüne Koalition hatte diese Initiative in ihrem Koalitionsvertrag im Jahr 2002 festgeschrieben, was anschließend durch einen entsprechenden Bundestagsbeschluss untermauert wurde, s. Bundestagsbeschluss vom 10.4.2003, Drucksache 15/811.

[2] Das Konzept einer IRENA ist in den letzten Jahren vor allem von Eurosolar thematisiert worden (s. weiterführende Literatur). Auch der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat in seinem Hauptgutachten von 2003 die Idee einer neuen internationalen Organisation, einer International Sustainable Energy Agency (ISEA) aufgebracht. Letzteres Konzept unterscheidet sich allerdings deutlicher von dem Eurosolar-Ansatz und beschränkt sich zudem nicht explizit auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien, sondern bezieht die Energieeffizienz als zweite Säule mit ein (WBGU 2003: 182).

[3] Vgl. Wortmann 2003: Erneuerung der internationalen Energiepolitik, in Solarzeitalter 1/2003, S. 14-16.

[4] BMU 2004: 18, siehe auch Fußnote 2

[5] Ebd.

Weiterführende Literatur:

❑ EUROSOLAR: Memorandum for the Establishment for an International Renewable Energy Agency (IRENA); Draft-Statute of the IRENA; beide in: Eurosolar (2001): Promoting Global Transfer Activities for Renewable Energy, Bonn.

❑ WBGU 2003: Energiewende zur Nachhaltigkeit, Berlin

❑ BMU 2004: Der globale Ausbau der erneuerbaren Energien - die internationalen institutionellen Rahmenbedingungen, Berlin.

China wird Schrittmacher für erneuerbare Energien

Erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Konferenz in Beijing

Bei manchen Konferenzen kommt es weniger darauf an, was dort genau besprochen wird, sondern wo sie stattfindet und wer daran teilnimmt. Die »Beijing International Renewable Energy Conference 2005« (BIREC 2005) am 7. und 8. November 2005 war mit Sicherheit eine dieser Konferenzen.

Zwei Tage lang waren Erneuerbare Energien Diskussionsgegenstand in der Großen Halle des Volkes, einem sozialistischen Prachtpalast direkt am Tiananmen-Platz. Eingeladen hatte die chinesische Regierung in Gestalt der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission, der Nachfolgerin der früheren Staatlichen Plankommission. Unterstützende Mitveranstalter waren aus Deutschland das Umwelt- und das Entwicklungsministerium, die EU-Kommission sowie das Department for Economic and Social Affairs der Vereinten Nationen (UN). 87 Länder nahmen die chinesische Einladung an und kamen zu BIREC, die vom Vizepremier eröffnet wurde. Ein Novum für China: neben der Industrie waren auch die NGOs dabei. Was mit der »Renewables 2004« in Bonn begonnen hatte, wurde nun in Beijing fortgesetzt. Der Standort China signalisierte dabei vor allem eines: Erneuerbare Energien sind kein Luxusspielzeug reicher Industrieländer wie Deutschland, sondern sie sind der Schlüssel zu wirtschaftlicher Entwicklung, und zwar im großen Stil.

Denken in großen Dimensionen war bei dieser Konferenz in der Tat angesagt. Schon der Tagungsort lässt mit seinen gigantischen Ausmaßen keine Sekunde das Gefühl aufkommen, dass man über Nischenmärkte redet. BIREC war keine Konferenz, auf der so kurz nach Bonn neue Aktionsprogramme verkündet werden sollten. Dennoch gab Chinas Entwicklungs- und Reformkommission kurz vor der Konferenz bekannt, das nationale Ausbauziel für Windenergie von 20 000 Megawatt bis 2020 nun auf 30 000 Megawatt aufzustocken. Dies entspricht etwa 30 großen Atomkraftwerken. Inoffiziell wird bereits von einer weiteren Erhöhung auf 40 000 Megawatt gesprochen; die Potenziale liegen laut einer kürzlich von Greenpeace China veröffentlichten Studie sogar bei 100 000 Megawatt.

Zwei Tage lang wurden in fünf parallelen Foren eine Fülle von Beispielen aus aller Welt präsentiert, aus denen deutlich wird, wie sehr der Schwung von Bonn inzwischen in vielen Ländern angekommen ist, und erneuerbare Energien als Ausweg aus der Falle der fossilen Energien heute aktiv vorangetrieben werden.

Beijing Declaration

Greifbares Konferenzergebnis ist die unter Leitung des früheren Vorsitzenden der Global Environment Facility, Mohammed El-Ashry, ausgehandelte »Beijing Declaration on Renewable Energy for Sustainable Development«. Unter anderem werden dort die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank, aber auch einzelne Regierungen aufgefordert, ihre Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien signifikant zu verstärken. Zudem betont die Deklaration die hierfür notwendige Verbesserung internationaler Zusammenarbeit sowie die Bedeutung von unterstützenden politischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen. Der Energie-Schwerpunkt der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) in den Jahren 2006/2007 wird begrüßt und die CSD eingeladen, ein »wirksames Arrangement« in Betracht zu ziehen, den Fortschritt beim Ausbau erneuerbarer Energien zu überprüfen und einzuschätzen. Dies soll unter Bezugnahme auf den Johannesburger Aktionsplan geschehen. Hinter der Verwendung des kryptischen UN-Jargons in der Deklaration verbirgt sich eine konkrete Absicht: Der Renewables-Prozess von Bonn und Beijing, für den es auf der Weltkonferenz in Johannesburg 2002 keinen Konsens gegeben hatte, soll hierdurch nun wieder in das UN-System hineinwirken. Da in Beijing und auch Bonn selbst das »Hauptproblem USA« anwesend war und den Erklärungen zugestimmt hat, besteht immerhin eine realistische Chance, dass dies auch gelingen kann. Bemerkenswert ist auch, dass in der Beijing Declaration explizit der Zivilgesellschaft einschließlich der NGOs gedankt wurde und die Bedeutung ihrer künftigen Rolle für den Ausbau der erneuerbaren Energien betont wurde.

Zurückhaltende Sponsoren

Entgegen ursprünglicher Befürchtungen war BIREC keine verkappte Industriemesse. Diverse chinesische und internationale Konzerne hatten die Veranstaltung gesponsert, weil die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission nicht ausreichend Geld für die Ausrichtung der Konferenz bekommen hatte und der Versuch, von jedem Teilnehmer 800 US-Dollar Teilnahmegebühr zu verlangen, nicht umsetzbar war. Die Industrie war zwar präsent, aber nicht dominant, und die Sponsoren hielten sich sogar fast völlig zurück. Dennoch wurde in vielen Beiträgen sehr klar, dass mit Energiepolitik auch Industriepolitik gemacht wird und dass mit falscher Industriepolitik der Anschluss an boomende Märkte verpasst wird. So war etwa Japan, das sonst nicht gerade als ökonomische Schlafmützennation gilt, nur mit einer Low-Level-Delegation vertreten. Bei einem Treffen mit internationalen NGOs wurde die Delegation mit der Frage konfrontiert, ob der Eindruck stimme, dass japanische Konzerne zunehmend den Anschluss an die Energietechnologiemärkte der Zukunft verpassen. Der Delegationsleiter vom Industrie- und Handelsministerium musste gestehen, dass er darauf keine Antwort habe. Wie absurd erscheinen vor diesem Hintergrund die nicht nachlassenden Bemühun-

gen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und inzwischen auch das Kyoto-Protokoll zu beseitigen. Es ist kein Zufall, dass Unternehmen aus Ländern mit Einspeisegesetzen wie dem EEG auf den Erneuerbare-Energien-Weltmärkten immer stärker dominieren: Deutschland, Dänemark, Spanien und künftig auch China.

Zivilgesellschaft in Beijing

Für die Arbeit der NGOs war BIREC enorm wichtig. Der WWF China war Mitorganisator eines der fünf Foren der Konferenz, dem South-South Cooperation Forum. Darüber hinaus fand einen Tag vor Beginn der BIREC in Beijing ein NGO-Workshop über Erneuerbare Energien statt. Die Chinesische »Association for NGO Cooperation« hatte diesen mit Unterstützung europäischer und japanischer NGOs organisiert. Eine beachtliche Zahl von chinesischen NGOs diskutierte einen Tag lang mit den internationalen Gästen. Natürlich war bei einem solchen ersten Zusammentreffen klar, dass die Ausgangsbasis teilweise sehr verschieden war. Dennoch wurde eine NGO-Erklärung beschlossen, die von den staatlichen Konferenzorganisatoren offiziell bei BIREC verteilt wurde und auch auf die BIREC-Website gestellt werden soll[1]. Interessant war, dass die BIREC-Organisatoren allerdings darauf bestanden einen Satz zu streichen, in dem die NGOs die Regierungen der Welt aufforderten, dem chinesischen Beispiel zu folgen und Einspeisegesetze zu verabschieden. Eine solche explizite Führungsrolle war der Regierung dann doch zuviel. Für die Aktionsmöglichkeiten chinesischer NGOs - und übrigens auch für ihre künftige Zusammenarbeit mit der globalen NGO-Community – war BIREC dennoch mit Sicherheit ein Meilenstein. Umgekehrt natürlich auch – wie repräsentativ ist die globale NGO-Community ohne ein Riesenland wie China? Einige chinesische NGO-Vertreter werden nun auch an der Montrealer Klimakonferenz im Dezember teilnehmen. An der BIREC nahmen chinesische und internationale NGOs mit Rederecht teil, und dass ein chinesischer NGO-Redner im Plenum auftrat, der seine Rede nicht mit seiner Regierung, sondern mit den anderen NGOs abgestimmt hatte, ist für China nichts Normales.

Energienachfrage Chinas

So ermutigend diese Entwicklungen sein mögen – man darf dennoch nicht vergessen, dass Chinas rasante wirtschaftliche Entwicklung in vielerlei Hinsicht alles andere als nachhaltig verläuft. Der Verbrauch fossiler Energieträger steigt rasant an. Auch an der großen Wasserkraft hält China fest. Große Staudämme zu kritisieren, war bei BIREC nicht angesagt. Zwar bekennen sich die chinesischen Wasserkraftlobbyisten durchaus zu den Kriterien der World Commission on Dams (WCD), aber sie scheinen sie etwas anders zu interpretieren als dies im Westen gemeinhin üblich ist. Aber auch die chinesischen NGOs gingen dem Thema sehr entschlossen aus dem Weg, wobei offen blieb, in welchem Umfang dies auf Angst vor negativen Reaktionen der Regierung und in welchem Umfang auf eigene politische Überzeugungen zurückzuführen ist. Letztlich muss man als westlicher Gast allerdings konzedieren, dass die Frage von großen Wasserkraftwerken auch bei vollkommen demokratischen Bedingungen in China mit seinem gigantischen Energiebedarf nicht automatisch genauso entschieden werden muss wie bei uns. Denn der Strom wird ja nicht benötigt, weil die Regierung das so entscheidet, sondern weil die chinesischen Verbraucher Nachfrage erzeugen.

„Saubere fossile Energietechnologien"

Viel Kritik gab es bei NGOs auch an der Tatsache, dass es nicht gelang, in der Konferenzerklärung den Verweis auf »saubere fossile Energien« völlig zu verhindern: Im Gegenteil wird in der Deklaration betont, wie wichtig es ist, den wachsenden Einsatz erneuerbarer Energien mit Energieeffizienz und vermehrter Anwendung sauberer fossiler Energietechnologien zu kombinieren. Sicherlich kann man sich die Frage stellen, ob es in einem Dokument über erneuerbare Energien nötig ist, dies zu tun, oder ob es »saubere fossile Energietechnologien« überhaupt gibt. Andererseits ist natürlich auch klar, dass nicht nur in China auch weiterhin Kohlekraftwerke laufen und sogar neu gebaut werden. Je weniger, desto besser, aber da sie nicht morgen schon auf Null heruntergefahren werden können, sollten sie natürlich auch möglichst mit moderner Umwelttechnologie ausgestattet werden. Das Problem ist nur, dass unter Bezugnahme auf solche dehnbaren Formulierungen die traditionelle Kohlelobby immer wieder versucht, sich ein grünes Mäntelchen umzuhängen.

Nächste Konferenz für 2007 geplant

Der in Johannesburg und Bonn angestoßene Kooperationsprozess zu erneuerbaren Energien hat in Beijing neuen Schwung bekommen. Als nächster Gastgeber sind für das Jahr 2007 die Vereinigten Arabischen Emirate im Gespräch - ein arabischer Ölstaat, der bisher nicht durch besonderes Engagement für alternative Energieformen aufgefallen ist. Bei der regionalen Vorbereitungskonferenz für die Bonner Renewables im Jemen wurde allerdings deutlich, dass selbst in einem diesbezüglichen Notstandsgebiet wie der Arabischen Halbinsel nicht nur Ölscheichs leben, sondern sich vereinzelt zivilgesellschaftliches Engagement für Alternativen regt und Regierungen zu beeinflussen beginnt. Man darf gespannt sein.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

[1] Die NGO-Declaration kann herunter geladen werden unter: http://www.cures-network.org/texte/ngo_declaration_birec2005_061105.pdf

Themen & AGs

Folgen des Wachstums

Wie kann China grüner werden?

Mit den Worten „China muss grüner werden" schlug der Vize-Umweltminister des Landes in einem ZEIT-Gespräch Alarm, denn „die Wirtschaft des Landes wächst mit atemberaubenden Tempo und ohne Rücksicht auf die Natur". Anlass genug also, sich auch in Deutschland mit diesen Entwicklungen auseinanderzusetzen, denn die Entwicklungen in China sind in doppelter Hinsicht im globalen Kontext verortet: sie haben internationale Auswirkungen, gleichzeitig tragen internationale Konzerne entscheidend zu dieser Entwicklung bei.

Eine vom Asienhaus, der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, dem Forum Umwelt und Entwicklung und der Heinrich-Böll-Stiftung am 1. November 2005 organisierte Tagung befasste sich mit einem Ausschnitt der Problematik: den Folgen des Wachstums für den Energie- und Rohstoffbedarf und die Motorisierung des Landes. ExpertInnen aus Deutschland und China konnten für die Teilnahme gewonnen werden.

Chinas Energiehunger?

Das erste Panel der Tagung befasste sich mit der Frage nach „Chinas Energiehunger: Todesstoss für das Weltklima oder Chance für erneuerbare Energien". Prof. Su Mingshan vom Energy Environment Economy Institute (Qinghua Universität Beijing) machte deutlich, dass China in den letzten Jahren nach den USA zum zweitgrößten Energieproduzenten der Welt geworden ist, wobei Kohle mit fast 65 Prozent der wichtigste Energieträger ist. Gas und Öl stehen mit 25 Prozent an zweiter Stelle, wobei China den Bedarf nicht aus eigenen Quellen decken kann und deshalb zum zweitgrößten Ölimporteur der Welt geworden ist.

Der Energieverbrauch ist zwar groß in absoluten Zahlen, beträgt aber nur 1/8 des Pro-Kopf-Verbrauchs der USA (1/4 im Vergleich zu Deutschland). Als problematisch stellte Prof. Su die geringe Energieeffizienz sowie die Umweltbelastung insbesondere des Kohlesektors heraus. So ist die Zahl der Todesfälle in der Kohleproduktion um ein mehr als hundertfaches höher als in den USA, ein Drittel des Landes sind von Umweltschäden durch sauren Regen betroffen. Dennoch gilt auch hier, dass der chinesische Pro-Kopf-Ausstoß an CO2 nur bei 50 Prozent des Weltdurchschnitts oder bei einem Fünftel des Ausstoßes Westeuropas liegt.

Dieser Entwicklung versucht die chinesische Führung durch eine Reihe von Maßnahmen in verschiedenen Bereichen entgegen zu wirken: die Energieeffizienz soll erhöht, die Energieproduktion umweltfreundlicher gestaltet und der Anteil erneuerbarer Energien erhöht werden. Dazu sah Prof. Su jedoch eine verstärkte internationale Kooperation als notwendig an.

Prof. Gu Xuewu, Ruhr-Universität Bochum, wandte sich in seiner Präsentation gegen den Begriff „Energiehunger". Er verwies dabei nicht nur auf die von Prof. Su dargelegten Daten, nach denen der Energiehunger in den industrialisierten Ländern um ein vielfaches höher sei als in China. Wichtig ist in seiner Sicht auch, dass in China 70% des Energieverbrauchs auf industrielle Branchen entfällt. Aus der Tatsache jedoch, dass die führenden internationalen Konzerne in China für ihre Heimatmärkte produzieren, sieht er im chinesischen Energieverbrauch einen „internationalen Energiehunger". „Der Energieverbrauch und -bedarf hat sich nur verlagert, von den Heimatländern der internationalen Unternehmen nach China."

Für Prof. Gu sprechen mehrere Gründe dafür, dass die Hinwendung zu erneuerbaren Energien ein „politischer Zwang für China" sei. Angesicht der dominierenden Bedeutung von Kohle und Öl sei der „Zwang zur Diversifizierung" gegeben. Er habe deshalb den Eindruck, dass die chinesische Führung die Entwicklung erneuerbarer Energien als eine Priorität betrachte. Auch entspräche dies einer veränderten Modernisierungsstrategie des Landes. Die chinesische Führung spräche dabei von drei Kernelementen: energiesparende Entwicklung, umweltfreundliches und sozial gerechtes System. Nicht zuletzt habe die Entwicklung erneuerbarer Energien ein ordnungspolitisches Rückgrat erhalten, nämlich das 2005 verabschiedete Gesetz für erneuerbare Energien, das am 1.1.2006 in Kraft treten wird. Dieses sei eng an die deutsche Gesetzeslage angelehnt und in Zusammenarbeit mit der GTZ entstanden.

Auch Prof. Gu sah eine Reihe von Hindernissen bei der Verwirklichung dieses Strategie. Im fehlt nach wie vor ein Gesamtkonzept, er sieht diverse Interessenkonflikte und nicht zuletzt, wie Prof. Su, auch einen großen Kapitalmangel, der die Mobilisierung nationalen und internationalen Kapitals notwendig mache.

Mit dem Auto in die Sackgasse

Mit besonderer Spannung war das zweite Panel erwartet worden, auf dem neben Dr. Junhua Zhang vom Wissenschaftszentrum Berlin und Frau Xuewei Zheng von der Volkswagen AG ihre Präsentation vortrugen. Ausgangspunkt war dabei die Erwartung, dass der Fahrzeugbestand von 30 Millionen im Jahr 2004 auf 140 Millionen im Jahr 2020 ansteigen wird. Dieser Schub trägt wesentlich mit zur Umweltverschmutzung bei, der 2004 ca. 300.000 Menschen zum Opfer fielen. Heute leben 1/3 der Menschen in chinesischen Städten mit unsauberer Luft. So gilt Beijing heute als eine der durch Abgasemission am stärksten verseuchtesten Städte der Welt.

Die chinesische Regierung hat darauf mit einer Reihe von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen reagiert. So soll die ab 2005 für Beijing geltende Euro-Norm III ab 2007 in ganz China gelten. Dies, so Zhang, erfordere jedoch die Modernisierung der Raffinerieindustrie, um die dafür erforderlichen Treibstoffqualitäten produzieren zu können. Gleichzeitig soll durch Gasantrieb sowie Ethanol- bzw. Methanolbeimischungen der Benzinverbrauch gesenkt werden. Langfristig werde jedoch auf H2-Fahrzeuge gesetzt.

Diese Perspektive, wenn auch mit Unterschieden im Weg dorthin, teilte auch Frau Zheng von der Volkswagen AG. Sie

verwies gleichzeitig auf andere umweltschonende Aspekte der VW-Produktion in China (u.a. umweltschonende Materialien, Altfahrzeugverwertung, Geräuschentwicklung) hin, sowie auf die große Zahl von Verkehrstoten, die durch sicherere Fahrzeuge und Verkehrserziehung reduziert werden müsse.

In der Diskussion bezweifelten mehrere Teilnehmer, dass dies wirklich ein Weg aus der Sackgasse sei. Zum einen würde weiterhin die auf Stärkung des Individualverkehrs basierende Strategie verfolgt, es würden Konzepte zur Entwicklung eines integrierten öffentlichen Nahverkehrs fehlen. Zum zweiten wurde darauf verwiesen, dass nicht nur unklar sei, ob und bis wann die H2-Technologie verfügbar sein werde. Unterstrichen wurde auch, dass die H2-Technologie nur eine Verlagerung der Energieproduktion und der damit verbundenen Umweltbelastung bedeuten würde.

China und die Rohstoffmärkte

Die Diskussion über Chinas Rolle auf den Rohstoffmärkten knüpfte an die Diskussion über die Energiefrage an. Dr. Chen Ying from Resource Center for Sustainable Development (RCSD, Beijing) wandte sich gegen die Vorwürfe, dass China für die Erhöhung der Welt-Rohstoffpreise verantwortlich sei. Sie stellte die Frage, ob es fair sei, dass 1/5 der Weltbevölkerung 4/5 der Rohstoffe konsumieren würden. Bei den Medienberichten über den chinesischen Boom würde häufig übersehen, dass das Land dasselbe Recht auf Entwicklung habe wie alle anderen. Dennoch würden angesichts der bei allen Rohstoffen relativ geringen Effizienz dringend Strategien zum effektiveren Umgang mit Ressourcen benötigt.

Dr. Doris Fischer (Universität Duisburg-Essen) ging in ihrem Beitrag davon aus, dass die chinesische Nachfrage nach Rohstoffen auch in Zukunft steigen werde, da der Bedarf zunehmend über den Weltmarkt abgedeckt werden müsse. Schon jetzt habe dies Einfluss auf die Preisentwicklung, obwohl spekulative Elemente eine Rolle spielen würden. In diesem Zusammenhang verwies sie darauf, dass die viel diskutierten chinesischen Investitionen im Ausland ausdrücklich von der Regierung gefördert würden. Bisher sei deren Umfang jedoch relativ gering.

Sie griff die Ausführungen von Prof. Gu auf, dass Chinas Nachfrage nach Rohstoffen nicht nur „hausgemacht" sei. 50 Prozent des gesamten Außenhandels ginge auf Firmen mit ausländischem Kapital zurück. Deshalb sei es unangebracht, ein „Bedrohungsszenarium" zu entwickeln, auch wenn der chinesische Einfluss auf Dauer bestehen würde. Sie sieht eines der zentralen Probleme darin, dass Modelle für eine nachholende und nachhaltige Entwicklung fehlen würden.

Die Rolle chinesischer NRO

Zum Abschluss des Workshops ging Dorit Lehrack, zur Zeit bei der chinesischen NRO „Chinese Association for NGO Cooperation" tätig, der Frage nach, welche Rolle chinesische NRO in diesem Prozess spielen können. Sie verwies auf die zunehmende Zahl von NRO, die aus der Sicht der Regierung vor allem drei Aufgaben übernehmen sollen: Überwachungsfunktion für die Einhaltung der Gesetze, Bewusstseinsbildung und Übernahme von sozialen Funktionen. Demgegenüber sollten sie sich nicht der staatlichen Politik widersetzen, zu sensitive Themen aufgreifen und sich nicht zu zu starken Netzwerken entwickeln. Sie verwies auf die widersprüchlichen Entwicklungen hin, die einerseits starke Kontrollmechanismen beinhalten, andererseits einen scheinen unaufhaltsamen Prozess der Gründung und auch Anerkennung der Arbeit von NRO. Sie sah aber weitere positive Entwicklungen für die zukünftige Arbeit von NRO.

Ausblick

Der Verlauf und die Diskussionen auf der Tagung haben deutlich gemacht, wie differenziert die Entwicklungen in China zu betrachten sind und sie in ihrer Vielfalt kaum in der öffentlichen Diskussion in Deutschland berücksichtigt werden. Diesen Zustand zu verändern, dazu hat diese Tagung einen Beitrag geleistet – ebenso zum Dialog zwischen ExpertInnen aus Deutschland und aus China. Eine Fortsetzung dieser Veranstaltung ist deshalb zu wünschen.

Klaus Fritsche

Der Autor ist Geschäftsführer der Asienstiftung, Essen.

Seminardokumentation unter:
www.asienhaus.de/china-publikationen#seminar01110

Einen Schritt vor - Einen Schritt zurück

Hilft das 'Nationale Waldprogramm Deutschland' dem Wald?

Im September 1999 wurde in Deutschland mit der Erarbeitung eines Nationalen Waldprogrammes (NWP) begonnen. Damit sollte eine der Handlungsempfehlungen des Zwischenstaatlichen Waldausschusses (Intergovernmental Panel on Forests, IPF) umgesetzt werden. Der IPF war im Jahre 1995 gegründet worden, um die Beschlüsse der Rio Konferenz in Bezug auf die Waldbewirtschaftung besser umsetzen zu können. Das Bundeslandwirtschaftsministerium lud Vertreter der Bundesländer, Institutionen, Vereine und Verbände zur Teilnahme an diesem Diskussionsprozess über die Ausrichtung der künftigen Waldpolitik der Bundesrepublik Deutschland ein.

Die erste Phase des NWP endete mit einem Streit: Es hatte sich gezeigt, dass man mit dem NWP der Verpflichtung aus dem Vertrag von Rio 1992 nur ungenügend nachgekommen war. Das Papier konzentrierte sich vorwiegend auf die Rolle des Waldes als Holzfabrik. Die überragende Bedeutung von Wäldern als Klimaregler, Hochwasserschutz, Erholungsraum und Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten wurde stark vernachlässigt. Der Einfluss Deutschlands und deutscher Akteure auf die Wälder anderer Länder wurde zu wenig beachtet.

Mehrere Umweltverbände verweigerten dem Papier ihre Zustimmung. Sie forderten im März 2001 die Bundesregierung auf, das Nationale Waldprogramm so zu entwickeln, wie es den Vorgaben und internationalen Vereinbarungen entspricht. Mit dem Appell für ein Nationales Waldprogramm Deutschland wurde eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung gerichtet, die sich für eine zukunftsfähige Waldpolitik stark machen sollte.

Einige dieser Forderungen wurden vor Beginn der 2. Phase des NWP aufgegrif-

fen und wichtige Verfahrensfragen erörtert. Insgesamt fünf Schwerpunktthemen bilden den Rahmen für die insgesamt 182 Handlungsempfehlungen, die bis zum Oktober 2003 erarbeitet wurden und den aktuellen Stand der Diskussion darstellen. Diese Themen sind:

- ❑ Wald und internationale Zusammenarbeit / Internationaler Handel
- ❑ Biodiversität, Waldbewirtschaftung und Naturschutz
- ❑ Forstpolitische Instrumentenwahl
- ❑ Ökonomische Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft
- ❑ Neue Rolle(n) des Waldes.

Hausaufgaben benannt – aber was nun?

Die meisten Empfehlungen wurden im Konsens verabschiedet. Einige davon könnten von der Regierung und anderen Verantwortlichen konkret in die Tat umgesetzt werden, manches wurde inzwischen sogar in Angriff genommen. Um den Einfluss des NWP im politischen Raum und der Öffentlichkeit zu verbessern, beauftragte der 16. Runde Tisch im November 2004 eine Arbeitsgruppe aus dem Teilnehmerkreis damit, eine überschaubare Zahl von Kernempfehlungen zu erarbeiten. Dabei sollten auch konkrete Akteure, Zeitfenster und Indikatoren für deren Umsetzungen vorgeschlagen werden.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden beim 17. Runden Tisch im Dezember 2005 vorgelegt. Doch statt konkreter Handlungsempfehlungen enthielt der Katalog nur 11 zusammenfassende und weitgehend unkonkrete Aussagen. Akteure wurden nicht benannt, und weder Zeitpläne noch Indikatoren für die etwaige Umsetzung der Empfehlungen formuliert. Als Argument für den laxen Forderungskatalog wurde die bessere Lesbarkeit und Kürze des Papiers genannt. Das Ziel, der Politik konkrete Forderungen vorzulegen, damit die Situation des Waldes und der Forstbetriebe verbessert werden kann, hatte man völlig aus den Augen verloren. Die Umweltverbände, die im übrigen eine Mitverantwortung für das schwache Ergebnis tragen, lehnten das Papier in der Form ab und forderten Nachbesserungen.

Umsetzung dringend nötig!

Dabei bieten die 182 Handlungsempfehlungen des NWP beste Voraussetzungen für rasches Handeln. Zum Beispiel wenn es darum geht, die Waldnutzung rentabler zu gestalten. Die finanzielle Situation der meisten Forstbetriebe ist in der Tat katastrophal. Doch die an der Arbeitsgruppe beteiligten Forstverbände scheinen nicht in der Lage, für ihre eigenen Interessen einzutreten. So wurde in einer der Kernempfehlungen lediglich gefordert, die Steuer- und Abgabenpolitik müsse sich an den Produktionsbedingungen und der Ertragssituation der Forstbetriebe ausrichten. Diese Forderung wird vom NWP nicht mitgetragen, abgesehen davon, dass sie illusorisch ist. Es wäre ein Leichtes gewesen, an dieser Stelle die Forderung Nr. 164 aus dem NWP schlicht zu übernehmen, die da lautet: „Für die mit Holz konkurrierenden Baustoffe wie Stahl, Aluminium etc. ist die Höhe der direkten und indirekten Subventionen (z.B. vergünstigte Strompreise und Ermäßigungen im Zuge der ökologischen Steuerreform) zu prüfen, offen zu legen und möglichst zu reduzieren. ..."

Alleine diese Maßnahme könnte den Wettbewerbsnachteil von Holz gegenüber anderen Baustoffen und Energieträgern verringern. Die Folge wären höhere Holzpreise und höhere Einkünfte für Waldbesitzer. Angesichts knapper öffentlicher Kassen hätte diese Maßnahme sogar beste Chancen auf Erfolg.

Den Umweltverbänden (GREENPEACE, AG Wald des Forums Umwelt und Entwicklung, NABU, Pro REGENWALD, Ökologischer Jagdverband) gelang es, eine Entscheidung über die schwachen Kernempfehlungen zu verschieben. Im kommenden Jahr soll eine Arbeitsgruppe, an der sich mindestens 1-2 Verbände der AG Wald beteiligen werden, das Papier verbessern.

Angst vor der eigenen Courage?

Eine wichtige Forderung konnte erst nach mehrstündiger Diskussion durchgesetzt werden: Jeder der 11 Kernempfehlungen sollten 2-3 konkrete Handlungsempfehlungen aus dem NWP zugeordnet werden, damit die Regierung und andere Verantwortliche wissen, was zu tun ist. Von Seiten der Umweltverbände werden einige Handlungsempfehlungen als besonders wichtig und dringlich betrachtet. Sieben der wichtigsten seien hier genannt: (in Klammern die Nummern der Empfehlungen, die unter www.nwp-online.de eingesehen werden können)

- ❑ Analyse der Auswirkungen der inländischen Nachfrage auf die Wälder in anderen Ländern und Förderung nachhaltigen Konsumverhaltens... (18)
- ❑ Unterstützung von Gesetzen ... zur Verhinderung rechtswidriger Handlungen in Wäldern, insbesondere von illegalem Holzeinschlag und Wilderei (26)
- ❑ Verweigerung von Hermes-Bürgschaften für Investitionen, die zur illegalen Holznutzung und zur Waldzerstörung beitragen (36)
- ❑ Gewährleistung, dass bei öffentlicher Beschaffung ausgeschlossen ist, dass Holz oder Holzprodukte aus illegalen Quellen und damit aus Urwaldzerstörung, einschließlich ausgewiesenen Schutzgebieten stammen (39, 38, 44)
- ❑ Beseitigung schädlicher Subventionen, die zur Urwaldvernichtung beitragen, auch im Rahmen von Handelsmaßnahmen und Entwicklungszusammenarbeit (49, 19, 20)
- ❑ Bejagung des Schalenwilds mit dem Ziel, den Wildbestand an die natürliche Lebensraumkapazität anzupassen und die natürliche Verjüngung der heimischen Baumarten ...zu sichern... .(79)
- ❑ Die Förderung der Forstwirtschaft sollte stärker auf gesellschaftliche und ökologische Leistungen sowie auf eine Stärkung des Ländlichen Raums ausgerichtet werden... (117)

Ob das Nationale Waldprogramm tatsächlich dazu beitragen kann, die Situation des Waldes und der Forstbetriebe zu verbessern, wird sich im kommenden Jahr zeigen. Erst wenn konkrete Forderungen an die Politik gestellt werden, wird die Regierung Farbe bekennen müssen: Ist das NWP nur eine spannende Diskussionsrunde oder will die Politik auch umsetzen, was eine Vielzahl bedeutender gesellschaftlicher Interessengruppen von ihr fordert?

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der AG Wald

FLEG(T) - ein neuer Versuch

Forstsektor und Holzhandel sollen in geordnete Bahnen gelenkt werden

Russland beheimatet mehr als ein Fünftel der weltweiten Waldfläche und ist der größte Holzproduzent in der europäischen und nordasiatischen Region. Nach aktuellen Schätzungen stammen 50 bis 90 Prozent des Holzes aus illegalem Einschlag. Das Holz wird größtenteils nach China, Japan, in die USA und die EU exportiert. Auch Deutschland ist ein wichtiger Handelspartner Russlands und bezieht jährlich Holz und Holzprodukte im Wert von mehr als 320 Millionen Euro. Seit kurzem gibt es eine Initiative (ENA FLEG), um illegalen Holzeinschlag in den Wäldern der ENA-Region (Europe and North Asia) zu bekämpfen.

Dazu haben am 25. November 2005 Regierungsvertreter aus über 40 Ländern, sowohl überwiegend Holz produzierenden als auch Holz konsumierenden, der ENA-Region (Europe and North Asia, einschließlich der EU-Mitgliedsstaaten, China und Japan), sowie deren wichtige Handelspartner USA und Kanada, in St. Petersburg, Russland, einer gemeinsamen Ministererklärung und einem Aktionsplan (Indicative List of Actions, ILA) zugestimmt, um illegalen Einschlag, Korruption und Handel mit illegalen Holzprodukten zu bekämpfen.

Die Ministererklärung besteht aus einer Präambel, einem operativen Teil zur nationalen Ebene in der ENA Region, einem operativen Teil zur internationalen Ebene und der Annahme des Aktionsplanes und des Nachfolgeprozesses. Es wurde vereinbart, dass in zwei bis drei Jahren wieder Regierungsvertreter "angemessener Ebene" (Expertenlevel) mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen kommen, um Erfahrungen auszutauschen und herauszuarbeiten, in welchen Bereichen weitere Aktionen und Zusammenarbeit nötig sind.

Was bedeutet "illegal"? Und was sind die Folgen illegalen Einschlags?

Unter illegalem Einschlag spricht man heute vor allen Dingen, wenn Holz unter Missachtung nationaler Gesetze geerntet (z.B. außerhalb der Konzession oder Fällung geschützter Baumarten), transportiert, deklariert, ge- oder verkauft wird. Durch diese illegalen Aktivitäten entstehen den Staaten immense Einnahmeverluste, z.B. durch nicht gezahlte Steuergelder. Insgesamt schätzt man den Verlust auf 15 Milliarden Euro pro Jahr! Zum Vergleich: das Entwicklungshilfebudget der EU liegt bei etwa 6,5 Milliarden Euro. Die illegale Holzwirtschaft hat aber noch viel weitreichendere Auswirkungen als wirtschaftliche Schäden: sie trägt zu massiven Umweltschäden und Biodiversitätsverlust bei, fördert gesellschaftliche Unruhen (z.B. durch Bestechung, organisierte Kriminalität und die Verletzung von Menschenrechten) und führt zu einem Dumping der Holzpreise auf dem internationalen Holzmarkt.
Bisher liegen die Definitionen des Begriffs "illegal" in den verschiedenen Ländern noch weit auseinander und sie werden noch langwierige Verhandlungen mit sich bringen. Es ist auch Aufgabe der NGOs darauf hinzuwirken, dass soziale und ökologische Kriterien nicht außer Acht gelassen werden.

Innerhalb der nächsten fünf Jahre soll wieder eine Ministerkonferenz stattfinden.

Der Aktionsplan ist in nationale und internationale Maßnahmen zur Umsetzung der Ministererklärung unterteilt, die aber nicht verpflichtend sind, sondern den Staaten die Wahl der geeigneten Mittel lassen. Sie bieten eine Grundlage für Zusammenarbeit sowie Ansatzpunkte für die Zivilgesellschaft.

NGOs sehen Schwächen

Die bei der Konferenz verabschiedete Erklärung bleibt zwar hinter den Erwartungen der NGOs zurück, könnte aber doch zu entscheidenden Verbesserungen führen – wäre sie denn verbindlich. So können sich aber die Regierungen der Unterzeichnerländer aus dem Aktionsplan (ILA) heraussuchen, welche Punkte sie umsetzen wollen und einige NGOs befürchten, dass ENA FLEG nicht viel mehr als eine internationale PR-Aktion bleiben wird. Wenn die Regierungen, besonders die Russlands, nicht genug Druck von außen bekommen, wird ENA FLEG bald wieder vergessen sein.

Ein weiteres Problem ist das neue Forstgesetz Russlands. Sollte es in der jetzigen Form von der Duma akzeptiert werden, sei der Kampf gegen illegalen Holzeinschlag in Russland nahezu aussichtslos, so Greenpeace Russia. In den Jahren 1992-2003 haben bereits mehr als 1 Mio. Menschen ihre Arbeit im Forstsektor verloren. Für sie ist seitdem illegaler Holzeinschlag oft die einzige Einnahmequelle um ihr Überleben zu sichern. Abnehmer für das Holz zu finden scheint kein Problem zu sein. Durch den neuen Forstgesetz könnten weitere 200.000 bis 500.000 Menschen arbeitslos werden. Es ist zu befürchten, dass auch viele von ihnen als Kenner der Bestände in der Region ins Geschäft mit illegalem Holz einsteigen.

Zivilgesellschaft ausgebremst

Auf der St. Petersburger Konferenz waren auch Umweltorganisationen anwesend, die parallel zu den Regierungsverhandlungen, teilweise gemeinsam mit Vertretern der Holzindustrie, eigene Forderungen erarbeiteten und die offizielle Diskussion kommentierten. Bereits Anfang November waren Vertreter der Holzindustrie und der Zivilgesellschaft auf Einladung des Forest Dialogue (TFD) in St. Petersburg zusammengekommen und hatten gemeinsame Positionen entwickelt und Schlüsselaktionen identifiziert, die sich im Aktionsplan wiederfinden sollten. Zu den Regierungsverhandlungen waren NGOs jedoch – entgegen der Gepflogenheit bei ähnlichen Veranstaltungen – nach einer Entscheidung der internationalen Steuerungsgruppe nicht zugelassen. Es wurde ihnen nicht einmal der Beobachterstatus gewährt. Lediglich durch Vermittler konnten konkrete Textvorschläge der NGOs zum aktuellen Verhandlungstext in die Regierungsverhandlung eingebracht werden. Punkte wie nachhaltige Waldbewirtschaftung als langfristiges Ziel des FLEG-Prozesses sowie ein Zeitrahmen, in dem die Punkte umgesetzt werden sollen, wurden von den Regierungsvertretern leider nicht aufgenommen.

Die deutsche Delegation umfasste Vertreter aus dem Landwirtschafts- und dem Entwicklungsministerium (BMELV und BMZ), sowie eine Mitarbeiterin von Pro REGENWALD. Neben der chinesischen Delegation war die deutsche die einzige, die NGO-Vertreter als Teilnehmer eingeladen hatte.

Hintergrund

Neuere Schätzungen gehen davon aus, dass mittlerweile die Hälfte der ursprünglichen Waldbedeckung der Erde verloren gegangen ist. Treibende Kraft dieser Zerstörung ist unverantwortlicher Raubbau, dies größtenteils in Form illegaler Handlungen. Diese illegale Holzwirtschaft ist in temperierten wie in tropischen Zonen dokumentiert, sie nährt einen milliardenschweren internationalen, vollkommen unkontrollierten Handel und bedroht auch die ökologisch wertvollsten Wälder. Die gesamte Holzgewinnungs-, Handels- und Verarbeitungskette ist für illegale Aktivitäten anfällig: Erwerb der Einschlagsrechte, Übernutzung, Nutzung der falschen Arten, Ernte in verbotenen Zonen, fälschliche Deklarationen, Kauf von Hehlerware, Transport und Handel mit gefälschten Dokumenten, fälschliche Angaben in Sägewerken – die Aufzählung ist nicht vollständig, was in der Natur der Sache liegt.

Den Wert des weltweit gehandelten Holzes schätzt man heute auf über 200 Mrd. EUR, der Anteil der illegalen Holzwirtschaft soll weit über 10 Prozent - in manchen Regionen sogar bis zu 80 Prozent - betragen. Die EU führt zu 50 Prozent illegal geerntetes Holz aus den Tropen und gut 20 Prozent aus der borealen Zone ein. Im Jahr 1998 summierte sich dies zu rund 1 Mrd. EUR oder rund 750.000 Hektar zerstörtem Wald.

Gegenmaßnahmen erforderlich

Die Schäden sind seit Mitte der 90er Jahre so deutlich sicht- und spürbar, dass konkrete Maßnahmen erforderlich geworden sind. Obwohl einige Länder sich

lange weigerten, einzugestehen, dass ihre Holzwirtschaft an illegalen Aktivitäten krankt, ist weltweit die Besorgnis über illegalen Holzeinschlag und den damit verbundenen Handel gewachsen. Auf dem Treffen der Außenminister der G8-Staaten 1998 in britischen Birmingham, wurde illegaler Holzeinschlag erstmals als internationales Problem thematisiert. Um Abhilfe zu schaffen und nachhaltige Forstwirtschaft zu fördern, wurde ein "Aktionsprogramm Wald" ins Leben gerufen. Im Jahr 2000 ging das "Forest Governance Programme" der Weltbank noch einen Schritt weiter und organisierte mit Unterstützung der USA und Großbritannien regionale Prozesse, die sich mit der Thematik auseinandersetzten.

Regionale Prozesse

Indonesien ragte heraus: bedingt durch die politischen Umwälzungen wollten sich immer mehr Menschen schnell an den Wäldern bereichern oder auch nur nehmen, was ihnen ihrer Meinung nach zustand - der Anteil illegaler Hölzer kletterte auf fast 90 Prozent des Gesamtvolumens. Gleichzeitig erarbeiteten insbesondere NGOs als Reaktion auf diese Zustände hieb- und stichfeste Dokumentationen und Argumente, denen sich Regierungsstellen nicht mehr entziehen konnten. Im September 2001 fand eine Ministerkonferenz für den Ostasiatischen Raum (ASIA FLEG) statt. Als Ergebnis wurde die sog. "Bali Declaration" unterzeichnet, die 70 Aktionspunkte zur Stärkung der Rechtsdurchsetzung vorsah, immerhin das Eingeständnis, dass, auch wenn es Gesetze zur Regelung der Waldbewirtschaftung gibt, diese nicht durchgesetzt werden. Nachfolgeaktivitäten fanden bisher nur in begrenztem Umfang statt.

Im Jahr 2003 leiteten einige afrikanische Länder ihren eigenen FLEG Prozess ein (AFRICA FLEG), der auch in einer Ministererklärung (Yaoundé Declaration) und einem Aktionsplan mündete. Als Hauptproblem im afrikanischen Kontext gilt unermessliche Korruption, die durch mangelnde Transparenz bei den Geschäften gefördert wird. Obwohl im Aktionsplan Empfehlungen enthalten sind, die sich direkt auf die Bereitstellung von Informationen beziehen, ist kaum bekannt, was tatsächlich auf internationaler oder nationaler Ebene unternommen wurde, um die Situation zu verbessern.

Was sind FLEG und FLEGT?

Der FLEG-Prozess (Forest Law Enforcement and Governance – Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor) soll unter Einbeziehung aller Interessenvertreter und Betroffenen zur Einhaltung der Gesetze und Verbesserung der Politikgestaltung im Forstsektor führen. Dazu sollen national und international verbessernde Maßnahmen durchgeführt werden. FLEG soll die Aktionen der Regierungen betroffener Länder sowie bilateraler und multilateraler Geldgeber zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und -handels bündeln.

FLEGT steht für ein um den Begriff Trade (=Handel) erweitertes FLEG-Konzept und ist die Antwort der EU auf das globale Problem des illegalen Holzeinschlages und des Handels mit Holz und Holzprodukten illegaler Herkunft. Der FLEGT-Aktionsplan vom Mai 2003 soll durch freiwillige Partnerschaftsabkommen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite ansetzen. Hierzu sollen erstens die Holz produzierenden Länder bei der Stärkung ihrer Forstwirtschaft unterstützt werden. Zweitens soll ein Lizenzsystem im Erzeugerland sicherstellen, dass nur legal gewonnenes Holz und legal erzeugte Holzprodukte in den EU-Raum gelangen. Für das öffentliche Beschaffungswesen sollten Handlungsanweisungen entwickelt werden, die gewährleisten, dass nur legal geschlagenes Holz eingekauft wird. Verhandlungen über Partnerschaftsabkommen zwischen Deutschland und Kamerun, UK und Indonesien sowie den Niederlanden und Malaysia haben begonnen. Bei den Verhandlungen muss auch eine gemeinsame Definition von Legalität festgelegt werden.

Wiebke Böhm/Hermann Edelmann

Die Autorin und der Autor arbeiten für Pro Regenwald.
Weitere Informationen sowie den Text der Ministererklärung unter:
www.taigarescue.org/enafleg
http://www.iisd.ca/ymb/enafleg/

Waldbestandsstudie der FAO in der Kritik

Die Rainforest Foundation hat die neue Waldbestands-Studie „Global Forest Resource Assessment for 2005" der FAO[1] heftig kritisiert und in dem Dokument „Irrational Numbers: Why the FAO's Forest Assessments are Misleading" ihre Reklamationen an der Studie detailliert dargelegt.

Darin bemängelt sie unter anderem folgende methodische Vorgehen[2]:

- Die Studie missachtet die Tatsache, dass ein Großteil des Kahlschlags in den Tropenwäldern stattfindet, während die Aufforstung vorwiegend auf der nördlichen Hemisphäre vorgenommen wird, oft auch nur als Plantagenbau
- Sie basiert auf einer Definition, die eine Fläche mit gerade mal 10% Baumabdeckung bereits als Wald einrechnet
- Sie zählt Flächen zu Wäldern, die noch gar nicht bepflanzt sind, sondern die lediglich zur Bepflanzung vorgesehen sind
- Weiterhin zählt sie Plantagen auch zu Wäldern, gleichwohl ihnen wichtige Schlüsselfunktionen von echten Wäldern fehlen.

Simon Counsell von der Rainforest Foundation dazu: „Es ist eine globale Schande, dass, nach Jahrzehnten von Sorge über die Abholzung der Wälder, die UN immer noch nicht in der Lage sind, eine korrekte Einschätzung zur Lage der Restbestände der Wälder abzugeben. Der neue Bericht wiederholt dieselben methodischen Fehler der Berichte der letzten Jahre, obwohl diese damals schon kritisiert wurden."

Für weitere Informationen:
Simon Counsell, Rainforest Foundation
simonc@rainforestuk.com

[1] http://www.fao.org/forestry/foris/webview/forestry2/index.jsp?siteId=101&sitetreeId=1191&langId=1&geoId=0
[2] eine detaillierte Darlegung der Kritikpunkte gibt es unter http://www.rainforestfoundationuk.org/fcpage.php?fcpage=1237&language=EN

Die Bekämpfung der Wüstenbildung

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung mit dem Rücken zur Wand?

Vom 17. bis 28. Oktober 2005 fand in Nairobi, Kenia, die siebte Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens der Vereinten Nationen (VN) zur Bekämpfung der Wüstenbildung (COP7) statt, an der über 1000 Personen aus 182 Ländern teilnahmen, darunter Vertreter vieler Unterorganisationen der VN, nationaler Regierungen und von etwa 120 akkreditierten NGOs, die die Zivilgesellschaft repräsentierten.

Die Konferenz wurde im Gebäudekomplex der VN im Viertel Gigiri abgehalten, wo sich auch gleichzeitig der Hauptsitz des UNEP[1] befindet, dem derzeit Klaus Töpfer vorsteht. Eröffnet wurde die Konferenz in Anwesenheit des Kenianischen Staatspräsidenten Kibaki und der kenianischen Vizeministerin für Umwelt und Friedensnobelpreisträgerin von 2004 Frau Wangari Mathai.

Die kubanische Polit-Salsa von 2003 hat Spuren hinterlassen...

Die Erwartungen an die COP7 waren allerseits sehr hoch, nachdem die letzte Vertragsstaatenkonferenz 2003 in Kuba, an der zahlreiche Staats- und Regierungschefs teilgenommen hatten, am Ende nur die stark auseinander gehenden Erwartungshaltungen der verschiedenen Gruppen offenbart hatte. Die betroffenen Länder waren davon ausgegangen, dass es in Kuba endlich zu konkreten bedeutenden Verpflichtungen kommen würde, während die Geberländer die Hoffnung hatten, dass ihre Kritikpunkte an der Konvention als Instrument berücksichtigt würden. Gegenstand kontroverser Diskussionen waren dabei das Management des Sekretariats der UNCCD, die Evaluierung des globalen Mechanismus, der Vorschlag zur Gründung von regionalen Koordinierungseinheiten und die Schwäche des Wissenschafts- und Technologieausschusses CST. In diesem Zusammenhang war die Entscheidung des Weltumweltfonds, ein « Fensters » zur Finanzierung von Maßnahmen gegen die Verschlechterung der Bodenqualität zu öffnen, sicherlich eine gute Botschaft, insofern als das UNCCD zum ersten Mal mit einer wirklichen Finanzierungsfazilität ausgestattet wurde. Zu diesem Zeitpunkt wusste man aber leider noch nicht um die Umsetzungsmodalitäten, die Unsicherheiten und die Interessen, die sich nicht immer positiv auswirkten.

Die COP6 auf Kuba war also ein großer Teilnahmeerfolg, aber auch ein extremes Beispiel für den Nord-Süd-Gegensatz, den man als Kuba-Syndrom bezeichnen könnte und welcher sich zum einen in einer lautstarken Diskussion über das Budget der Konvention äußerte, das geringer ausfiel, als das Sekretariat erwartet hatte, und zum anderen in der Entscheidung zur Evaluierung des Sekretariats durch die Sonderevaluierungseinheit der Vereinten Nationen.

Funktionen und Kapazitäten des CRIC: welche Verbesserungen sind möglich?

Zeitgleich zur COP7 fand die vierte Sitzung des CRIC (Ausschuss zur Überprüfung der Umsetzung der Konvention) statt, die auf die CRIC3 in Bonn im Mai 2005 folgte und die Bewertung der Länderberichte hinsichtlich des Anhangs 1 zu Afrika zum Ziel hatte. Die CRIC3 war mit der Feststellung zu Ende gegangen, dass eine Bewertung anhand der Länderberichte schwierig sei, da es an einer gemeinsamen Bewertungsmethode der Ergebnisse auf der Grundlage von anerkannten Indikatoren und Kennzahlen fehle. Diese Schwierigkeit ergab sich auch aus einer vergleichenden Studie der EU-Länderberichte durch die Niederlande, die zum Schluss kam, dass eine Bewertung der Berichte auf einer gemeinsamen Grundlage aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit unmöglich sei und außerdem die Berichterstattung über das Thema zu parteiisch sei und vor allem in keinem Zusammenhang mit den Berichten aus den betroffenen Ländern stehe. Einige Länder, insbesondere Geberländer, waren daher mit konkreten Erwartungen im Hinblick auf die Annahme von Verbesserungsvorschlägen der CRIC-Methoden zur COP7 angereist.

Eine COP in einer angespannten und vom gegenseitigen Misstrauen geprägten Atmosphäre

In diesem besonderen Kontext nahm die COP7 ihre Arbeiten in Nairobi auf, einer Stadt, wo das Klima der Unsicherheit sofort zu spüren war – abends konnte man nicht mehr ausgehen und die bewaffneten Wachen standen bis in den Hotelfluren – hinzu kam der dichte Straßenverkehr zwischen den Hotels und dem am Rande der Stadt gelegenen Viertel Gigiri. Der hoch gesicherte Komplex der Vereinten Nationen gegenüber der Botschaft der USA, die selbst unter extremen Sicherheitsmaßnahmen stand, rief dabei sofort die Terroranschläge von 1998 in Erinnerung.

Schnell wurde klar, dass die COP7 hinter den Erwartungen zurückbleiben und keine bedeutenden Beschlüsse hervorbringen würde. Alle hatten den Eindruck, dass die Positionen der verschiedenen Gruppen festgefahren waren. Der zu Beginn von mehreren Ländern der JUSCANNZ[2] unter der Federführung Norwegens eingebrachte Vorschlag, die Schaffung eines neuen Auswahlverfahrens für das zukünftige Exekutivsekretariat im Jahr 2007 auf die Tagesordnung zu setzen, ließ zwar geplante Änderungen vermuten, zeigte aber, dass die COP7 nur eine Übergangsphase sein würde. Dieses Thema belastete zudem die weiteren Diskussionen, die durch endlose Debatten über Verfahrensweisen, insbesondere den Artikel 47, und das fehlende Vertrauen zwischen den Vertragsparteien – die G77 wies nur auf die ausreichenden Verfahrensweisen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen hin – und gegenüber dem Exekutivsekretariat gekennzeichnet waren. Schließlich kam noch hinzu, dass das Evaluierungsprotokoll des Exekutivsekretariats nicht sehr positiv ausfiel und verschiedene Aspekte, wie die Überschreitung des Mandats und des Budgets durch die Inanspruchnahme der Rücklagen, monierte, was sofort zu einer Spaltung der Geberländer und der G77 plus China führte.

Die EU-Delegation unter britischem Vorsitz, die ihre Mission so reibungslos wie möglich, aber auch ohne jegliche Ambitionen erfüllen wollte, äußerte sofort erhebliche Vorbehalte gegenüber einer Erhöhung des Budgets. Die anderen großen Geberstaaten, wie die USA und Japan, folgten alsbald dem Beispiel, so dass die Verhandlungen so sehr ins Stocken gerieten, dass die CCD am Abend des 28. Oktober noch immer kein Budget hatte.... Es musste eine zusätzliche Nacht und ein Vormittag weiterverhandelt werden, um schließlich eine Budgeterhöhung von 5% zu erreichen, die selbst von mehreren Verhandlungspartnern als unrealistisch bezeichnet wurde.

Der gleiche kleinkrämerische Geist prägte auch die Diskussion über den Umzug des Sekretariats in ein anderes Gebäude in Bonn, wofür Einsparungen insbesondere durch die Organisation offizieller Treffen direkt in Bonn gefordert wurden.

Beim so genannten „hochrangigen" Teil der Konferenz war kein Staats- und Regierungschef außer Kenia vertreten und die endlose Liste der einleitenden Erklärungen der Länder zur CCD in einem fast leeren Plenarsaal brachte auch keine neuen Handlungsstrategien.

Die Arbeit des CRIC machte auch keine rechten Fortschritte und die anfänglichen Erwartungen, die Ergebnisse der CRIC3 könnten als Grundlage für die Weiterentwicklung der Evaluierungsmethode dienen, wurden mit dem Vorwand auf die CRIC8 verschoben, dass sich die CRIC3 nur auf Afrika bezogen habe und von daher keine ausreichende Referenz sei. Der Vorschlag, den CRIC in ein zusätzliches ständiges Organ zu verwandeln, wurde nicht angenommen, jedoch das aktuelle Mandat des CRIC bis zur COP8 verlängert. Gleichzeitig wurde ein Appell an alle Vertragsstaaten, einschließlich der Zivilgesellschaft, gerichtet, einen Fragebogen[3] im Hinblick auf die zu diesem Thema bei der COP 8 anstehenden Beschlüsse auszufüllen.

Auch bei den Aussprachen über die regionalen Koordinierungseinheiten gelang es nicht, sich auf einen minimalen Konsens zu einigen, so dass der Vorschlag erst einmal auf dem Papier stehen blieb.

Der Wissenschafts- und Technologieausschuss (CST) musste seine Arbeiten über den vorgesehenen Zeitrahmen hinaus fortsetzen, weil die Diskussionen immer wieder daran scheiterten, dass Indikatoren und Kennzahlen zur Evaluierung des Fortschreitens der Wüstenbildung und als Hilfsmittel für die erforderlichen Beschlüsse der COP fehlten. Hier wurde die Empfehlung ausgegeben, sich auf die Ergebnisse der Evaluierung des Millenniums zu stützen und auch entsprechende Indikatoren und Kennzahlen auf nationaler Ebene zu entwickeln, die dann bei der Erstellung der nationalen Berichte verwendet werden sollten.

Eine weitere kontroverse Debatte entspann sich um das Thema des traditionellen Wissens und die Schaffung eines Inventars darüber, die aber letztendlich ad acta gelegt wurde. Das Präsidium des CST wurde daraufhin gebeten, die Funktionen und die Arbeit der Expertengruppe (25 Personen) im Hinblick auf die COP8 zu überprüfen und die nicht aktiven Experten zu ersetzen. Thematischer Schwerpunkt der Arbeit des CST wird das Thema der „Auswirkungen des Klimawandels und der menschlichen Aktivitäten auf die Verschlechterung der Bodenqualität" sein. In dieser Arbeit drückt sich nicht zuletzt die allgemeine Unzufriedenheit über die offensichtliche Unfähigkeit des CST aus, den Vertragsparteien der COP effiziente Hilfsmittel zur Entscheidungsfindung an die Hand zu geben. So krankt die CCD schon lange daran, nicht genügend wissenschaftliche Ergebnisse zu produzieren, um überzeugen zu können.

Heuchlerischer Poker um die Weltbankinitiative TerrAfrica

Am 24. Oktober 2005 wurde von der Weltbank die Initiative Terrafrika[4] zur Bekämpfung der Verschlechterung der Böden ins Leben gerufen. Die europäi-

sche Initiative eniD[5], in der auch die AG Desertifikation des Forums Umwelt & Entwicklung mitarbeitet, hatte bereits seit 2004 ihre kritische Position gegenüber den Institutionen ausführlich dargelegt, insbesondere was einige unklare Aspekte dieser Initiative und die geringe Glaubwürdigkeit der Weltbank im Umweltbereich und bei Partizipationsfragen angeht. Die Vorbehalte von eniD wurden bei zahlreichen Konsultationen mit verschiedenen Geldgebern bestätigt, auch bezüglich der Art und Weise, wie TerrAfrica den unterschiedlichen Gruppierungen „verkauft werden sollte". Die bei der COP7 vertretenen NGOs wurden daraufhin über diese Situation informiert, was zur Bildung einer Kontaktgruppe der NGOs und einer intensiven Aussprache zwischen den Befürwortern von TerrAfrica und den NGO führte. Das Ergebnis war die Ernennung der beiden NGOs, die die zwei den NGOs vorbehaltenen Sitze im Exekutivkomitee von TerrAfrica bekleiden sollten. TerrAfrica wird zunächst in Burkina Faso, Äthiopien und Ghana anlaufen. Trotz aller Kritik waren die meisten Geldgeber der Meinung, dass sie bei dieser Initiative nicht außen vor bleiben könnten. Dabei stellt sich die Frage, ob das die richtige Art und Weise ist, ein Projekt mit der Weltbank zu beginnen. Es steht zu befürchten, dass die NGOs bei der Initiative wenig Gewicht haben werden und diese nie über das Stadium der Studien, Seminare und Abstimmungsforen hinaus zu konkreten Aktionen vor Ort führen wird.

Die NGOs sind vertreten, haben aber Schwierigkeiten, sich gemeinsam Gehör zu verschaffen

Die NGOs waren bei der COP7 zwar zahlreich vertreten, doch muss man zugeben, dass sie nicht wirklich in der Lage waren, auf die Debatten Einfluss zu nehmen und sich Gehör zu verschaffen. Die Gruppe setzte sich aus vielen Neulingen zusammen, einer geringen Anzahl nichtafrikanischer NGOs und noch weniger internationalen NGOs, die sich mit derartigen Verhandlungen auskannten. Trotz eines Vorbereitungswochenendes waren sie aufgrund ihrer Kenntnisse der CCD, ihres eigenen Sachwissens und vor allem ihrer insgesamt geringen Erfahrung nicht in der Lage, bei den Entscheidungen eine entscheidende Rolle zu spielen. Außerdem waren sie während der ganzen Konferenz aufgrund des fehlenden funktionierenden Netzes zwischen den Vertragsstaaten damit beschäftigt, sich selbst zu organisieren und daher bei den eigentlichen Debatten wenig präsent.

Auch dem Versuch einer Neuauflage des RIOD (Internationales Netzwerk der NGOS zur Bekämpfung der Wüstenbildung) fehlte die rechte Überzeugung. In diesem Kontext nahmen die traditionellen Erklärungen bei den Eröffnungs-, Abschluss- und hochrangigen Sitzungen viel wertvolle Zeit und Energie der NGOs in Anspruch. Außerdem begünstigte diese Art von Forum die Meinungsäußerung der erfahrensten Konferenzteilnehmer.

Die NGOs hatten jedoch Gelegenheit, sich bei den zwei offenen Dialogsitzungen (ODS)[6] am 21. und 27. Oktober zu äußern, von denen die erste von der eniD zum Thema „Krisenmanagement und langfristige Anpassung über lokale Maßnahmen" und die zweite von den lateinamerikanischen NGOs zum Thema „Hilfen und Hindernisse bei der Umsetzung der CDD" organisiert wurden. Während der gesamten Vertragsstaatenkonferenz waren dies sicherlich einige der wenigen Momente, wo es inhaltlich um die konkrete Umsetzung der CCD ging. Viele Länder haben sehr positiv auf die Präsentationen reagiert und mehrere[7] haben darauf hingewiesen, dass es notwendig sei, die Rolle der NGOs zu überdenken und ihnen den Status einer Vertragspartei der CCD einzuräumen. Die zweite Sitzung fand dann aber leider vor fast leerem Saal statt, da sich die meisten Delegierten bereits in Diskussionsgruppen zur Vorbereitung der Abschlussverhandlungen am darauf folgenden Tage befanden. Immerhin gelang es der eniD noch eine gemeinsame Sitzung zwischen der EU und interessierten NGOs zu organisieren.

Wie kann die Zukunft gestaltet werden?

In einem afrikanischen Sprichwort heißt es „Wenn sich Elefanten streiten, leidet das Gras". Das fasst auch recht gut das Klima der COP zusammen, deren Ergebnisse sicherlich nicht zum Wohl der betroffenen Bevölkerungen gereichen werden, die wieder einmal auf bessere Zeiten hoffen müssen. Die Wut, der Frust und das schlechte Gewissen nach dieser mühsamen Konferenz haben aber zumindest den positiven Effekt gehabt, dass sich alle klar darüber geworden sind, dass nun etwas geschehen muss und radikale Änderungen erforderlich sein werden, um aus den formellen Sackgassen herauszukommen und die Konvention vor dem Untergang zu bewahren.

Was das Problem der Wüstenbildung angeht, hat es wohl noch nie eine so große Übereinstimmung darüber gegeben, dass es sich um eine Frage von weltweiter Bedeutung handelt. Alle erforderlichen Instrumente sind vorhanden, jetzt geht es darum, zu den Taten schreiten und Verpflichtungen zur Umsetzung einzugehen.

In diesem Sinne wird das Internationale Jahr der Wüsten und der Wüstenbildung der CCD sicherlich den wohlverdienten neuen Aufschwung geben. Einige Länder, darunter verschiedene europäische Länder, wie Frankreich und Deutschland, haben den Vorschlag gemacht, in 2006 eine zusätzliche Sitzung der Vertragsstaaten (zwischen den COP) über die Zukunft der Konvention einzuberufen. Der Gipfel in Algier zum Internationalen Jahr der Wüsten und der Wüstenbildung wäre in diesem Fall ein geeigneter Zeitpunkt, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Währenddessen setzt die Zivilgesellschaft ihre Hoffnungen auf das „Forum der Zivilgesellschaft und der Wüstenbildung", das im September 2006 in Montpellier, Frankreich, stattfinden wird.

Patrice BURGER

CARI - France - cariassociation@yahoo.fr - www.cariassociation.org

Der Autor ist Moderator der Arbeitsgruppe "Wüstenbildung" und Mitglied der eniD. Kontakt: CARI-Frankreich, cariassociation@yahoo.fr, www.cariassociation.org
Der Artikel wurde aus dem Französischen übersetzt.

[1] Umweltprogramm der Vereinten Nationen http://www.unep.org
[2] Verhandlungsgruppe, zu der Kanada, Australien, die Schweiz, Norwegen usw. angehören
[3] s. Dokument ICCD/COP(7)/34 www.terrafrica.org
[5] eniD european networking initiative on desertification
[6] open dialogue session: halbtägiges offizielles Programm für die NGOs
[7] s. Protokoll des Bulletin über die Verhandlungen über die Zukunft der Erde: http://www.iisd.ca/desert/cop7/

Veranstaltungen/Termine

Grüne Gentechnik - Chance oder Risiko?

Diskussionsabend
13. Januar 2006
Königswinter
Ob im Kakao, im Burger oder im Müsli: Überall im Alltag fügen sich gentechnisch veränderte Erzeugnisse in die Nahrungskette von Mensch und Tier ein. Dabei sind Folgen und Risiken dieser Eingriffe in den biologischen Kreislauf nicht abschätzbar. Gleichzeitig bietet die Gentechnik aber auch neue Chancen. Lebensmittel und organische Rohstoffe werden qualitativ hochwertiger und ertragreicher. Befürworter und Gegner in Forschung, Politik und Gesellschaft debattieren daher seit dem Entstehen dieser Forschung um die Bedeutung der Gentechnik als Chance oder Risiko. Beide Seiten bei dieser Ausgangslage an einen Tisch zu holen, ist das Ziel des Internationalen Studiengangs Politikmanagement (ISPM) der Hochschule Bremen. In einer wissenschaftlichen Kurztagung werden am Freitag, dem 13.01.2006, um 19.00 Uhr im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) in Königswinter bei Bonn Experten unter anderem vom BUND und dem Agrarunternehmen Monsanto teilnehmen. Sie wollen wissenschaftlich fundiert und praxisnah Vor- und Nachteile der Gentechnik kontrovers diskutieren. Insbesondere wird der Frage nachgegangen, wie eine nachhaltige Nutzung aussehen könnte. Ebenfalls Gegenstand der Debatte wird sein, inwieweit nach einem Einsatz von Gentechnik noch ein umweltverträgliches „Zurück" möglich ist.
Informationen:
Hochschule Bremen - ISPM
Prof Dr. Beate Zimpelmann
Neustadtwall 30
28199 Bremen
Tel.: 0421-59094285
Fax: 0421-59054286
bzimpelmann@fbawg.hs-bremen.de
www.umweltseminar.ispm-bremen.de

Mehr Arbeit - aber wie? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand

Konferenz
13. - 14. Januar 2006
Berlin, Abgeordnetenhaus
Die Arbeitslosigkeit ist seit über 30 Jahren ein Problem, das – trotz aller Bemühungen – nicht gelöst werden konnte. Weder unter konservativer, noch unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung, konnte dem negativen Trend der steigenden Arbeitslosigkeit Einhalt geboten werden. Eine Ursache für die mangelnde Problemlösungsfähigkeit der Politik ist die starke Komplexität dieses Themas. Neben der nationalen wirken in immer stärkerem Maße internationale Bestimmungsfaktoren auf die Beschäftigung. Zu nennen ist die zunehmende Europäisierung und auch die verstärkte Weltmarktintegration. Wie hat sich die Stellung der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wirtschaftssystem verändert? Inwieweit hat die Wirtschaftspolitik falsch reagiert? Was können wir von anderen Ländern lernen, die ein höheres Beschäftigungswachstum aufweisen? Diese und weitere Fragen werden auf der Konferenz die Schwerpunkte bilden.
Informationen:
Heinrich-Böll-Stiftung
Manuel Emmler
Tel: 030-28534-237
Fax: 030-28534-108
emmler@boell.de
www.boell.de

Energiepolitik in der Europäischen Union: Interessen und Handlungsspielräume deutscher Akteure

Tagung
13. - 15. Januar 2006
Loccum
Allein in Deutschland stehen bis zum Jahr 2020 rund 40.000 MW an Kraftwerksleistung zum Ersatz an, sofern nicht die festgelegten Restlaufzeiten der vorhandenen Kernkraftwerke doch noch verlängert werden. Der während dieser Zeit in der EU insgesamt anfallende Investitionsbedarf wird auf gut das Dreifache geschätzt. In diesem Zeitfenster eröffnet sich somit eine große Chance, durch geeignete Investitionsmaßnahmen – bzw. durch die entsprechende politische Steuerung – die zukünftige Energieversorgung an strengen Kriterien der Nachhaltigkeit auszurichten. Reibungsflächen -– und damit Koordinationsbedarf für die politische und unternehmerische Entscheidungsfindung in Deutschland – gibt es infolge des allgemeinen tiefgreifenden Strukturwandels in Europa allerdings auch entlang der Schnittstellen der Energiepolitik zu anderen EU Politikfeldern, wie insbesondere zur Verkehrspolitik, zur Industrie- und Wirtschaftsförderungspolitik und zur Forschungspolitik; zudem aber auch zur internationalen Klimaschutzpolitik und zu den Energiepolitiken anderer EU-Länder, insbesondere in Frankreich und Großbritannien. Nicht nur den deutschen Akteuren und Exponenten auf dem Feld der Energiepolitik bietet diese Tagung ein Forum zur Diskussion über ihre besonderen Interessen und ihre gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine anzustrebende kohärente Energiepolitik der Europäischen Union.
Informationen:
Ev. Akademie Loccum
PF 2158
31545 Rehburg-Loccum
Tel.: 05766-810
Fax: 05766-81900
ilse-marie.schwarz@evlka.de
www.loccum.de

Agro-Gentechnik - Eine Vision für die Zukunft?

Fachtagung
25. Januar 2006
HBS, Berlin
Der NABU rückt mit seinem Projekt „Grüne Gentechnik und Biodiversität" die Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf Umwelt- und Naturschutzziele in den Mittelpunkt. Nachwachsende Rohstoffe und Energiepflanzen erfahren momentan einen enormen Boom, die Nachfrage kann kaum gedeckt werden. Gentechnisch veränderte Pflanzen versprechen dabei vielfältige Anwendungsmöglichkeiten für Industrie und Energieanbieter. Weitere Forschungsziele der Biotechnologieindustrie sind gesunde und sichere Nahrungs- und Futtermittel, „nachhaltige" Land- und Forstwirtschaft, kostengünstige Pharmazeutika aus Pflanzen sowie eine wettbewerbsfähige und konsumentenorientierte Wirtschaftsfähigkeit. Diese neuen Entwicklungen laufen unter dem Begriff „GVO der zweiten und dritten Generation", und sollen die Akzeptanz der Gentechnologie verbessern. Welche Chancen sehen die einen für diese Visionen, welche ökologischen Risiken die anderen? Können die genannten Ziele nur mit der Biotechnologie erreicht werden oder gibt es Alternativen? Welche Schritte müssen unternommen werden, um die Biodiversität in Landnutzung und Landwirtschaft zu erhalten? Diese und andere Fragestellungen sollen auf dieser Fachtagung erörtert werden.
Informationen:
NABU-Bundesgeschäftsstelle Berlin
Steffi Ober
Invalidenstraße 112
10115 Berlin
Tel.: 030-284984-25
Fax: 030-284984-84
Steffi.Ober@NABU.de
www.nabu.de

Rückt die Welt zusammen?

Tagung
06. - 08. Februar 2006
Berlin
Katastrophen in armen Ländern rücken zunehmend in den Blickpunkt. Anfang 2005 beherrschten die Bilder und Nachrichten der Tsunami-Katastrophe in Süd- und Südostasien wochenlang die deutschen und internationalen Medien. Vorher waren es die Überschwemmungen in Mosambik, danach das Erdbeben in Pakistan. Spendenrekorde werden gebrochen, Betroffenheit baut sich auf und ebbt ab – andere Katastro-

phen werden dagegen vergessen. Angesichts dieser Kurzatmigkeit rief Bundeskanzler Schröder die Deutschen auf, die Hilfsbereitschaft in eine langfristige Partnerschaftsarbeit überzuleiten. Nach dem Tsunami bemühten sich dann zahllose Initiativen, den Überlebenden zu helfen. Die Hilfsmaschinerie aus dem In- und Ausland lief in kürzester Zeit auf Hochtouren; die internationale Gemeinschaft versprach Milliardenbeträge für den Wiederaufbau. Und vor Ort? Hilfsbereitschaft, effiziente Soforthilfe und hohe Professionalität auf der einen Seite, oft widerstreitende politische Interessen, Kompetenzgerangel und fehlende Koordination auf der anderen Seite. Und scheinbar unbekümmert von den Verwüstungen fotografieren deutsche Urlauber die Aufräumarbeiten und die Tourismusindustrie verkündet „Business as usual".
Angesichts der Zerstörungen und der Not rückt die Welt in Solidarität zusammen, hofften die einen. Die humanitäre Hilfe wird zum massenmedialen Konsumereignis, nach den Spendenrekorden folgt der Fall der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit, befürchteten die anderen.
Die Aufregung hat sich mittlerweile gelegt, der Wiederaufbau in der Tsunami-Region ist im Gange. Es bleiben Anfragen an die Entwicklungszusammenarbeit: Verändern Katastrophen das Verhältnis zwischen Nord und Süd? Welche Auswirkungen hat die Berichterstattung über Katastrophen auf Entwicklungszusammenarbeit? Welche Herausforderungen ergeben sich für Entwicklungspolitik, Wirtschaft und Politik? Wie können Modelle von Katastrophenvorsorge in Entwicklungsländern aussehen und gefördert werden? Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliches Engagement und staatliche Politik?
Informationen:
Evangelische Akademie zu Berlin
Belinda Elter
Charlottenstr. 53/54
10117 Berlin
Tel.: 030-20355-407
Fax: 030-20355-550
elter@eaberlin.de
www.eaberlin.de

Europäische Energie-Effizienzkonferenz

Konferenz
02. - 03. März 2006
Wels/Österreich
Energie-Effizienz liegt im Trend: durch die starken Preissteigerungen bei fossilen Energieträgern sowie die neue Europäische „Energie-Effizienz-Richtlinie" – die von EU-Energiekommissar Dr. Andris Piebalgs auf der Konferenz präsentiert wird – werden derzeit viele neue Initiativen entwickelt, die Unternehmen, Haushalten und öffentlichen Einrichtungen helfen, ihre Energiekosten zu senken. Die neu entstehenden Märkte für Energie-Dienstleistungen bieten große Chancen für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum in Europa. Die über 30 Referent/innen der Tagung, die im Rahmen der World Sustainable Energy Days stattfinden wird, werden zeigen, wie das in der Praxis funktionieren kann. Neben den Vorträgen bietet eine Poster Präsentation eine zusätzliche Informations- und Präsentationsmöglichkeit.
Die jährlichen World Sustainable Energy Days – 2005 nahmen über 800 Teilnehmer/innen aus 54 Ländern daran teil – bieten 2006 eine Reihe weiterer interessanter Veranstaltungen, wie die Konferenz „Wärme & Kälte aus Ökoenergie", das „Europäische Pellets-Forum", die Konferenz „Ökostrom für europäische Regionen" und das Seminar „Ökoenergie-Wirtschaft". Parallel zur Konferenz findet die Energiesparmesse statt – eine der größten Messen Europas im Bereich erneuerbare Energie und Energie-Effizienz. Innovative Energie-Effizienz-Projekte werden im Rahmen der Fachexkursionen am 28. Februar besichtigt.
Die Teilnahmegebühr beträgt 150 Euro für die Energie-Effizienzkonferenz, 200 Euro für alle Konferenzen, 50 Euro für die Fachexkursion (jeweils zzgl. 10 % MWSt).
Informationen:
O.Ö. Energiesparverband
Petra Friedrich
Landstraße 45
A-4020 Linz
Tel.: +43-732-7720-14386
Fax: +43 732 7720 14383
office@esv.or.at
www.esv.or.at

Energieskulpturenwettbewerb im Rahmen des 2. Schulenergietages

Wettbewerbsausschreibung
26. April 2006
Stadt Oederan
Vor 20 Jahren, am 26. April 1986, explodierte um 1.23:58 Uhr russischer Zeit ein Reaktor des Kernkraftwerkes in Tschernobyl. Über eine Million Menschen wurden bei dieser Katastrophe verstrahlt. Große Teile Weißrussland und der Ukraine weisen auch heute noch sehr hohe radioaktive Belastungen auf. Im Gedenken an diese technische und menschliche Katastrophe ruft die Stadt Oederan Schülerinnen und Schüler auf, im Rahmen eines Energieskulpturenwettbewerbes dieses Gedenken zu thematisieren und zugleich die Chancen und Perspektiven erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe in einer Energieskulptur darzustellen und zu gestalten. Die Stadt Oederan lobt ein Preisgeld von insgesamt 400 Euro für drei Preisträger aus. Die drei Preisträger werden durch eine Jury aus den eingesandten Projektdokumentationen ausgewählt und schriftlich benachrichtigt. Beginn des Energieskulpturenwettbewerb war der 1.11.2005. Der Einsendeschluss der Projektdokumentationen ist der 3. April 2006. Die Energieskulptur sollte einzelne oder mehrere der folgenden Aspekte und Gedanken aufnehmen und vertiefen: 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl; Unsichtbare radioaktive Strahlung „sichtbar" machen; Perspektiven erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe erlebbar machen; Energieumwandlungsprozesse erneuerbarer Energien anschaulich machen; Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe als künstlerische Gestaltungsmaterialien verwenden; Sonne bringt in Bewegung; Wasserkraft wandelt sich; Wind wird gefangen. Die Energieskulpturen können sowohl aus festen als auch aus beweglichen Teilen bestehen. Aussagekraft, technische Funktionalität und künstlerische Gestaltung der Energieskulpturen werden bei der Preisvergabe zu gleichen Teilen berücksichtigt.
Informationen:
Stadt Oederan - Energieteam
Markt 5
09569 Oederan
Tel.: 03729-27203
Fax: 03729- 227270
tee-info@oederan.de

Boden und Desertifikation - Integriertes Forschen für den nachhaltigen Umgang mit den Böden in Trockengebieten

Tagung
05. - 06. Mai 2006
Hamburg
Ttrotz jahrzehntelanger Aktivitäten ist das Problem der Desertifikation in Trockengebieten und zunehmend auch der Trockenschäden in gemäßigten Breiten für die Forschung wie für die Entwicklung der betroffenen Regionen ak-

tueller denn je. Die im Juni 2005 erschienene Millennium Assessment Desertification Synthesis weist in allen vier untersuchten Szenarien auf eine wahrscheinliche Zunahme von Desertifikation der betroffenen Gebiete hin. Der quantitative und qualitative Verlust von Wasser, Boden und Biodiversität schwächt ländliche Haushalte und wirkt durch Armut und Landflucht weit in urbane Zentren hinein. Forschung für nachhaltige Entwicklung benötigt deshalb integrative Ansätze, die von den Bodenwissenschaften über die Sozioökonomie bis zur Politik reichen. Auf der kommenden Tagung soll der Boden diesen integrativen Fokus bilden. Dabei sollen folgende Themen im Mittelpunkt stehen: Indikatoren für Bodendegradation und nachhaltige Bodenbewirtschaftung sowie Standards zu ihrer Erfassung; Rehabilitations- und Schutzmaßnahmen für eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung; Sozioökonomische Entwicklung und Regulierungsmechanismen (Bodenrecht) als Voraussetzung für eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung; Schaffung wissenschaftlicher Strukturen zur Unterstützung der Umsetzung der UN Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation auf lokaler, regionaler und globaler Ebene.

Informationen:
DesertNet/AK BoGeo 2006
*Desert*Net-Sekretariat*
Dr. M. Akhtar-Schuster
Biozentrum Klein Flottbek & Botanischer Garten
Ohnhorststr. 18
22609 Hamburg
Tel.: 040-42816533
Fax: 040-42816539
E-Mail: board@desertnet.de

Publikationen

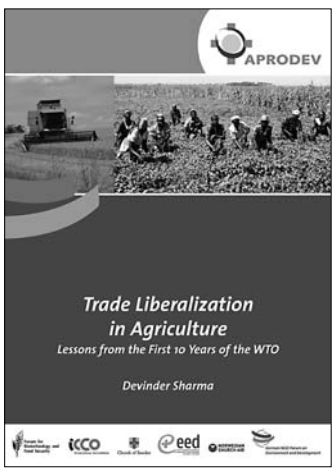
Weltmarkt für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik

Der Einsatz von Bioenergie boomt. Ob als Maßnahme gegen den Klimawandel, oder als Heilmittel gegen unseren Energiehunger - Bioenergie eröffnet uns viele Optionen und lässt auch bei unseren durch Subventionsabbau gebeutelten Landwirten unerwartete Hoffnung aufkeimen. Ist der globale Einsatz von Bioenergie die Antwort auf Klimawandel und Energiekrise? Diese Frage will das Forum Umwelt & Entwicklung in seiner Standpunktbestimmung „Weltmarkt für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik" beantworten. Dieses Positionspapier ist das Resultat einer monatelangen Konsultation zwischen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
info@forumue.de
www.forumue.de
www.ee-netz.de
(kostenlos).

Trade Liberalization in Agriculture - Lessons from the First 10 Years of the WTO

Freihandel für alle schafft Wachstum, und Wachstum schafft Wohlstand für alle. Ist dem tatsächlich so? Dieses Credo der westlichen Außenhandelspolitik wird mit dieser Publikation auf den Prüfstand gestellt. Die entwickelten Länder, hauptsächlich die USA und die Länder der EU, orientieren sich bei den Verhandlungen in der WTO über eine neue Linie bei der Schaffung des weltweiten Freihandels an einer mehr als zweifelhaften Richtschnur. Diese gemeinsam von APRODEV und dem Forum Umwelt und Entwicklung herausgegebene Publikation befasst sich nicht nur mit den möglichen Folgen einer solchen Politik, sondern vor allem mit den bereits bestehenden Auswirkungen seit der Gründung der WTO im Jahre 1995. Gerade auf dem Agrarsektor, einem wichtigen Element der Armutsbekämpfung (er stellt in Entwicklungsländern 70% der Arbeitsplätze) hat sich die Lage in vielen Ländern eher verschlechtert als verbessert. Die Freihandelsbestimmungen kommen oft zwar auch den Entwicklungsländern zugute, dort jedoch häufig nur den riesigen Agrarunternehmen und nicht den Kleinbauern.



Im Speziellen werden hier noch einmal Afrika, Asien und Südamerika behandelt und einige Güterbeispiele genannt, bei denen die Maßnahmen der WTO genau den entgegen gesetzten Effekt zu dem zuvor proklamierten hatten - die volkseigene Wirtschaft der Entwicklungsländer wurde geschwächt, während die Importe aus den Industrieländern stetig zunahmen. Aktuell ist diese Publikation in englisch erschienen. Eine deutsche Version wird in Kürze ebenfalls erscheinen.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
info@forumue.de
www.forumue.de
(Einzelexemplare kostenlos).

Der Handel mit dem Hunger - Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung

Diese Broschüre, gemeinsam herausgegeben von FIAN, dem Forum Umwelt und Entwicklung und der Welthandelskampagne ‚Gerechtigkeit Jetzt!' befasst sich mit der heiklen Frage, wem der von vielen Parteien propagierte Weltfreihandel eigentlich nützt und wo die Probleme liegen. Die Entwicklungsländer haben in den 90er Jahren einen Nahrungsmittelimportanstieg um 115% zu verzeichnen, bei Schwankungen zwischen 30% (Kenia) und 168% (Indien). Der Maisimport der Philippinen erhöhte sich beispielsweise von 208.000 Tonnen 1995

auf 558.000 Tonnen 1996. Gleichzeitig ging in den 90er Jahren die Anbaufläche auf den Philippinen für Mais um ein Fünftel zurück. Der Anteil der Menschen, die im Agrarsektor arbeiten, ging von 11.29 Mio auf 10.85 Mio zurück.
Seit 2000 sind die Entwicklungsländer Nettoimporteure für landwirtschaftliche Produkte. Das bedeutet für diese Länder eine massive Schwächung ihrer eigenen Märkte, was wiederum zu Armut führt, wobei besonders die Frauen betroffen sind. Ein großer Teil dieser Entwicklung ist den bisherigen Freihandelsabkommen zu verdanken. Diese waren ursprünglich dazu gedacht, den Export der Entwicklungsländer zu steigern und so den Wohlstand dieser Länder zu erhöhen. Bis jetzt haben diese Abkommen die Armut nur noch vergrößert. Warum ist das so?
Diese Frage lässt sich vor allem klären, wenn man nach den tatsächlichen Gewinnern sucht. Diese sind nicht etwa auf den Bauernhöfen Europas zu finden. Die großen Gewinner sind die Agrarkonzerne des Westens, die durch die Subventionspolitik ihrer Ursprungsländer sehr gut verdienen. Denn insgesamt gesehen haben die Industrieländer ihre Märkte weitaus weniger geöffnet als die Entwicklungsländer. Das Menschenrecht auf Nahrung wird zur Zeit zugunsten des „Rechtes auf freien Handel" einfach übergangen. In dieser Broschüre wird eine Umkehrung der Verhältnisse gefordert: „Menschenrecht vor Handelsrechte". Zur Zeit ist diese Publikation nur als pdf Version im Internet oder per E-Mail zu erhalten. Eine gedruckte Version wird in Kürze erscheinen.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
info@forumue.de
www.forumue.de
(Einzelexemplare kostenlos).

Chinas Wirtschaft wächst rasant - bleibt die Umwelt auf der Strecke?

Diese Dokumentation enthält die Präsentationen des am 1. November 2005 in Berlin durchgeführten gleichnamigen Workshops. Die Veranstalter waren das Asienhaus, die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, das Forum Umwelt und Entwicklung und die Heinrich-Böll-Stiftung. Folgende Fragen stellten die Schwerpunkte der Tagung dar: Kommen wir nun an den Punkt, wo durch Chinas Energiehunger die vorhandenen Rohstoffe nicht mehr ausreichen? Chinas Entwicklung = Gefahr für das Weltklima, oder Chance für erneuerbare Energien? Welchen Einfluß haben NGOs in China? Das Programm der Tagung und die Beiträge der Referenten zu diesen Themen werden zum Download angeboten.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
info@forumue.de
www.forumue.de
www.asienhaus.de.

Der Stoff, aus dem die Träume sind

Weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, wird für jüngere Generationen immer wichtiger werden. Am Beispiel der Problematik der Arbeitsbedingungen in der weltweiten Textilindustrie trägt diese neue Publikation dazu bei, die Zusammenhänge aufzuzeigen und Alternativen zu benennen. Das Heft ist als Arbeitshilfe für den Unterricht erarbeitet worden und wurde gemeinsam von SÜDWIND und dem Gemeindedienst für Mission und Ökumene – Region Niederrhein herausgegeben. Es ist in vier Teile gegliedert: Unterrichtsabläufe, Darstellung der einzelnen Einheiten und Bausteine (Motivationsphase, Informationsphase, Aktionsphase), zugeordnete Materialien Modenschau, Rollenspiel über das Leben einer Arbeiterin, Internetrecherche über die Kampagnenarbeit und KonsumentInnenbefragung u.a.) zur Vertiefung und als Vorlagen sowie eine CD mit Alternativen, Liedern, Fotos, Literaturhinweisen und weiteren Tipps. Die Unterrichtsreihe konzentriert sich auf drei Themen, die von den Jugendlichen erarbeitet werden sollen: Wo wird unsere Kleidung produziert? Unter welchen Bedingungen arbeiten die NäherInnen? Was möchten wir verändern und was können wir dazu beitragen?
In der Motivationsphase probieren die Jugendlichen ihre Freude am Verkleiden und Schmücken bei einer Modenschau aus und reflektieren anschließend den Stellenwert und die Bedeutung von Kleidung in unserer Gesellschaft. Spielerisch nähern sie sich dem Thema der globalen Ungerechtigkeit, das zu einem späteren Zeitpunkt vertieft wird. So bietet die Arbeitshilfe den Unterrichtsteilnehmenden sowie dem Unterrichtenden selbst die Möglichkeit, sich der komplexen Thematik durch Spiel, Ausprobieren und praktisches Erfahren zu nähern und sich für diese nachhaltig zu interessieren.
Die Unterrichtsreihe eignet sich für die Arbeit mit Jugendlichen im kirchlichen Unterricht, der Jugendarbeit und dem fächerübergreifenden Unterricht (Politik, Sozialwissenschaften, Religion u. a.) ab dem 12. Lebensjahr. Sie kann aber auch an einem Blocktag oder innerhalb von 3 Einheiten à eineinhalb Stunden in gekürzter Form im wöchentlichen Unterricht, Nachmittagen oder Projekttagen umgesetzt werden - gemäß der jeweiligen Unterrichtsform.
Bezug:
SÜDWIND e.V.
Lindenstr. 58-60
53721 Siegburg
Tel.: 02241-53617
Fax: 02241-51308
bestellung@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de
(5 €).

Risiko: Grüne Gentechnik

Gen-Reis, Gen-Raps und Gen-Mais - die Befürworter genmanipulierter Agrarprodukte behaupten, dass der Anbau von Genpflanzen den Hunger aus der Welt schafft. Diese Begründung dient der heimlichen, weltweiten Verbreitung der Agro-Gentechnik, obwohl die Sicherheitsfrage keinesfalls geklärt ist. Niemand kann garantieren, dass sich Gen-Pflanzen anbauen lassen, ohne die gentechnikfreie Landwirtschaft durch Pollenflug massiv zu belasten.
Das Buch informiert tiefgehend über die Gentechnik in der Landwirtschaft. Es beschreibt die Risiken aus der Perspektive von Verbrauchern und Bauern im Süden und im Norden und deckt die Verstrickungen von Konzernen und Regierungen auf, die die Verbreitung von Gen-Pflanzen für ihre Interessen vorantreiben.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
info@forumue.de
www.forumue.de
ISBN 3-86099-814-5
(15 € zzgl. VK).

Zukunftsfähiges Wohnen und Bauen- Herausforderungen, Defizite, Strategien

Berücksichtigt man alle vor- und nachgelagerten Stufen, dann hat der Bereich Bauen und Wohnen eine immense volkswirtschaftliche Bedeutung, weist aber auch ein besonders hohes Problemniveau auf. Fast ein Drittel der deutschen Nettowertschöpfung stammt aus diesem Aktivitätsfeld; im Hinblick auf Ressourcenverbrauch, Abfall, Flächenversiegelung und viele andere kritische Aspekte ist es ein echtes »Sorgenkind«. Dieser Band (7) der Reihe „Global zukunftsfähige Entwicklung - Perspektiven für Deutschland" liefert eine aktuelle Analyse und Bewertung der Nachhaltigkeitsdefizite im Bereich Bauen und Wohnen. Mit Hilfe dreier explorativer Szenarien wird gezeigt, welche alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfade beschritten werden könnten und was sich dabei gegenüber der bisherigen Praxis verändern würde. Schließlich werden Strategien

und Maßnahmen diskutiert, durch die heutige und zukünftige Nachhaltigkeitsdefizite beseitigt werden können; neben politischen, planerischen und ökonomischen Instrumenten kommt hierbei auch technologischen Entwicklungen eine besondere Bedeutung zu. Das Buch liefert für Wissenschaftler und Politiker, aber auch für Praktiker aus Bau- und Wohnungswirtschaft sowie Stadt- und Regionalplanung eine umfassende Bilanz der komplexen Probleme und Optionen.
Bezug:
edition sigma Verlag
Karl-Marx-Str. 17
12043 Berlin
Tel.: 030-6232363
Fax: 030-6239393
verlag@edition-sigma.de oder
volker.stelzer@itas.fzk.de
www.edition-sigma.de
354 Seiten
ISBN 3-89404-577-9
(22,90 €).

Expansion ohne Grenzen? - Der Handel mit Finanzdienstleistungen

Die neue WEED-Broschüre stellt die Akteure, Geschäfte und wichtige aktuelle Trends der Finanzbranche anschaulich und umfassend vor. Ursachen und Folgen des expandierenden Handels mit Finanzdiensten werden erläutert und Alternativen abgeleitet. Was heißt es für Beschäftigte und Konsumenten in Industrie- wie Entwicklungsländern, wenn Finanzkonzerne in immer mehr Bereiche vordringen? Und wie sollten Finanzsysteme gestaltet sein, um ihre volkswirtschaftlich so wichtigen Aufgaben zu erfüllen?
In den letzten zehn Jahren hat der Export von Finanzdienstleistungen enorm zugenommen: Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften sind verstärkt international tätig geworden, haben Zweigstellen im Ausland eröffnet oder Finanzdienstleister in anderen Ländern aufgekauft. Zwei Gründe für die rasante Dynamik im Handel mit Finanzdiensten sind die weltweit wachsenden Privatvermögen sowie das steigende Bedürfnis nach privater Absicherung. Ein ungeheurer „Wachstumsmarkt" für die Finanzindustrie liegt auch in der Privatisierung der Rente - in Deutschland wie weltweit.
Schon jetzt ist die Finanzbranche die größte Branche der Welt. Doch große Finanzkonzerne wie z.B. Citigroup, Deutsche Bank und Allianz nutzen die Verhandlungen im Rahmen der WTO, um weitere Märkte für sich zu erschließen. Doch wie ist der Export von Finanzdienstleistungen aus zivilgesellschaftlicher Sicht zu bewerten? Sollen die Entwicklungsländer dem Druck von EU und WTO nachgeben und alle Hindernisse beseitigen, die der Expansion von Großbanken und Versicherungen noch im Weg stehen? Oder trägt genau diese unregulierte Expansion zu schweren Krisen und verschärfter Armut bei? Die Broschüre greift auf viele Beispiele zurück, erörtert Hintergründe, enthält zahlreiche Abbildungen und Tabellen mit aktuellem Zahlenmaterial und schließt mit einem Serviceteil.
Bezug:
WEED
Büro Berlin
Torstr. 154
10115 Berlin
Tel.: 030-27582163
Fax: 030-27596928
weed@weed-online.org
www.weed-online.org
(5 € zzgl. VK).

Dick im Geschäft – Handelspolitik im Dienste des Agrobusiness

Obwohl statistisch gesehen genug Nahrungsmittel vorhanden sind, um alle Menschen zu ernähren, leiden weltweit über 850 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. Den Ausweg aus dieser Katastrophe suchen Politik und Medien zumeist in der Liberalisierung des Agrarhandels unter dem Dach der WTO. Das vorliegende Arbeitspapier stellt diese Freihandels-Euphorie in Frage und macht deutlich, wie sie dazu beiträgt die bestehenden Ungleichheiten zu verschärfen. Dazu wird eine Bilanz der weltweiten Politik der Agrarliberalisierung gezogen. Außerdem werden Aspekte beleuchtet, die in der öffentlichen Debatte um die agrarpolitische Rolle der WTO bislang vernachlässigt wurden: Die Bedeutung des Dienstleitungsabkommen GATS und des TRIPS-Abkommens zum Schutz geistiger Eigentumsrechte, die Rolle der Agrarkonzerne sowie das Zusammenspiel von regionalen, bilateralen und multilateralen Agrarhandelspolitiken. Es wird deutlich, dass agrarpolitische Auseinandersetzungen nicht allein entlang von Nord-Süd-Konfliktlinien verlaufen, sondern auch auf den widerstreitenden Interessen von BäuerInnen und Agrarkonzernen basieren. Darüber hinaus werden mögliche Alternativen zur herrschenden Politik vorgestellt. Inhaltliche Schwerpunkte sind: BäuerInnen gegen Agromultis – Die Macht des Agrobusiness im globalen Handel; „WTO macht Hunger" – Agrarpolitik unter dem Dach der WTO; Die heimliche Attacke – GATS und Landwirtschaft; Umkämpfte Natur – Gentechnik und die Aneignung natürlicher Ressourcen; Agrarpolitik zwischen Multi- und Bilateralismus; Widerstand keimt auf – Gegenkräfte und Konzepte.
Bezug:
WEED
Büro Berlin
Torstr. 154
10115 Berlin
Tel.: 030-27582163
Fax: 030-27596928
weed@weed-online.org,
www.weed-online.org
(5 € zzgl. VK).

Biogas – das Multitalent für die Energiewende

In 2005 macht die von den deutschen Biogasanlagen ins Netz eingespeiste Strommenge immerhin schon etwa ein Zehntel der Menge der gesamten Windkraft aus. Im Vergleich zur Fotovoltaik macht Biogas-Strom bereits das gut Fünffache aus. Die Biogas-Branche ist ein Wirtschaftssektor auf dem Vormarsch, und diese neue Fakten-Broschüre möchte darüber mit knappen und klaren Fakten informieren. Mit entsprechenden Prognosen gibt die Broschüre auch einen Ausblick über das zukünftige Potenzial und seine Umsetzung. Maßstab für Letzteres sind dabei bewusst nicht vermutete zukünftige Rahmenbedingungen, sondern die durch Herstellerumfragen untermauerte heutige Leistungsfähigkeit der Branchenunternehmen. Insofern versteht sich die Branche als Aufforderung an die Politik, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass diese Leistungsfähigkeit zum Tragen kommen kann und das Potenzial für Wachstum und Arbeit erschlossen wird. Eine zentrale derartige Rahmenbedingung ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Auf dessen Biogas-spezifischen Aspekte wird in einem eigenen Kapitel eingegangen - ebenso auf die gravierenden Nachteile der von der konventionellen Stromwirtschaft eingeforderten Alternative eines Quoten- oder Bonus-basierten Fördermodells.
Bezug:
Fachverband Biogas e.V.
Markus Ott
Tel.: 08161-984668
E-Mail: ott@biogas.org
www.biogas.org
(kostenlos).

Wachstum zu Lasten der Armen?

Diese Publikation beschäftigt sich mit Fragen, die in der nationalen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit kontrovers diskutiert werden: Verbessert der gegenwärtige Kurs der Globalisierung die Lage der Armen? Welche Ideologien bestimmen diesen Kurs? Ist es möglich, Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden, oder stehen diese in einem Widerspruch zueinander?
Die Beseitigung der weltweiten Armut ist die wichtigste Herausforderung unserer Zeit und steht im Zentrum dieser Studie. Ausgehend von einer Analyse der Aus-

wirkungen der Globalisierung auf die Menschen in den Ländern des Nordens und des Südens sowie von der Beschreibung der weltweiten Armut und Ungleichheit untersucht die Studie die ideologischen Wurzeln des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems. Dabei wird das Konzept des

Neoliberalismus dargestellt und dessen Standardrezept für die Lösung des Armutsproblems aufgezeigt: Wirtschaftswachstum! Eine stetig steigende Zahl nationaler und internationaler Studien belegt jedoch, dass das Warten auf ein Wirtschaftswachstum, das die Armut automatisch beseitigt, für viele Entwicklungsländer bis heute ein vergebliches Warten gewesen ist. SÜDWIND fasst den internationalen Diskussionsprozess zusammen und beschreibt Maßnahmen und Wege, die nötig sind, um Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung miteinander zu verbinden: Nicht blinder Glaube an die „heilenden Kräfte" von Wirtschaftswachstum, sondern eine aktive Kursänderung in Nord und Süd ist von Nöten, damit Wachstum den Armen zu Gute kommt. Letztendlich unternimmt die Studie den Versuch, der globalisierten Wirtschaft ein Regelwerk zu geben, das wieder die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Um diesem Anliegen Schwung zu verleihen, schließt die Studie mit einer Reihe von Hinweisen, wie Menschen aktiv werden können, um für eine Politik zu Gunsten der Armen einzutreten. Das Heft enthält zudem zahlreiche Grafiken und Fallbeispiele. Flankierend zur Broschüre gibt es noch Folien für Vorträge, Power-Point-Präsentationen und Seminarangebote.
Bezug:
SÜDWIND e.V.
Lindenstr. 58-60
53721 Siegburg
Tel.: 02241-53617
Fax: 02241-51308
bestellung@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de
(5 €).

Armutsbekämpfung durch Erneuerbare Energien

Im Nachgang zu einer internationalen Konferenz zum Thema „Erneuerbare Energien in der ländlichen Entwicklungszusammenarbeit" vom 8.-11. März 2005 im südindischen Coimbatore ist eine Publikation unter dem Titel „Combating Rural Poverty with Renewable Energy" („Armutsbekämpfung durch Erneuerbare Energien") erschienen. Die internationale Konferenz fand im Karl Kübel Institute for Development Education (KKID) – dem indischen Bildungsinstitut der Karl Kübel Stiftung – statt. Mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Asien und Europa sorgten für einen kompetenten und praxisnahen Austausch auf hohem Niveau. Zeitgleich fand vor Ort eine Fachmesse zum Thema „Erneuerbare Energien" statt, die Theorie und Praxis verknüpfte und den Konferenzteilnehmern praxisnahe Beispiele aufzeigte.
Die nun erschienene englischsprachige Publikation beinhaltet nicht nur die Konferenzdokumentation, sondern gibt darüber hinaus praxisnahe Empfehlungen für die Umsetzung Erneuerbarer Energien im ländlichen Raum. Alle Dokumente sind auch auf einer beigefügten CD enthalten.
Bezug:
Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
Sabine Beier
Darmstädter Str. 100
64625 Bensheim
s.beier@kkstiftung.de
Tel.: 06251-7005-22
Fax: 06251-7005-65
www.kkstiftung.de
(5 €).

Irrfahrt Biodiversität - Eine kritische Sicht auf europäische Biodiversitätspolitik

Arten sterben aus, Lebensräume verschwinden. Es ist unbestritten, dass wir mit einem Verlust an biologischer Vielfalt konfrontiert sind, der politisches Handeln nahelegt. Doch was ist genau unter biologischer Diversität oder kurz Biodiversität zu verstehen? Wie kann man sie messen? Welche Auswirkung hat der Biodiversitätsverlust auf die gesellschaftliche Wohlfahrt? Fragen, mit denen sich nicht nur Wissenschaftler schwer tun, sondern erst Recht die politisch Handelnden, die durch möglichst zielorientierte und begründete Entscheidungen einen effektiven Schutz und eine nachhaltige Nutzung von Biodiversität ermöglichen sollten.
Aufbauend auf einer qualitativen Analyse populärer theoretischer Konzepte zur Definition, Messung und Bewertung von Biodiversität, werden im ersten Teil des Buches einige Handlungsregeln abgeleitet, die als Grundlage rationaler Biodiversitätspolitik dienen können. Im zweiten Teil werden aktuell existierende Biodiversitätspolitiken auf Basis dieser Handlungsregeln einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Autoren beziehen sich dabei nicht ausschließlich auf nationale Politiken, sondern erweitern ihren Fokus auf die europäische Ebene. Durch die integrierende Arbeitsweise der Autoren, die sich sowohl vom ökologischen als auch vom ökonomischen Standpunkt der Biodiversitätsproblematik annähern, können die wesentlichen Uneindeutigkeiten herausgestellt werden, die es zu beseitigen gilt, um Politiken weg vom irrationalen Aktionismus, hin zu konsistentem, kollektivem Entscheiden zu lenken.
Bezug:
Metropolis-Verlag
Bahnhofstr. 16a
35037 Marburg
Tel.: 06421-67377
Fax: 06421-681918
E-Mail: info@metropolis-verlag.de
www.metropolis-verlag.de,
ISBN 3-89518-503-5, 404 Seiten
36,80 Euro

Für eine Reduktion des Pestizideinsatzes in Deutschland

Auch derzeit beherrscht wieder einmal das Thema Pestizid-Rückstände in Lebensmitteln und in der Umwelt die Medien. Genau zu diesem und anderen Themen rund um die Folgen der Verwendung von Pestiziden ist jetzt diese neue Broschüre von PAN erschienen. Darin wird die Problematik des Pestizideinsatzes aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet und es werden Strategien für eine gesündere und umweltschonendere Art der Lebensmittelproduktion vorgestellt.
Die Broschüre ist in fünf Abschnitte untergliedert, die sich mit den folgenden Themen befassen: Pestizide & Gesundheit, Pestizide & Umwelt, Pestizide & Business sowie Vorreiter & Fürsprecher eines Pestizid-Reduktionsprogramms. Darin wird jeweils eine informative und handliche Übersicht über die Thematik gegeben. Zudem wird in einem weiteren Abschnitt ein Blick auf die Entwicklung und den aktuellen Stand des deutschen Pestizid-Reduktionsprogramms gegeben, das 2005 begonnen wurde. Den Abschluss bilden Positionen von PAN Germany zu der Entwicklung dieses Programms.
Bezug:
PAN Germany
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel.: 040-39919100
Fax: 040-3907520
E-Mail: info@pan-germany.org
www.pan-germany.org
ISBN 3-9810186-2-1
88 Seiten
4,50 Euro zzgl VK

WTO gefährdet Kleinbauern

Zu bestellen bei
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn,
Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/92399356,
info@forumue.de,
52 S., Einzelexemplare kostenlos
Weitere Publikationen finden Sie unter www.forumue.de